

## **Grenzfriedensbund**

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann  
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse  
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

## WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

*Manfred Jessen-Klingenberg*

Rückzug aus der Nation in die Region

Aus dem Schriftwechsel

dreier Schleswig-Holsteiner 1946.....77

*Wolf Gehrman*

Flensburgs Zeitungen

in der Nachkriegszeit 1945 - 1949 (Teil II).....91

*Jørgen Kühl*

Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit

Das deutsch-dänische Grenzland als Beispiel.....131

Umschau ab Seite 150

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.  
Sie erscheinen vierteljährlich.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 6,- DM.  
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:  
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee  
Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg  
Artur Thomsen (verantwortlich), Peter-Chr.-Hansen-Weg 1a, 24939 Flensburg  
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg  
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg  
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

## Rückzug aus der Nation in die Region

Aus dem Schriftwechsel dreier Schleswig-Holsteiner 1946

von *MANFRED JESSEN-KLINGENBERG*

### I.

Im Nachlaß des Rechtsanwalts und Historikers Dr. Otto Kähler (1875-1955) befindet sich eine Akte mit der von seiner Tochter Anna stammenden Aufschrift „Schleswig-Holstein-Sache 1946“. Kähler sorgte sich damals - wie auch viele andere Schleswig-Holsteiner - um den Zusammenhalt Schlesiws und Holsteins, der durch die Forderung der rasch anwachsenden dänischen Minderheit nach einer Trennung beider Landesteile gefährdet zu sein schien. Um den politischen Bestrebungen der Minderheit von deutscher Seite und besonders von Holstein aus wirksam begegnen und den deutschen Schleswigern nachhaltigen und kundigen Beistand leisten zu können, hielt Kähler die Wieder- oder Neugründung eines Schleswig-Holsteiner-Bundes für dringend geboten. Die Akte enthält den Briefwechsel, den er in dieser Angelegenheit führte, seine eigenen Schreiben in Durchschrift, die eingegangenen Briefe im Original. Somit vermag diese Korrespondenz ein kleines Kapitel zur Vorgeschichte des Anfang 1947 - freilich von anderen Persönlichkeiten - gegründeten Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes liefern. Ergiebiger und wohl auch interessanter für den heutigen Leser mag die Akte Kühlers durch das sein, was sie gleichsam nebenbei mitteilt. Die hauptsächlichlichen Korrespondenten standen in einem so guten Verhältnis zueinander, daß sie sich ihre politischen Beobachtungen, Gedanken, Befürchtungen und Hoffnungen offenherzig mitteilten; sie taten dies ausführlicher, als es die Gründung eines „Schleswig-Holsteiner-Bundes“ erfordert hätte. Daher hat die kleine Privatakte einen relativ hohen Wert als Quelle, die uns das historisch-politische Selbstverständnis zwar weniger, aber nicht ganz unbedeutender Schleswig-Holsteiner in der unmittelbaren Nachkriegszeit erkennen läßt.

Dr. Otto Kähler war in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, zumindest unter Juristen und Landeshistorikern, kein Unbekannter. Bis

1944, als sein Haus durch Fliegerbomben zerstört wurde, praktizierte er als Rechtsanwalt am Oberlandesgericht und als Notar in Kiel. Danach zog er nach Itzehoe, wohin er auch seine Praxis verlegte.

Seit 1903 war er Landsyndikus und Sekretär der Fortwährenden Deputation der Ritterschaft, deren (unveröffentlichte) Geschichte er in den Jahren nach 1939 schrieb. Unter Juristen machte er sich einen Namen mit seinem Buch „Das Schleswig-Holsteinische Landesrecht“, das 1908 in Glückstadt in erster, 1923 in zweiter Auflage erschien. In diesem Werk, das bald zu einem unentbehrlichen Handbuch für Anwälte und Richter wurde, hat er die nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches (1900) noch gültigen oder fortwirkenden Rechtsbestimmungen Schleswig-Holsteins gesammelt und kommentiert; zu dieser Leistung war nur jemand fähig, der sich in den vielfältigen historischen Rechtsgebieten des Landes vorzüglich auskannte. Aus Käblers Feder stammt auch eine Reihe ertragreicher Aufsätze zur Landesgeschichte, mit deren Überlieferung und Forschungsstand er vollkommen vertraut war.

Otto Kähler war zeitlebens ein „bewußter Schleswig-Holsteiner“ und dabei der nationalliberalen Richtung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in hohem Maße verbunden. Der Einverleibung in Preußen hätte er ein mehr eigenständiges Schleswig-Holstein vorgezogen. Zugleich teilte er den nationalen Standpunkt der Mehrheit seiner Landsleute in der Schleswig-Frage; mit dem Abstimmungsresultat von 1920 hat er sich nie recht abgefunden. Gleichwohl war er kein nationaler Eiferer. In der Zeit der Weimarer Republik gehörte er der deutschen Demokratischen Partei an. Otto Kähler war ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten, und er hat daraus auch in den Jahren von 1933 bis 1945 keinen Hehl gemacht. Als er sich 1946 entschloß, für „sein“ Schleswig-Holstein politisch Einfluß zu nehmen, war er bereits über siebenzig Jahre alt.

## II.

Zum besseren Verständnis des Zusammenhanges seien in aller Kürze einige Grundtatsachen genannt, die die Situation des Landes im Jahre 1946 kennzeichneten. Seit Mitte November 1945 versah Theodor Steltzer, bis 1933 Landrat in Rendsburg, dem Kreisauer Kreis angehörend und 1944 zum Tode verurteilt, das Amt des Oberpräsidenten. Seine Hauptaufgabe bestand zunächst darin, die Verwaltungen des Oberpräsidiums, der Regierung und der Provinz

zusammenzuführen. Das war bis zum 1. April 1946 geschehen. Seit dem 26. Februar des Jahres hatte Schleswig-Holstein ein Parlament, den ersten ernannten Landtag, dessen 60 Mitglieder von der britischen Militärregierung ausgewählt worden waren. Dieses Parlament zeigte sich, obgleich es nicht aus einer Wahl durch die Bevölkerung hervorgegangen war, sogleich als willens und fähig, verantwortlich zu arbeiten, und das heißt, mitzuwirken, die unendliche Not im Lande zu lindern. Die von ihm am 11. April gewählten Hauptausschüsse für sieben Sachbereiche waren als Vorstufen einer Ministerialverwaltung gedacht. Die Vorsitzenden der Hauptausschüsse bildeten zusammen mit dem Oberpräsidenten unter dessen Leitung ein Kabinett, so daß Schleswig-Holstein nunmehr eine parlamentarisch verantwortliche politische Führung hatte, die freilich noch an die Weisungen der Militärregierung gebunden war. Am 12. Juni 1946 verabschiedete der Landtag eine demokratischparlamentarische „Vorläufige Verfassung des Landes Schleswig-Holstein“ - also nicht mehr der Provinz. Mit der Verfügung der Militärregierung vom 23. August erhielten die Provinzen Preußens den Status von Ländern; Steltzer war fortan Ministerpräsident, die bisherigen Landesräte Minister.

Die ersten freien Wahlen nach Kriegsende fanden am 15. September in den Gemeinden und am 13. Oktober in den Kreisen und kreisfreien Städten statt. Gemäß dem Ergebnis dieser Wahlen, bei denen sich CDU und SPD als etwa gleich stark erwiesen, wurde der Landtag neu zusammengesetzt. Der zweite ernannte Landtag trat am 2. Dezember 1946 zusammen. Ministerpräsident Steltzer bildete sein Kabinett zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der CDU und der SPD. Am 20. April 1947 konnte die Bevölkerung Schleswig-Holsteins ihren Landtag wählen.

Von den vielen Problemen, die den Schleswig-Holsteinern damals zu schaffen machten (Hunger, Wohnungsnot, Mangel an Heizmaterial und Kleidung, unzulängliche Verkehrsverbindungen, wirtschaftlicher Niedergang, Demontagen, Arbeitslosigkeit, seelische Nöte aus verschiedenen Gründen), seien hier nur zwei kurz beleuchtet. Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen war die Bevölkerungszahl von 1,58 Mill. im Jahre 1939 auf 2,57 im Oktober 1946 gestiegen; das bedeutet eine Zunahme um mehr als 70 Prozent. Schleswig-Holstein hatte damit die größte Zuwanderungsquote der Provinzen der westlichen Besatzungszonen; an zweiter Stelle folgte die Provinz Hannover mit „nur“ 34 Prozent. Worauf es aus damaliger

Sicht zunächst ankam, hat der Abgeordnete Günther (CDU) in der Landtagssitzung vom 12. Juni 1946 so formuliert: „Das Schicksal unseres Landes Schleswig-Holstein wird mit davon abhängen, wie wir hier in Schleswig-Holstein mit dem Flüchtlingsproblem fertig werden und wie weit es gelingen wird, die Ureinwohner zu überzeugen, daß sie die Flüchtlinge nicht für Menschen zweiter Klasse halten. Der erhaltene Besitz verpflichtet gegenüber dem wirtschaftlich Schwächeren. Den ausgewiesenen Deutschen aber wird klarzumachen sein, wo die Grenzen der tragbaren Belastung für die Ureinwohnerschaft liegen und daß die Forderungen und Wünsche unserer Flüchtlinge auf ein vertretbares Maß zu beschränken sein müssen.“ Damit waren die Grundpositionen des Konflikts zwischen Einheimischen und Vertriebenen annähernd genau skizziert.

Das zweite Problem, das in diesem Zusammenhang der Erwähnung bedarf, ist das des Anwachsens der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig. Gewiß nicht allein wegen der Lebensmittelpakete („Speckdänen“), wie man damals auf deutscher Seite zumeist behauptete, sondern aufgrund vielfältiger Motive, auf die hier nicht eingegangen werden kann, schlossen sich Südschleswiger in einer überraschend hohen Zahl der Minderheit an. Von ihren etwa 9.000 Mitgliedern am Ende der Weimarer Republik waren ihr nach dem Zusammenbruch der totalitären NS- Herrschaft nur noch 2.700 verblieben. Bis Ende 1945 wuchs die Minderheit, die Nationalen Friesen eingeschlossen, auf rund 12.000 Mitglieder an. Ein Jahr später zählte der Südschleswigsche Verein knapp 62.000 Mitglieder; hinzu-zuzählen sind 4.400 Nationale Friesen. Dabei war der Zulauf im ersten Halbjahr 1946 besonders stark. In den südlichen Kreisen Eckernförde, Rendsburg, Husum und Eiderstedt stieg die Mitgliederzahl in diesem Jahr auf das fünfzehnfache an; Von 800 auf 12.000.

Die verwaltungsmäßige Trennung Schleswigs von Holstein und die Entfernung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Landesteil Schleswig, das waren die hauptsächlichen politischen Forderungen der dänischen Minderheit. Dies wurde bereits in einer Petition aus Flensburg vom September 1945, die an das britische Hauptquartier gerichtet war, verlangt. Darin heißt es: „Wir fordern, daß unser Grenzland Südschleswig so schnell wie möglich von Flüchtlingen befreit wird. Seit Monaten ergießt sich dieser Strom von Fremden über unsere Heimat und droht, unser erbliches nordisches Volkstum in Südschleswig zu verdrängen oder es zumindestens biologisch zu entfremden... Wenn Südschleswig nicht von der Massen-

Einwanderung der Flüchtlinge befreit wird, so bedeutet dies, daß unsere ruhige nordische Bevölkerung entfremdet wird und außerdem von Elementen regiert, die aus dem Unruheherd Europas kommen (Danzig, Ostpreußen, Polnischer Korridor, Sudetenland etc.).“ Daß auch deutsche Schleswig-Holsteiner so diskriminierend über die Vertriebenen urteilten, wird noch zu zeigen sein.

### III.

Angesichts dieser Entwicklung war Otto Käblers Sorge um den Zusammenhalt Schlesiens und Holsteins keineswegs unbegründet. Angeregt, tätig zu werden, wurde er von Dr. Ernst Sauermann (1880-1956), mit dem ihn eine langjährige, auch die Familien einschließende Freundschaft verband. Sauermann war seit 1920 Direktor des Thaulow-Museums in Kiel und seit 1924 Provinzialkonservator. Er hat sich vielerlei Verdienste um das Museum und um die Denkmalpflege erworben. Obwohl er das Pensionierungsalter bereits überschritten hatte, verwaltete er bis 1947 in rastlosem Einsatz sein Amt. Mit Sauermann hat Kahler die meisten Briefe in der „Schleswig-Holstein-Sache“ gewechselt. Sodann hielt er engen persönlichen und brieflichen Kontakt mit Prof. Dr. Volquart Pauls (1884-1954), dem Direktor der Landesbibliothek. Pauls war Honorarprofessor der Kieler Universität und Schriftführer der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte sowie Herausgeber ihrer Veröffentlichungen. Pauls hat zahlreiche grundlegende Arbeiten zur Landesgeschichte verfaßt, darunter auch Untersuchungen zur Rechts- und Verfassungsgeschichte Nordfrieslands und seiner Heimat Eiderstedt. Er stand hierzulande mit Recht in hohem Ansehen. Nunmehr möge die Akte Otto Käblers gleichsam geöffnet werden. Sie beginnt mit einem Schreiben Käblers vom 4. Juni 1946 an den Grafen Rantzau, Pronsdorf, den Verbitter des Klosters Uetersen: „Herr Dr. Sauermann suchte mich heute auf, um der augenscheinlichen Gefahr willen, in der das mit uns verbundene Schleswig schwebt. Die Dinge werden Ihnen ebenfalls näher bekannt sein, nach neueren Nachrichten ist aber wohl zu befürchten, daß einmal plötzlich eine Entscheidung kommt, ohne uns Einheimische, insbesondere aus Holstein, auch nur gehört zu haben. Petitionen aus Flensburg scheinen besagt zu haben, daß man zu Dänemark wolle, und zwar sogar unter Verzicht auf Minderheitsrechte, ja, selbst auf die deutsche Sprache. Gespräche, die ich selbst in den letzten Tagen in Eiderstedt hatte, zeigten zum mindesten eine passive Bereit-



willigkeit, in den dänischen Staat hinüberzuwechseln. Auch das Schicksal der Universität Kiel soll insofern mit der Schleswiger Entscheidung Zusammenhängen, als bei einer Abtrennung Schleswigs die Universität nicht mehr als lebensfähig angesehen werden würde. Eine öffentliche Meinung, die sich hören lassen könnte, gibt es gegenwärtig bei uns nicht. Die Männer an der Spitze unserer Provinz scheinen nicht geneigt, die Stimme des Landes hören zu lassen, die sich für die Untrennbarkeit von Schleswig und Holstein einsetzen müßte. Herr Dr. Saueremann hat über die Sache mit Männern wie Pauls gesprochen, die gleich ihm - und gleich mir - von der Notwendigkeit der Einheit der Herzogtümer überzeugt sind. Er fand dort die Überzeugung, daß man sich unbedingt, und zwar schnellstens regen müsse, schon um den Schleswigern nicht den notwendigen Rückhalt an Holstein zu entziehen, einerlei ob das Schicksal beide Lande auf der deutschen oder, wenigstens zeitweilig, auf der anderen Seite lassen würde.

Ich will darüber nicht viele Worte machen, kann es im Augenblick auch nicht, muß aber als auch meine feste Überzeugung aussprechen, daß es vor allem anderen jetzt gilt, die Zusammengehörigkeit von Schleswig und Holstein zu behaupten, vielleicht 'bis ein schöner Morgen tagt'."

Kähler wünschte - deshalb schrieb er an den Grafen Rantzau daß die Ritterschaft „als berufene Sprecherin des Landes“ ihre Stimme erheben solle. Die Ritterschaft war dazu nicht bereit, wohl in der richtigen Einschätzung, daß sie ihre politische Rolle längst ausgespielt hatte. Waren aber Volquart Pauls und andere damals tatsächlich geneigt, um der Untrennbarkeit der Landesteile willen ganz Schleswig-Holstein, wenn auch nur bis zum Eintreten besserer Zeiten, an Dänemark anzuschließen? Manches scheint dafür zu sprechen, wie noch zu zeigen sein wird. Zu verwirklichen wäre eine solche Wiederherstellung des Gesamtstaates der Zeit vor 1864 sicher nicht gewesen; keine dänische Regierung hätte sich darauf eingelassen, die britische Besatzungsmacht auch nicht.

Die Ritterschaft hielt sich zwar zurück, doch hat Graf Rantzau immerhin eine Reihe von Persönlichkeiten zu einer Besprechung für den 12. Juni 1946 nach Kiel eingeladen, und es erschienen außer Kähler und Rantzau der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Glücksburg, Jessen, Deezbüll, Graf Brockdorff-Ahlefeldt, Ascheberg, von Buchwaldt, Klosterprobst von Preetz, Graf Reventlow, Wittenberg sowie Dr. Kölle aus Kiel; es war also eine sehr aristokratisch

geprägte Runde. Das Ergebnis war mager; Man einigte sich, „daß etwas geschehen soll und muß“, und man wolle sich unter Hinzuziehung anderer Herren nach einer Woche noch einmal treffen. Es wurden aber gut zwei Wochen. Am 28. Juni fand dieses Treffen im Saale der Handelskammer zu Kiel statt. Jetzt waren zusätzlich dabei: Prof. Dr. Pauls, Dr. Sauermann, Probst Bielfeldt, Itzehoe, Rechtsanwalt Dr. Nielsen, Kiel, Dr. Max Emcke, der erste Kieler Oberbürgermeister der Nachkriegszeit (bis zum 14. Februar 1946). Prof. Dr. Otto Scheel, der auch geladen worden war, hatte das Einladungsschreiben zu spät erhalten, war also nicht dabei. Der inzwischen emeritierte Professor für Landesgeschichte an der Universität Kiel war ohnehin bei Sauermann und Kähler persona non grata. Kähler kommentierte sein Fernbleiben mit dem Satz: „Darüber werden wir ja nicht traurig sein.“ Immerhin: Die Versammlung vom 28. Juni beschloß, einen Arbeitsausschuß zu bilden, bestehend aus den Herren Pauls, Nielsen und Emcke, dem zugleich die Federführung übertragen wurde. Der Ausschuß sollte „mit den in Betracht kommenden Kreisen Fühlung nehmen und die Gründung eines Schleswig-Holsteiner-Bundes vorbereiten“. Otto Kähler schrieb dazu an Emcke: „Eine Führung muß da sein, und diese muß eine Geschäftsleitung einsetzen, damit eine feste Organisation geschaffen wird. In derselben mitarbeiten kann ich wohl, die Führung übernehmen aber als auswärtiger und zudem viel beschäftigter älterer Mann nicht.“ Der Arbeitsausschuß hat offenbar nie getagt. Schriftlich und mündlich hat Kähler seine Mitglieder bis zum Jahresende immer wieder ermahnt, tätig zu werden. Erfolg hatte er nicht, und die „Schleswig-Holstein-Sache“ verlief im Sande.

Warum es bei dem ersten Anlauf blieb, ist der Akte nicht zu entnehmen. An der oft erwähnten Arbeitsüberlastung der Herren Nielsen und Emcke dürfte die Angelegenheit kaum gescheitert sein. Sicher ist dagegen, daß es im Jahre 1946 nicht einfach war, einen politisch ausgerichteten Schleswig-Holsteiner-Bund ins Leben zu rufen. Da hatte die Besatzungsmacht ein entscheidendes Wort mitzureden; sie hat dem Eckernförder „Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein“ im Sommer 1946 die Arbeit untersagt. - Die Zeit verstrich, und inzwischen waren schon andere Persönlichkeiten eifrig bemüht, einen Schleswig-Holsteinischen Heimatbund zu gründen. Die erste Gründungsversammlung fand am 3. Januar 1947 in Husum statt, die offizielle Gründung erfolgte dann am 25. Januar in Schleswig, und damit hatte sich für Otto Kahler und seine Freunde diese Sache

erledigt.

#### IV.

Wer die Briefe von Kähler, Sauermann und Pauls aus dem Jahre 1946 liest, wird zunächst feststellen, daß alle drei die politischen Vorgänge dieser Zeit aufmerksam registrierten; sie waren gut informierte Zeitungsleser; auch die junge Wochenzeitung DIE ZEIT lasen sie regelmäßig. Ihre Wahrnehmungen und ihre Urteile vertrauten sie gern und offenherzig ihren Briefen an. Fragen wir zunächst, was sie von Deutschland als ganzem wahrnahmen. Die Antwort kann kurz ausfallen: So gut wie nichts! An keiner Stelle äußerte sich einer der drei darüber, was in anderen Regionen Deutschlands oder was mit Deutschland überhaupt geschah. Auch zur möglichen Zukunft Deutschlands findet sich in den Briefen kein Hinweis, kein Gedanke, auch nicht in den Beilagen und in den Abschriften von Briefen, die an andere Personen gerichtet waren. Ihr politisches Denken und Urteilen blieb auf Schleswig-Holstein beschränkt. Die geistigen Fäden zu Deutschland, so scheint es, waren gekappt. Die Entstehung des Landes Schleswig-Holstein, die sich in diesen Wochen und Monaten vollzog, wurde wie selbstverständlich hingenommen, und zwar keineswegs skeptisch oder ablehnend. So ist denn auch nur selten von der „Provinz“ die Rede, sondern nahezu durchweg vom „Land“ oder „unserem Land“.

Am 4. September 1946 veröffentlichte Volquart Pauls einen damals und auch später noch viel beachteten Aufsatz im Flensburger Tageblatt unter der Überschrift „Videant Consules“; eine Kopie sandte er an Kähler. Pauls versuchte hier, eine historische Bilanz der zurückliegenden achtzig Jahre für Schleswig-Holstein zu ziehen und seinen Standort in der Gegenwart zu definieren; es heißt u.a.: „Nachdem mit dem ‘Dritten Reich’ zugleich Preußen und die Bismarcksche Reichsgründung in Trümmer gesunken sind, beginnt nunmehr für Schleswig-Holstein ein neuer Abschnitt seiner wechselvollen Geschichte. Die preußische Zeit Schleswig-Holsteins ist endgültig vorbei. Was diese zu Ende gegangene Periode unserem Land an unwiederbringlichen Verlusten für unser Volkstum gebracht hat, das dürfte in seinem ganzen Umfange heute noch kaum zu bemessen sein... Für einen neuen Anfang aber dürfte es notwendig werden, dort anzuknüpfen, wo gegen den Willen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung von außen her die Entwicklung jäh abgebrochen ist. Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß die Ergebnisse von acht Jahrzehnten nicht wieder rückgängig gemacht

werden können... Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung von fast drei Generationen ist nicht mehr zu beseitigen. Aber wie einst Dahlmann im Anfang des 19. Jahrhunderts in seiner auf den Jahrhunderte alten Landesprivilegien fußenden Begründung des schleswig-holsteinischen Gedankens nicht an die Wiederaufrichtung des zu Grunde gegangenen schleswig-holsteinischen Ständestaates dachte..., so kann es sich auch heute nur darum handeln, die Idee des schleswig-holsteinischen Staatsgedankens, für den zwei Generationen gekämpft haben und der infolge der preußischen Annexion nicht Wirklichkeit wurde, zum tragenden Fundament eines neuen staatlichen Lebens in der Gegenwart mit ihren eigenen Aufgaben zu machen. Wenn man in dem Zusammenwachsen Holsteins und Schleswigs zu einer Einheit und Schicksalsgemeinschaft, die eine verbindende Brücke zwischen dem deutschen Süden und dem skandinavischen Norden zu bilden berufen ist, den schöpferischen Sinn der schleswig-holsteinischen Geschichte sehen will, dann würde nunmehr eine 600jährige Entwicklung endlich ihrer Erfüllung entgegengeführt werden können.“

Die schleswig-holsteinische Geschichte war also seit 1867 im wesentlichen von außen her, nicht von den Schleswig-Holsteinern selbst bestimmt worden. So sahen es auch Kahler und Sauermann. Infolgedessen hatten die Schleswig-Holsteiner auch nicht das zu verantworten, was in diesen achtzig Jahren geschehen war, weder die Drangsalierung der dänischen Nordschleswiger in kaiserlicher Zeit noch die Verbrechen der Nationalsozialisten, die Pauls auch nicht erwähnt. Nun aber, nach dem Untergang Preußens, hatte Schleswig-Holstein die große Chance, wieder zu sich selbst zu finden, ein eigenes Staatswesen zu bilden und damit das Ziel einer jahrhundertelangen Geschichte zu erreichen, und zwar unbelastet von den Verfehlungen des preußischen Intermezzos.

Dieser verheißungsvolle Neuanfang schien freilich von Dänemark bedroht zu sein. Pauls schrieb in dem genannten Aufsatz: „Nachdem die Nordschleswig-Frage 1920 gelöst und durch das Ausscheiden Preußens eine unmittelbare Aussprache zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark möglich geworden ist, ist nicht einzusehen, weshalb nicht endgültig das Kriegsbeil zwischen beiden begraben werden sollte. Eine Voraussetzung wäre allerdings hierfür nötig, daß auch die dänische Öffentlichkeit aus einer jahrhundertelangen Entwicklung nunmehr die notwendige Folgerung zieht und die Einteilung des heutigen Schleswig-Holstein als eine auch für sie unantastbare

Einheit anerkennt.“ Daß die Deutschen sieben Jahre zuvor Dänemark überfallen und bis vor gut einem Jahr besetzt hatten, bedachte Pauls konsequenterweise nicht. Mit der Verurteilung Preußens sprach man sich selbst frei. - Übrigens haben auch die dänischen Südschleswiger immer wieder betont, daß mit der Eingliederung in Preußen das Unheil für die Schleswiger seinen Anfang genommen habe; nur übergang man die nationalsozialistische Diktatur dabei nicht so großzügig.

Es gab eine weitere Übereinstimmung von Kähler, Pauls und Saueremann mit den dänischen Südschleswigern: Alle drei warnten davor, für den Zulauf zur dänischen Minderheit, lediglich den Opportunismus unzuverlässiger Landsleute verantwortlich zu machen. Pauls schrieb am 24. September 1946 an den CDU-Vorsitzenden Carl Schröter: „Da ist zunächst die Art und Weise, wie bisher von deutscher Seite der Abwehrkampf geführt worden ist. Er wird so gut wie ausschließlich von der Parole „Speck“ beherrscht. Mit dieser groben und sehr stark vereinfachenden Form wird man aber den Dingen nicht gerecht... Sie sind doch wesentlich komplizierter.“

Welche Ursachen für die Hinwendung zum Dänentum werden im Schriftwechsel genannt? Es sei zunächst die angekündigte und leidenschaftlich diskutierte Bodenreform, die die schleswigschen Bauern auf die dänische Seite treibe. Als weitere Ursache glaubte man die mangelnde Unterstützung der Schleswiger durch die Holsteiner auszumachen. Um dies zu ändern hatte man ja auch den Schleswig-Holsteiner-Bund gründen wollen. Saueremann meinte in einem Brief vom 17. Juli 1946, den er Otto Kähler schrieb: „Im Schleswigschen ist klar erkannt und ausgesprochen worden, Holstein muß sich rühren, seine Stimme erheben und auf die volkstumsmäßige Zusammengehörigkeit hinweisen.“ Ein paar Sätze weiter ist zu lesen: „Es ist m. E. nicht richtig, die Bewegung nur auf materielle Gründe zurückzuführen. Es steckt mehr dahinter, und wenn sich der Gedanke der Abwendung erstmal eingefressen hat in die Seele der Menschen, wird auf alle Fälle eine schwierige Situation entstehen. Daß wir Nordschleswig, wo vor 100 Jahren bis vor die Tore Koldings treue deutsch gesinnte Familien ansässig waren, verloren haben, ist mit darauf zurückzuführen, daß Preußen nach Belieben Mißwirtschaft im Innern treiben konnte und daß Holstein sich nicht vor Schleswig stellte. Die

Schleswiger sind ein Kolonialvolk und entdecken jetzt, daß es für sie außer dem Blut auch noch andere starke Bindungen zum Norden

gibt. Die materiellen Erwägungen treten außerdem hinzu. Die sanften Energien Dänemarks sind auch nicht zu unterschätzen. Der Kampf wird nicht nur auf einer Plattform ausgetragen werden, und er bedarf diesmal wirklich einer Regie, die in allen Sätteln fest ist.“ Das war bei aller Skurrilität immerhin der Versuch, die dänische Bewegung differenzierter zu betrachten, als dies weithin und noch lange auf deutscher Seite geschah. Der zuletzt zitierte Satz ist nur zu verstehen als Kritik an der ausgleichenden Minderheitenpolitik des Oberpräsidenten Steltzer. Diese Kritik wird an anderen Stellen deutlicher formuliert; man warf ihm allzu große Nachgiebigkeit, auch Unkenntnis der tatsächlichen Zustände vor. Heute verdient die Politik Steltzers weitsichtig genannt zu werden.

Den wichtigsten Grund für die Hinwendung zur dänischen Minderheit sahen die Korrespondenten allerdings in dem immer noch anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen in das Land. Für alle drei waren die Flüchtlinge „Fremde“, und also gehe von ihnen die Gefahr der Überfremdung aus; auch darin waren sie mit der dänischen Minderheit eines Sinnes.

In besonders krasser Form urteilte Otto Kähler über die Flüchtlinge. Dabei galt seine Abneigung in erster Linie den Ostpreußen, die er als „Halbslaven“ bezeichnete. Am 18. Oktober 1946 schrieb er an Pauls: „Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß unsere schleswig-holsteinische Geschichte nicht zu Ende sein darf. Aber da ist es m.E. vor allem auch nötig, daß wir das Flüchtlingsproblem so hart und ungeschminkt beurteilen, wie es unsere Interesssen erfordern. Die Flüchtlinge gehören nicht in unser Land hinein. Daß wir Preußen los sein sollen, *die* Preußen aber bekommen haben, ist eine schauerliche Ironie der Weltgeschichte. In allem widerstrebt uns dieses Volk. Und schließlich sind wir doch wohl diejenigen, die sagen können 'das Land ist unser'. Daß man den Flüchtlingen das Wahlrecht gegeben hat, war ja schlechterdings nicht zu vermeiden. Eine verantwortungsbewußte Regierung mußte und muß sich sagen, daß man die Flüchtlinge zwar nicht verhungern und verelenden lassen darf, solange sie hier sind (Gott gebe, daß dies bald einmal ein Ende finde), daß sie aber in unserem Land nichts zu sagen haben dürfen. Es ist die echt preußische Unbescheidenheit, die da an den verschiedenen Stellen zum Vorschein kommt; daneben eine Geschäftigkeit, mit der sich viele geschickt in Posten hineinzudrängen verstehen, was aber von wirklicher tüchtiger Arbeit - diese liegt dem Volk weniger - weit entfernt ist.“ Für Kähler waren also die Flüchtlin-

ge und besonders die Ostpreußen ein anderes Volk. Im November 1946 setzte er seiner Frau zu ihrer Überraschung auseinander, daß die Ostpreußen vor hundert Jahren noch gar keine Deutsche gewesen seien. Er wird diese absonderliche These wohl damit begründet haben, daß Ostpreußen nicht zum Gebiet des 1815 gestifteten Deutschen Bundes gehörte. In keinem der Briefe ist von den schrecklichen Erlebnissen und den Leiden der Flüchtlinge und Vertriebenen die Rede. Ihr hartes Schicksal wurde nicht zur Kenntnis genommen oder schien doch nicht der Erwähnung wert. Otto Kähler, der im Ersten Weltkrieg beträchtliche Summen für die Kriegsanzleihen geopfert hatte, kannte keine Solidarität zu Deutschland mehr.

#### V.

Wie kann man diese Einstellung zu Deutschland, zu Schleswig-Holstein, zu Dänemark und zur dänischen Minderheit sowie zu den Flüchtlingen erklären? Es ist bei den drei Briefpartnern - und sicherlich auch bei vielen anderen - in dem politischen Vakuum nach der totalen Niederlage eine geistige Flucht aus der deutschen Geschichte und Gegenwart festzustellen und ein Rückzug in die engere Region, die schleswig-holsteinische Heimat. Nur dieser Raum schien ihnen noch übrig geblieben zu sein; hier konnten sie sich noch orientieren, hier hatten sie eine Zukunftsperspektive, ein Schleswig-Holsteinisches Staatswesen, das durch die Verfehlungen der Vergangenheit, insonderheit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, nicht belastet war. Dafür war Preußen verantwortlich. Diesen Rückzugsraum galt es zu verteidigen gegen die „fremden“ Flüchtlinge sowie gegen die von Dänemark und der dänischen Minderheit drohende Trennung beider Landesteile.

Von Kurt Hector stammt der Satz: „Wenn das Land nur noch durch die normative Kraft des Faktischen und Praktischen zusammengehalten wird“ - und das war ja beim Deutschland dieser Zeit nicht einmal mehr der Fall -, „tritt der Regionalismus notwendig in sein Recht.“ Man suchte - modern ausgedrückt - seine Identität in Schleswig-Holstein und nur noch in ihm und seiner Geschichte bis 1867 und seit 1945. Da man sich innerlich von der deutschen Geschichte und Gegenwart gelöst hatte, konnte man so weit gehen, die Flüchtlinge als Fremde, ja als böswillige Invasoren zu betrachten, von denen die schleswig-holsteinische Identität verschüttet zu werden drohte.

Prinzipiell verlief diese Neuorientierung bei vielen Menschen, die

sich der dänischen Minderheit anschlossen, nicht anders: Auch sie suchten und fänden eine neue, historisch verankerte Identität. Vielleicht mag es sich lohnen, das Problem der Verdrängung des Nationalsozialismus auch einmal unter diesem Blickwinkel zu betrachten. Es bleibt zu bemerken, daß Volquart Pauls, der jüngste der drei Briefpartner, diesen Rückzug anscheinend am ehesten revidiert hat. Schon Anfang 1947 erschien, wiederum im Flensburger Tageblatt, sein Aufsatz mit dem programmatischen Titel „Über allem das Reich“. Otto Kähler aber hat an seinem schleswig-holsteinischen Standpunkt bis zu seinem Lebensende festgehalten.

Hinweise:

Der voranstehende Aufsatz ist in seinem Hauptteil identisch mit dem Text eines Vortrages, den der Verfasser während einer Feierstunde zum 60. Geburtstag von Dr. Hans F. Rothert in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek im Kieler Schloß gehalten hat.

Der Nachlaß Otto Käblers befindet sich im Landesarchiv Schleswig-Holstein: Abt. 399.99. Die hier benutzte, bislang im Privatbesitz befindliche Akte wird dort eingeliefert werden. - Nachruf auf Otto Kahler mit Bibliographie: ZSHG 80 (1956), S. 17-22 (Friedrich Lange). Zur Entstehung des Landes S-H und zur Situation im Jahre 1946: Kurt Jürgensen, Die Entstehung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1969; ders. Die Entstehung des heutigen Schleswig-Holsteinischen Landtages 1945-1947 in: Rudolf Titzck (Hrsg.), Landtage in Schleswig-Holstein gestern - heute - morgen, Kiel 1987; weitere Untersuchungen von Jürgensen sind aufgeführt bei Jürgen Hartwigs Ibs, Landtage in Schleswig-Holstein. Ernannt und gewählt 1946-1996, Broschüre zur Wanderausstellung, 2. Aufl., Kiel 1996. - Anders Ture Lindstrøm, Landet Slesvig-Holstens politiske historie i hovedtræk 1945-1954, Flensburg 1975. - Rede des Abgeordneten Günter: 1. Schleswig-Holsteinischer Landtag, Wortprotokoll der 5. Sitzung, S. 11-12.

Zur dänischen Minderheit nach 1945: Lorenz Rerup, Fra grænsekamp til sameksistens, Albertslund 1969; eine jüngst erschienene sehr differenzierte und distanzierte Darstellung mit vielen trefflichen Beobachtungen stammt von Uwe Danker, Das deutsch-dänische Grenzland vor 50 Jahren, Serie im Flensburger Tageblatt v. 30.03.,



1.4., 2.4., 3.4., 4./5.4., 6.4.1996.

Biographie Sauermanns: Biogr. Lexikon f. Schlesw.-Holst, u. Lübeck, Bd. 10, S. 330-336 von Thomas Scheck; zu Sauermanns Wirken: Thomas Scheck, Denkmalpflege und Diktatur: Die Erhaltung von Bau- und Kunstdenkmälern in Schleswig-Holstein und im Deutschen Reich zur Zeit des Nationalsozialismus, Berlin 1995.

Zu Volquart Pauls: Biographie v. Olaf Klose: Schlesw.-Holst. Biogr. Lexikon, Bd. I, S. 213-215; Pauls' Bibliographie: Aus Schleswig-Holsteins Geschichte u. Gegenwart, Festschr. f. V. P., Neumünster 1950.

Bei den Petitionen, die Kähler im Schreiben v. 4.6.1946 erwähnt, handelt es sich um die von etwa 10.000 Flensburgern unterschriebene Loyalitätsadresse an die dänische Regierung und das dänische Volk vom Juni 1945, Abdruck: Sydslesvigsk Dagbog, 1. Bd., København 1947, Nr. 54, S. 15-16, Übersetzung bei Julius Feddersen, Die Grenzlandpolitik Friedrich Wilhelm Lübkes, Phil. Diss. Würzburg 1979, S. 49. - Zur Entstehung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes: 20 Jahre Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Neumünster 1968, darin v. Georg Reinhardt, Vorgeschichte und erstes Wirken, S. 9 ff. - Theodor Steltzer, Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966.

# Flensburgs Zeitungen

in der Nachkriegszeit 1945 - 1949 (Teil II)

von WOLF GEHRMANN

*Im ersten Teil des in den letzten Grenzfriedensheften gedruckten Aufsatzes wurden die Entwicklung der Zeitungen der britischen Militärregierung in Schleswig-Holstein und der lizenzierten Landespresse, insbesondere des Flensburger Tageblatts, beleuchtet. Außerhalb der Betrachtung blieb das Organ der dänischen Bevölkerungsgruppe, Flensburg Avis. Seine damals sehr komplizierte Lage und das damit verbundene Verwirrspiel internationaler Politik um eine deutschsprachige Ausgabe bis zur Lizenzierung der Südschleswigschen Heimatzeitung ist Gegenstand der nachfolgenden Darstellung<sup>123</sup>.*

Britische Haltung zum grenzlandpolitischen Sonderfall "Flensburg Avis" 1945/46

Eine Ausnahme, und dies zugleich mit internationaler Brisanz, stellte in der britischen Zonenpressepolitik das Lizenzverfahren der dänischsprachigen Zeitung Flensburg Avis dar, des Organs der dänischen Bevölkerungsgruppe im Landesteil Schleswig. Flensburg Avis war 1869 in Flensburg gegründet worden mit der Zielsetzung, Kultur und Interessen des Dänentums in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein zu wahren. Nach der Volksabstimmung 1920 verblieb die Zeitung in der Fördestadt und hatte fortan Leser beiderseits der Grenze. Zusätzlich erschien eine deutschsprachige Beilage „Der Schleswiger“ für all diejenigen dänisch Orientierten, die der nordischen Sprache nicht mächtig waren, und um die Belange der Minderheit gegenüber der deutschen Öffentlichkeit zu vertreten. Während der NS-Zeit durfte „Der Schleswiger“ ab 1937 nur noch als wöchentliche Beilage verteilt werden. Im Zuge der Papierknappheit des letzten Kriegshalbjahres mußte das Erscheinen auf behördliche Anordnung im Oktober 1944 ganz eingestellt werden. Nach Kriegsende war Flensburg Avis die einzige Zeitung in der britischen Zone, die weiterhin, und dies an sechs Tagen in der Woche, erscheinen durfte<sup>124</sup>.

Desillusioniert und orientierungslos suchten die Menschen im allgemeinen Chaos der Nachkriegszeit nach einem Halt für eine bessere

Zukunft. Im nördlichen Teil der Provinz, in Schleswig, sah man innerhalb der dänischen und friesischen Minderheit diese Zukunft in einem Anschluß an Dänemark. Aber Teile der deutschen Bevölkerung erblickten in einer engeren Anlehnung an die nordische Demokratie und deren Lebensweise eine Perspektive gegenüber der deutschen Hoffnungslosigkeit. Diese Nordorientierung berührte damit automatisch die Frage einer Neufestlegung der Grenze. Auch in Dänemark sahen breite Kreise der Bevölkerung die Möglichkeit, im Rahmen wohlwollender britischer Besatzungspolitik in Schleswig eine pro-dänische Stimmung zu fördern und die Grenzziehung von 1920 auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker noch einmal zu korrigieren. Zwar hatte die dänische Regierung von Staatsminister Vilhelm Buhl am 9. Mai 1945 die Grenze für unverrückbar erklärt, aber grenzaktivistische Kreise konnten im folgenden Halbjahr und darüber hinaus große Teile der dänischen Öffentlichkeit für ihre Ziele mobilisieren. Die am 7. November 1945 in Kopenhagen gebildete Regierung Kristensen sollte dieser Strömung Rechnung tragen.

Im Sommer 1945 erhielt das Thema beiderseits der Grenze zentrale Bedeutung. Die einheimische Bevölkerung in Schleswig, konfrontiert mit einer steigenden Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie den damit verschärften sozialen und wirtschaftlichen Problemen, wandte sich - örtlich verschieden - in stark zunehmendem Maße der dänisch-orientierten Bewegung zu<sup>125</sup>. Die Mitgliederzahl des Schleswigschen Vereins (ab Februar 1946 Südschleswigscher Verein - SSV), der Dachorganisation der alten dänischen Minderheit, stieg von 2.728 im Mai 1945 auf nahezu 73.000 im Oktober 1948 an<sup>126</sup>. Ebenso erfolgreich war die Minderheit bei den Gemeinde-, Kreis-, Landtags- wie auch den Kommunalwahlen bis 1948<sup>127</sup>. Erst im Zuge der sich abzeichnenden politischen Neuordnung Westdeutschlands, die zugleich die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg war und als Folge dessen eine stetige Abschwächung der „Irredenta-Bewegung“ bewirkte, kam es dank grundlegender diplomatischer Initiative der britischen Besatzungsmacht zu Gesprächen zwischen Vertretern der dänischen Minderheit und der schleswig-holsteinischen Landesregierung, an deren Ende im September 1949 die Kieler Erklärung stand. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen im Jahre 1955 schrieben auf zwischenstaatlicher Ebene die Minderheitenrechte auf beiden Seiten im Grenzgebiet endgültig fest<sup>128</sup>.

Doch war diese positive Entwicklung im Sommer 1945 noch nicht abzusehen. Die britische Besatzungsmacht war nach anfänglicher Bevorzugung der dänischen Bevölkerungsgruppe durch die rapide Neuorientierung der schleswigschen Bevölkerung und die steigenden Beitrittszahlen der dänischen Vereine irritiert und mißtraute der Echtheit des Bekenntnisses, zumal es in den britischen Vorstellungen für die Neuordnung Nachkriegsdeutschlands störend wirken mußte. Entsprechend reserviert war die britische Haltung<sup>129</sup>. Infolge ihrer Bedeutung als Exponent der dänischen Sache geriet Flensburg Avis mit zum Diskussionsgegenstand interner britischer Besatzungs- und Pressepolitik sowie britisch-dänischer Diplomatie. Dies betraf vor allem drei Aspekte: die grenzpolitische Berichterstattung der Zeitung, den mit der grenzspezifischen Entwicklung verbundenen Anstieg der Auflage und die daraus resultierende Frage der Papierversorgung sowie das Gesuch um eine Beilage in deutscher Sprache.

#### Restriktive Vorzensur - Verweigerung einer deutschen Beilage (bis November 1945)

Bis Anfang Juni 1945 wurde Flensburg Avis weiter gedruckt, ohne daß britische Dienststellen nachhaltigen Einfluß genommen hatten. Über das dänische Außenministerium erhielt Chefredakteur Lorenz Peter Christensen am 6. Juni 1945 erstmals Kenntnis über Sicherheitsvorschriften, die auf ausdrücklichen alliierten Wunsch auch auf Flensburg Avis Anwendung finden sollten. Es handelte sich hierbei mehr um eine freiwillige Selbstbeschränkung zu Fragen militärischer und militärpolitischer Sicherheit, ausgerichtet auf den noch in Fernost tobenden Krieg, die in einer kleinen Broschüre zusammengefaßt waren<sup>130</sup>. Wenige Tage später forderte der Flensburger Detachment-Commander die Herausgeber der Zeitung auf, ab 11. Juni täglich vier Zeitungsexemplare abzuliefern. Gleichzeitig erging die Anordnung, jeweils drei Tage vor der geplanten Veröffentlichung alle Anzeigen, Bekanntgaben und Textbeiträge der 318. Field Service Section vorzulegen. Diese konnten am Tage darauf wieder abgeholt werden<sup>131</sup>.

Dennoch scheint die damit eingeführte Vorzensur nicht sehr streng gewesen zu sein. Sie hatte eher den Charakter einer einfachen Begutachtung. So wurde beispielsweise in einer Rubrik „Das Grenzland“<sup>132</sup> in unregelmäßiger Folge bis zum 5. Juli 1945 über das

Thema berichtet. „Der Anspruch auf Befreiung“ lautete die letzte Schlagzeile der Rubrik<sup>133</sup>. Für diese verhältnismäßig lange Dauer einer ungehinderten Meinungsäußerung gibt es wahrscheinlich zwei Gründe. Einmal war sich die britische Militärregierung noch nicht schlüssig darüber, wie auf die Gesamtentwicklung im Grenzgebiet, die zwar zunehmend skeptischer betrachtet wurde, zu reagieren sei. Die bestehenden Richtlinien der Pressekontrolle ließen sich zudem nicht auf das dänische Minderheiten-Organ übertragen und trafen auf die Grenzlanddiskussion nicht zu. Ein zweiter wahrscheinlicher Grund war die Sprach-Barriere, die Unmöglichkeit einer exakten Kontrolle durch britische Offiziere der Flensburger Press Sub Section. Die Political Division wurde deshalb Anfang Juni 1945 dringend um Verfahrensrichtlinien gebeten<sup>134</sup>.

Dem Schreiben zufolge war der britischen Flensburger Informationskontrolleinheit extra zwecks Überwachung von Flensburg Avis ein US-Pressekontrolloffizier zugeordnet worden, Major F.B.S. Roos, ein Amerikaner mit dänischen Vorfahren und dementsprechenden Sprachkenntnissen. Dieser hatte bereits in einem Memorandum die Lage im Grenzgebiet beschrieben und die Position der Zeitung dargelegt. Nach Roos' Einschätzung konnte sich die Avis-Redaktion, trotz der offiziellen Haltung der dänischen Regierung, aufgrund des beträchtlichen Drucks und der Agitation im Grenzgebiet, einer Thematisierung der Grenzfrage nicht entziehen. Bezüge zu diesem Problem, so die persönliche Meinung des US-Offiziers, ließen sich in der Zeitung nicht vollständig vermeiden. Unter Verweis auf diese Stellungnahme betonte die 21. Heeresgruppe am 10. Juli 1945, daß Flensburg Avis bekanntermaßen mit britischer Genehmigung erscheine und die Unterstützung der dänischen Regierung genieße, „its output or silences on this subject are considered particularly important by its public“<sup>135</sup>. Es würde die Tätigkeit des Kontrolloffiziers jedoch vereinfachen, wenn dieser die Zusage machen könnte, daß dieses Problem zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgegriffen werde.

Die Political Division ging auf diesen Vorschlag der Heeresgruppe nicht ein. Sie war sich aber, wie auch auf PR/ISC-Stabsebene, nicht schlüssig über die weitere Verfahrensweise. In einem vertraulichen Bericht des in Schleswig-Holstein stationierten VIII. Corps vom 15. November 1945 heißt es dazu vorwurfsvoll: „Trotz wiederholter Anfragen wurden Major Roos keine detaillierten Direktiven erteilt, außer daß die üblichen Sicherheitsvorschriften zu beachten seien“.

Dem Offizier wurden lediglich einige Themenstichpunkte mitgeteilt, deren Behandlung in der Zeitung nicht gestattet seien. Anhand dieser Vorgaben stellte der auf sich allein gestellte US-Offizier Roos, in diesem Sinne ganz pragmatischer Amerikaner, vor Ort völlig eigenständig Zensurvorschriften für Flensburg Avis zusammen. Danach durften insgesamt elf Themen in der Zeitung weder erwähnt, noch erörtert werden, nämlich die Veränderung der Grenze, der zukünftige Nationalstatus Südschleswigs, Kritik an Flüchtlingen und an von der Militärregierung eingesetzten Amtspersonen, historische Ungerechtigkeiten von deutscher Seite, die Verurteilung der Deutschen im allgemeinen, das Verlangen zur Rückkehr nach Dänemark, Berichte über Agitation in Dänemark betreffend Südschleswig, die Zukunft der dänischen Minderheit und das Flaggen des Danebrog in Südschleswig. Dänisches Gedankengut und dänische Bräuche sollten in der Berichterstattung nur als eigene Werte an sich und nicht in Kontrast zu deutschen Ideen und Bräuchen dargestellt werden<sup>136</sup>.

Bis zu seiner Abberufung am 15. Oktober 1945 überwachte Roos die Einhaltung der Zensurregeln. Nach dessen Ausscheiden und im Hinblick auf „the absence of any clearly defined policy of Censorship and mandatory articles“<sup>137</sup> bekräftigte das VIII. Corps in einem Schreiben an die Zeitung die bestehenden Zensurrichtlinien noch einmal und wies daraufhin, daß alle Ankündigungen der Militärregierung nun auch im Flensburg Avis erscheinen sollten, was offenbar vorher nicht der Fall gewesen war. Das Schreiben des Informationsstabs—Offiziers des VIII. Corps macht offenkundig, daß die Briten über kein einheitliches Handlungskonzept für die Zeitung verfügten, sondern von Dienststelle zu Dienststelle ein zusätzliches Provisorium anfügten. Schon Ende September/Anfang Oktober 1945 hatten sie z. B. nach internen Auseinandersetzungen zwischen dem VIII. Corps und der Political Division die Genehmigung einer deutschsprachigen Beilage für Flensburg Avis abgelehnt<sup>138</sup>.

Nachfolger von Major Roos wurde Captain Liquorish, der zusammen mit Major Haiford, dem Geheimdienst-Offizier vom britischen Intelligence-Service, die Zensur bei Flensburg Avis ausübte<sup>139</sup>. Jede Druckfahne mußte diesen beiden vorgelegt werden, bevor eine Druckfreigabe erfolgte. Begriffe wie „zu Hause in Dänemark“ oder „nach Hause nach Dänemark“ wurden rigoros gestrichen. Innerhalb der Redaktion bemühte man sich durch eine Art „Vor-Vorzensur“ zensorische Konflikte zu entschärfen<sup>140</sup>. Daß die beiden britischen Offiziere eine restriktive Linie verfolgten, ist anhand des Vergleichs

mehrerer erhaltener zensierter Korrekturfahnen und der endgültigen Artikelfassung deutlich nachzuvollziehen. Am 21. November 1945 wurden die Zensurbedingungen für Flensburg Avis noch einmal präzisiert und gleichzeitig verschärft. Für die Zeitung waren drei Themenbereiche gänzlich tabu:

## I. *Probleme der dänischen Minderheit*

Fragen der Grenzrevision,

der Wechsel des Nationalstatus von Schleswig-Holstein, Erwähnung jeglicher Heimkehrwünsche unter dänische Herrschaft,

- Berichterstattung über Agitation in Dänemark mit dem Ziel der Rückkehr Südschleswigs unter dänische Autorität,
- die Zukunft der dänischen Minderheit, ausgenommen bildungs-, kultur- und wohlfahrtspolitische Angelegenheiten,
- Hinweise auf das Hissen der dänischen Flagge in Schleswig-Holstein.

### II. *Einstellung gegenüber der Militärregierung und den Besatzungsmächten*

- Kritik an der Militärregierung, Kritik an der alliierten Politik, Flüchtlingsströme nach Schleswig-Holstein zu lenken,
- Kritik an Ernennungen der Militärregierung innerhalb der deutschen Verwaltung.

### III. *Einstellung gegenüber Deutschland und den Deutschen*

- Verdammung der Deutschen im allgemeinen,
  - historisches Unrecht Deutschlands in Verbindung mit Fragen der dänischen Minderheit<sup>141</sup>.

Es mag Zufall sein, daß diese Zensurvorschriften am selben Tag, dem 21. November 1945, datiert worden sind, als der neugewählte dänische Staatsminister Knud Kristensen von der liberalen Venstre-Partei in Kopenhagen seine Regierungserklärung abgab und eine aktive Südschleswig-Politik ankündigte.

Der spätere schleswig-holsteinische Finanzminister Richard Schenk, der im Spätsommer 1945 für den Bezirksvorstand der Landes-SPD die Grenzregion bereiste und die Situation dort analysierte, beklagte

in seinem Bericht vom 21. August 1945 das dänische Meinungsmonopol mit Flensburg Avis: „Sie geben ihre Zeitung völlig ungehindert ohne Beschränkung durch Zensur und Papierknappheit heraus, während die Deutschen bis jetzt ohne Stimme sind.“<sup>142</sup> In späteren Briefen wiederholte Dr. Schenck seine Auffassung, daß die deutschgesinnte Bevölkerung durch eine unkontrollierte Agitation von Flensburg Avis wirkungsvoll eingeschüchtert werde. Sicherlich war es für die dänische Strömung psychologisch von Vorteil, über ein „eigenes“ Sprachrohr zu verfügen. Aber ein „frei“ verfügbares Meinungsinstrument ist Flensburg Avis schon in der zweiten Jahreshälfte 1945 nicht mehr gewesen.

Flensburg Avis im diplomatischen Spannungsfeld bis zur Lizenzierung im Juni 1946

Schon in seiner Regierungserklärung hatte Staatsminister Knud Kristensen zu den harten Zensurauflagen von Flensburg Avis und der Verweigerung einer deutschsprachigen Beilage eindeutig Stellung bezogen und die Hoffnung geäußert, daß die britische Militärregierung ihre Entscheidung noch einmal überprüfen werde. Die Genehmigung einer deutschsprachigen Beilage für dänisch-gesinnte Südschleswiger ohne dänische Sprachkenntnisse war für ihn nur die logische Konsequenz aus den Erfahrungen mit der preußisch-deutschen Kulturpolitik, die seinerzeit ja dazu geführt habe, daß mehrere Generationen Südschleswiger am Erlernen ihrer Heimatsprache gehindert worden seien.

In einer Art „konzertierter Aktion“ wurde die dänische Regierung zum Jahresende daher bei verschiedenen britischen Entscheidungsebenen vorstellig. Am 20. Dezember 1945 erhielten die britische Botschaft in Kopenhagen und der in Plön residierende Commander des VIII. Corps, Lieutenant General Barker, ein gleichlautendes Memorandum zugestellt, in dem unter anderem die mögliche Revision Flensburg Avis betreffenden Einschränkungen als sehr begrüßenswert bezeichnet wurde<sup>143</sup>. Eine Woche darauf überreichte die dänische Botschaft in London dem britischen Außenministerium die Auszüge der Regierungserklärung Kristensens zur Südschleswig-Politik<sup>144</sup>.

Auch verschiedene britische Dienststellen und Kommandos der Militärregierung mußten sich wiederholt mit der dänischen Initiative beschäftigen. Bereits im September 1945 hatte das VIII. Corps vorgeschlagen, Flensburg Avis eine deutsche Wochenbeilage zu ge-



nehmigen, was aber von der Political Division abgelehnt wurde. Infolge des dänischen Vorstoßes griffen das VIII. Corps und die 8. ICU den Vorschlag erneut auf. Doch Christopher Steel, der Leiter der zuständigen Political Division, machte seine Position am 11. Januar 1946 noch einmal unmißverständlich deutlich: „Das Ziel der dänischen Minderheit ist es, die erzieherischen und kulturellen Verbindungen zu Dänemark zu pflegen. Ich kann nicht nachvollziehen, daß die Tatsache, daß eine Zahl ihrer Mitglieder es nicht gelernt hat, Dänisch zu sprechen, die Veröffentlichung einer deutschsprachigen Beilage rechtfertigt.“<sup>145</sup>

Corps Commander Barker, der von PR/ISC-Chef Bishop schon als pressepolitisch eigenwillig charakterisiert worden war, trug seinen abgelehnten Vorschlag am 26. Januar 1946 auf verklausuliertem Wege jedoch noch einmal dem britischen Zonenhauptquartier vor<sup>146</sup>. Er schlug nunmehr vor, die Zeitung als offizielles Organ des Schleswigschen Vereins zu lizenzieren und es dadurch in die üblichen Lizenzvorschriften analog den deutschen Zeitungen einzubinden. Einige Ausnahmen sollten für das Blatt aber weiterhin bestehen bleiben, nämlich der Bezug von dänischen Funknachrichten und Zeitungsquellen, die speziellen Zensurregeln und die Versorgung mit Zeitungspapier aus Dänemark, welches dann nicht mehr gesondert kontrolliert werden müsse. Die für eine Mitgliedschaft im Schleswigschen Verein festgelegten Bedingungen erlaubten es, so der General, „that a number of members will not be Danish-speaking“. Sollte Flensburg Avis offizielles Organ des Vereins werden, so könne auch eine deutschsprachige Beilage herausgegeben werden. Der Verein solle bei einer festgelegten Auflagenhöhe selbst entscheiden dürfen, wie hoch der deutschsprachige Anteil sein werde. Die gegenwärtigen Zensurbestimmungen für Flensburg Avis seien auf die deutsche Ausgabe übertragbar<sup>147</sup>.

Der Fehler in Barkers durchaus logischem Ansatz lag in dem Vorschlag, die Zeitung als Sprachrohr einer Kulturvereinigung zu lizenzieren. Eine solche Möglichkeit war in den britischen Vorschriften nicht vorgesehen und hätte einen Präzedenzfall im Hinblick auf weitere Organisationen geschaffen, beispielsweise für den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund<sup>148</sup>. Nach dem Verständnis von Political Division und Foreign Office wäre eine *deutschsprachige* Lizenzausgabe für eine dänisch-orientierte Kulturvereinigung, als Dachorganisation der dänischen Minderheit, höchst widersprüchlich gewesen. Die vom Foreign Office am 13. Februar 1946 der dänischen

Botschaft in London übergebene diplomatische Note in Sachen Flensburg Avis, in der zugleich eine Lockerung der Zensurbestimmungen abgelehnt wurde, entspricht ganz dieser Linie<sup>149</sup>.

Diese harte und konsequente Linie auf oberster politischer Ebene beruhte primär auf der Abstimmung zwischen Political Division und dem Londoner Außenministerium. Ein weiterer Aspekt darf hierbei nicht übersehen werden: der Anspruch des Schleswigschen beziehungsweise des Südschleswigschen Vereins auf Wahrnehmung des politischen Mandats für die dänische Minderheit. Die Briten hatten nämlich eine politische Betätigung der Kulturvereinigung grundsätzlich abgelehnt, da die parteipolitische Programmatik diametral zur politischen Neuordnung und zum Wiederaufbau Deutschlands beziehungsweise Schleswig-Holsteins hätte stehen müssen<sup>150</sup>. Auch konnte eine kulturelle Organisation nicht den politischen Alleinvertretungsanspruch für die Minderheit erheben. Eine parteipolitische Anerkennung hätte zudem den - gerechtfertigten - Anspruch einer parteinahen Zeitung nach sich gezogen. Parteien und ihr nahestehende publizistische Organe sollten in den britischen Überlegungen aber konstruktiv am Umerziehungs- und Demokratisierungsprozeß in Deutschland, am staatlichen Neubeginn mitwirken. Dies war zu diesem Zeitpunkt unvereinbar mit den Zielen der dänisch-gesinnten Schleswiger. Insofern war neben der Ablehnung einer deutschsprachigen Beilage selbst die vorläufige Beibehaltung der restriktiven Vorzensur für ein Kulturorgan Flensburg Avis aus britischer Sicht nur konsequent, um die politisch explosive Stimmung in der Bevölkerung nicht noch weiter anzuheizen. Ganz auf dieser Linie lag auch die konsequente Verweigerung grenzpolitischer Beiträge in den zu diesem Zeitpunkt in Flensburg noch existierenden britischen Militärregierungsblättern „Flensburger Nachrichtenblatt“ und „Kieler Kurier“. Doch fanden bestimmte Aspekte der Barker-Initiative auch Zustimmung, denn daß Flensburg Avis einen regulären Status erhalten mußte, war allen beteiligten Dienststellen, speziell im Hinblick auf das bevorstehende Erscheinen deutscher Lizenzzeitungen und deren nur kurzzeitig geplante Vorzensur, bewußt. Folgerichtig mußte Flensburg Avis ebenfalls lizenziert werden, als Zeitung für die dänische Minderheit, aber mit überparteilicher Ausrichtung, was in diesem Fall eine spezifische Entpolitisierung - auch in Sachen Grenzpolitik - bedeutete.

Über die sich ändernden pressepolitischen Rahmenbedingungen wurde Flensburg Avis vom VIII. Corps in Kenntnis gesetzt. Begin-

nend mit dem 11. Februar 1946 dürfe die Zeitung probeweise für 14 Tage ohne Vorzensur erscheinen. Es gebe zwar gegenwärtig nicht die Absicht, die gegenwärtige Zensur zu modifizieren, doch werde die endgültige Aufhebung der Vorzensur davon abhängig gemacht, ob Flensburg Avis während der Versuchsperiode die vorgegebenen inhaltlichen Bestimmungen loyal einhalte<sup>151</sup>. Ob dies so geschah, ist nicht mehr nachzuweisen, die Versuchsperiode wurde jedenfalls nicht verlängert. Sich daran anschließende Bemühungen der Zeitung, eine Lockerung der strengen Zensurbedingungen vom November 1945 zu erreichen, und das wiederholte Gesuch um eine deutschsprachige Beilage wurden von der Hamburger Pressekontrolle jedoch erneut strikt abgelehnt<sup>152</sup>.

Daher folgte Flensburg Avis, wohl nicht ohne Zusprache der britischen Pressekontrolle, dem einzig gangbaren Weg, die harten Bedingungen abzumildern. Chefredakteur Christensen stellte einen Lizenzantrag für die Zeitung und für eine deutschsprachige Beilage<sup>133</sup>. Mitte März bis Ende April 1946 entwarf die 8. ICU in Absprache mit der ISC Branch die Lizenzinstruktionen für Flensburg Avis<sup>154</sup>. Der dem Außenministerium zur Entscheidung vorgelegte Antrag für eine deutschsprachige Beilage wurde nach mehrfachen Rückfragen der PR/ISC-Gruppe am 1. Mai 1946 jedoch wiederum abgelehnt<sup>155</sup>. Das übrige Lizenzierungsverfahren zögerte sich aus nicht ganz ersichtlichen Gründen dann noch bis in den Juni 1946 heraus. Möglicherweise haben die wiederholten Einwände der Zeitung gegen eine Begrenzung des Anzeigenraumes auf 1/8 des abwechselnd vier- und sechsseitigen Zeitungsumfanges, das erst am 21. Juni 1946 auf Weisung aus London erfolgende Verbot, deutschsprachige Anzeigen aufzunehmen, sowie das Bemühen, die Auflage, trotz gerade zugestandener 33.000 Exemplare, auf 40.000 aufzustocken, diese Verzögerung hervorgerufen<sup>156</sup>.

Schon zwei Monate zuvor waren allerdings die Besitzverhältnisse und die wirtschaftliche Lage des Blattes von der Intelligence Section der Economic Branch überprüft worden. Hauptanteilseigner waren danach der dänische Grenzverein (Grænseforening) und der Kopenhagener Reeder A.P. Möller<sup>157</sup>. Die endgültige

Lizenzvergabe wurde schließlich durch einen außenpolitischen Anstoß eingeleitet. Der britische Botschafter in Kopenhagen, Randall, wies anlässlich des geplanten Besuches von Brigadier Henderson diesen am 20. Juni 1946 telegrafisch darauf hin, daß es ratsam sei, in Sachen Flensburg Avis nicht unvorbereitet nach Kopenhagen zu

reisen. Dort herrsche große Erregung darüber, daß Flensburg Avis von der lizenzierten und nicht mehr vorzensierten Hamburger Allgemeinen Zeitung kürzlich attackiert worden sei. Flensburg Avis habe wegen der nach wie vor bestehenden Vorzensur diese Angriffe nicht erwidern können<sup>158</sup>.

Diese deutsche Presseattacke war genau einer der Vorfälle, die die Briten durch eine Lizenzierung zu vermeiden suchten. Ein weiterer Vorstoß Randalls führte im Außenministerium zu hektischen Aktivitäten. Das Foreign Office verfügte zwar offensichtlich über keinerlei Detailkenntnis der Zensurbedingungen bei Flensburg Avis und bezweifelte daher auch zunächst die dänische Darstellung. Gleichwohl erhielt PR/ISC-Chef Bishop die Anweisung, die Zeitung bei nächstbesther Gelegenheit zu lizenzieren<sup>159</sup>, was am 28. Juni 1946 mit der Überreichung der Lizenz Nr. 72 an Jens Christian Poulsen, Cornelius Hansen und Lorenz Peter Christensen geschah<sup>160</sup>.

Diplomatisches Nachspiel - endgültige Zensurrichtlinien und offizieller Status als Organ der Südschleswigschen Vereinigung im Oktober 1946

Am 26. Juni meldete die dänische Nachrichtenagentur „Ritzaus Büro“ unter Berufung auf Brigadier Henderson, daß ab Freitag, dem 28. Juni 1946, für Flensburg Avis die gleiche „Zensurfreiheit“ und Herausgabelizenz gelten werde wie für die anderen Blätter in Schleswig-Holstein<sup>161</sup>. War dies wirklich der Fall?

Nur einen Tag nach der Lizenzvergabe nämlich beklagte sich Chefredakteur Christensen in einem Schreiben an die 8. ICU in Hamburg, daß deutsche Parteien und Zeitungen einen öffentlichen Disput über das Grenzproblem entfacht hätten. Flensburg Avis sei es nicht möglich, dazu Stellung zu nehmen, falsche Behauptungen zu korrigieren oder zurückzuweisen, obwohl die Zeitung laut Lizenz der Wahrheit dienen solle. Christensen bat deshalb dringlichst, auch Meinungen und Stimmen aus Südschleswig und Dänemark in „political questions of the borderland“<sup>162</sup> veröffentlichen zu dürfen. Andernfalls sei die dänisch-gesinnte Bevölkerung in einem wesentlichen Punkt gegenüber der deutsch-orientierten benachteiligt. Im selben Brief ersuchte der Chefredakteur um eine Auflagenerrhöhung auf 40.000 Exemplare, die Vergrößerung des Anzeigenvolumens, die Aufnahme deutscher Anzeigen und offizieller Mitteilungen sowie um wenigstens eine zweiseitige deutschsprachige Beilage an drei Tagen in der Woche, was wie gewohnt abgelehnt wurde.

Einem Teil der Wünsche lagen sicherlich auch wirtschaftliche Motive zugrunde.

Mit starker Einschränkung galt das auch für die erbetene deutsche Beilage. Jedoch ist letztere primär im Zusammenhang mit der Forderung Christensens nach einer erweiterten politischen Berichterstattungsmöglichkeit zur Grenzfrage zu sehen. Laut Lizenzinstruktionen war Flensburg Avis dazu verpflichtet, zum Aufbau „of a free and democratic form of German society“<sup>163</sup> beizutragen. Ergänzend zu den üblichen Instruktionen für deutsche Lizenzzeitungen wie der objektiven Berichterstattung waren nahezu alle von Major Roos seinerzeit festgelegten Zensurregeln mit aufgenommen worden, so daß Artikel und Kommentar zum gesamten Komplex der Grenz- und Minderheitenfrage weiterhin verboten waren. Lediglich offizielle Verlautbarungen der dänischen Regierung, des Grænseforening und des Skoleforeningen for Sønderjylland betreffend Südschleswig durften abgedruckt werden.

Für Flensburg Avis hatte sich also bis auf die Einführung der weniger rigiden Nachzensur kaum etwas geändert, wie auch britische Stellen Zugaben. Deutschsprachige Zeitungen waren demgegenüber bereits Ende Mai 1946 von der Vorzensur befreit worden<sup>164</sup>. Genau wie Flensburg Avis wurden diese jedoch weiterhin beobachtet, und auch die Kommentare durften sich nur auf Nachrichten beziehen, die über Nachrichtenagenturen verbreitet wurden, wobei der Deutsche Pressedienst ohnehin bis zum Juni 1947 unter direkter britischer Kontrolle stand. Damit wollten die Briten zielbewußt „Schlammschlachten“ zwischen einzelnen Zeitungen vermeiden. Auch Flensburg Avis wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kommentierung in den Grenzen des guten Geschmacks und ausgewogen zu erfolgen hatte<sup>165</sup>. Hintergrundartikel zum Grenzthema waren für sie aber weiterhin tabu. Zugleich wurde ihr mitgeteilt, daß man bislang keine Zeitungen zwecks Nachzensur angefordert habe, kündigte dieses aber an, um nachzuprüfen, ob sie auch den Sinn der Maßnahmen verstanden habe<sup>166</sup>.

Christensen gab sich mit dieser eingeschränkten Erlaubnis nicht zufrieden und beharrte weiterhin auf einer umfassenderen Grenzberichterstattung mit Stimmen und Meinungen von beiden Seiten der Grenze, um zu einer wahrheitsgemäßen Erläuterung der Bedingungen im Grenzgebiet beizutragen. Könne man dies nicht, werde nicht nur die dänisch-gesinnte Bevölkerung benachteiligt, hieß es in einem weiteren Brief vom 12. Juli 1946, sondern auch ein Großteil der

im Grenzgebiet lebenden deutsch-orientierten Bevölkerung „erhält das Gefühl, daß sie einseitig informiert wird, und es setzt sich bereits jetzt die Tendenz durch, daß sie eine gewisse Unsicherheit spüren, was die wirkliche Entwicklung hier in der Provinz anbetrifft.“<sup>167</sup>

Gleichfalls bat er noch einmal, wenn auch vergeblich, um die Genehmigung zur Auflagenerhöhung. Er forderte Chancengleichheit mit den neuen deutschen Zeitungen, in erster Linie wohl mit dem Flensburger Tageblatt, um den Einfluß auf Meinung und Stimmung der Bevölkerung in der Region zu erhalten. Die Antwort der Informationskontrolle ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die bereits zugestandene Kommentierung schließe eine Korrektur falscher Aussagen ein, verlautete es. Mit Bezug auf die von Flensburg Avis erwähnte Teilung der Bevölkerung in deutsch- und dänisch-gesinnte Gruppen gab die britische Dienststelle zu verstehen, daß alle Zeitungen - für die deutsch- und dänischsprechenden Leser - das Vertrauen der Militärregierung genießen würden. Die Aufgabe von Flensburg Avis sei es, „to cater for the population which *speaks Danish and not German*“<sup>168</sup>.

Zwischenzeitlich war die Angelegenheit Flensburg Avis erneut auf die Ebene britisch-dänischer Diplomatie geraten. Der dänische Außenminister Rasmussen hatte am 10. Juli 1946 im Kopenhagener Reichstag einige Anmerkungen zur schwierigen Lage der Zeitung gemacht, worauf Großbritanniens Botschafter Randall Erkundigungen einzog und Rasmussen am 18. Juli persönlich-vertraulich mitteilte, daß Flensburg Avis den gleichen Bedingungen unterliege wie die anderen Lizenzzeitungen in der britischen Zone<sup>169</sup>. Der dänische Außenminister, gestützt auf die Informationen des dänischen Verbindungsoffiziers zur britischen Militärregierung in Flensburg, Oberstleutnant Lunding, erläuterte Randall in einem detaillierten Brief erneut den Sachverhalt und verlangte die Gleichbehandlung von Flensburg Avis mit den deutschen Zeitungen<sup>170</sup>. Randall leitete das Rasmussen Schreiben am 12. August zur Prüfung an Hugh Champion de Crespigny, den Regional Commissioner in Schleswig-Holstein, weiter<sup>171</sup>. Zugleich informierte er Botschafter Christopher Steel von der Political Division. Zwischen de Crespigny, Steel und PR/ISC-Chef Bishop war es bereits zuvor zu einem Schriftwechsel darüber gekommen, wie man die deutsche, anscheinend aggressive Berichterstattung zur Grenzsituation eindämmen oder beeinflussen könne, um der anti-britischen Stimmung in Dänemark bezüglich der Schleswig-Frage zu begegnen. Das britische Dilemma bestand

offensichtlich in der geringeren Einflußnahmemöglichkeit auf die deutsche Presse seit der Lizenzierung. Dazu kam nach Ansicht der Briten die weitverbreitete irrige Annahme im dänischen Lager, „that everything which appears in the German press has British official inspiration“<sup>172</sup>. Weiterhin wurde in dieser Diskussion gemeinsam überlegt, wie die Zwangslage von Flensburg Avis erleichtert werden könnte, wobei Bishop schon am 17. August 1946 ankündigte, daß er dem Antrag auf eine Auflagenerhöhung auf 40.000 Exemplare zustimmen werde<sup>173</sup>. Drei Tage später erhielt die 8. ICU in Hamburg von der ISC Branch die Mitteilung, daß Regional Commissioner de Crespigny die Frage einer Liberalisierung der restriktiven Flensburg Avis-Vorschriften angesprochen habe, damit der dänischen Minderheit endlich das Gefühl einer ungerechten Behandlung genommen werde<sup>174</sup>. Die 8. ICU wurde aufgefordert, mit der Militärregierung in Schleswig-Holstein hinsichtlich der politischen Instruktionen für Flensburg Avis mehrere Abänderungen zu verhandeln. Dabei ging es um die Erlaubnis, Grenzfragen und die Position der südschleswigschen Bevölkerung vom historischen und akademischen Aspekt zu erörtern und um die Wiedergabe von Verlautbarungen aus allen Quellen zur gegenwärtigen und zukünftigen Stellung Südschleswigs. Weiter solle darüber gesprochen werden, wie Angriffe der deutschen Presse auf die dänische Minderheit erwidert werden könnten, wobei polemische Zankereien zu vermeiden seien. Die einzige Flagge in der britischen Zone war aber nach wie vor der Union Jack, darum solle Flensburg Avis eine Agitation für den Danebrog einstellen und Angriffe und Verurteilungen der Deutschen in ihrer Gesamtheit unterlassen.

Beide Dienststellen folgten bei den gemeinsamen Beratungen offenkundig den Leitlinien der ISC Branch. Die Verhandlungen hatten für Flensburg Avis positive Folgen. Anstelle der allgemeinen verbalen Verteidigung der dänischen Minderheit war es ihr nämlich von nun an gestattet, den Südschleswigschen Verein gegen deutsche Pressekritik in Schutz zu nehmen.

Es ist allerdings nicht ersichtlich, zu welchem Zeitpunkt diese britische Entscheidung getroffen worden ist und auf wessen Initiative. Das Verbot, Propaganda für eine Abtrennung Südschleswigs zu betreiben, war sicherlich die Grundbedingung für diese Entwicklung. Bemerkenswert jedoch ist, daß Flensburg Avis eine mündliche Zusage für die neue Auflage Mitte August erhielt, die von der Zeitung angemahnte Bestätigung dafür aber erst am 18. September in Aus-

sicht gestellt wurde<sup>175</sup>. Aber erst am 25. Oktober 1946, zwölf Tage nach den ersten Nachkriegswahlen in Schleswig-Holstein und sechs Tage nach der dänischen Oktober-Note bezüglich Südschleswigs, erhielt die Zeitung die Auflagebestätigung und die weniger rigiden Richtlinien<sup>176</sup>. Die verantwortlichen britischen Dienststellen müssen die Aushändigung bewußt über Wochen verzögert haben<sup>177</sup>. Diese Haltung kann aber auch ein Indiz dafür sein, daß die britische Seite zu diesem Zeitpunkt die Frage des SSV-Status im Hinblick auf dessen politische Betätigung als vor der Lösung stehend ansah und -konzessiv - Flensburg Avis offiziell die Funktion eines Organs der kulturellen Dachorganisation zuerkannte.

Wenige Tage nach dem ersten Bescheid teilte das Blatt am 2. November seinen Lesern mit, daß es von nun an, mit Genehmigung der Militärregierung, als Organ des Südschleswigschen Vereins erscheine und redaktionell mehr Spielraum besitze. Es dürfte, so die Zeitung, im Interesse aller Parteien liegen, wenn Angriffe auf das südschleswigsche Dänentum, Verleumdungen und unrichtige Behauptungen richtiggestellt würden<sup>178</sup>. Seine Zufriedenheit mit dieser Entwicklung äußerte auch der dänische Außenminister Rasmussen am 30. November im Folketing<sup>179</sup>. Im Kopfteil der Titelseite von Flensburg Avis war erstmals vermerkt: „Udgivet under Bevilling af Militæregeringen“<sup>180</sup>. Die Lizenzierung war auch optisch durchgesetzt worden.

### Auflagen und wirtschaftliche Entwicklung

Der Sonderstatus von Flensburg Avis betraf nicht allein den politisch-redaktionellen Bereich. Unter ähnlichen Ausnahmebedingungen verlief auch die wirtschaftliche Entwicklung. Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 durfte Flensburg Avis ja als einzige Zeitung in der britischen Zone weiterhin herausgegeben werden. Das Blatt umfaßte anfangs vier Seiten, später sechs bis acht, und es erschien darüber hinaus sogar an allen sechs Wochentagen. Infolge der politischen Verhältnisse im Grenzgebiet und sicherlich auch bedingt durch das knappe Zeitungsangebot der Militärregierungsorgane - Papier war in dieser Zeit ein für viele Zwecke dringendst benötigter Rohstoff - stieg die Auflage zunächst rapide an, vom Mai 1945 mit ca. 10.000 Exemplaren bis zum Oktober auf 23.000. Im Mai und Juni 1946 waren es 31.000 bzw. 33.000 und im August ca. 40.000 Exemplare<sup>181</sup>. Gut 6.000 Exemplare davon wurden an Abonnenten nördlich der Grenze vertrieben, nachdem die Briten anfänglich den



Export untersagt hatten. Bis zum Herbst 1945 erhielt Flensburg Avis Zeitungspapier aus konfiszierten Restbeständen und aus der dürftigen deutschen Produktion zugewiesen. So hatte die Zeitung im Juni 1945 insgesamt 83 Tonnen Papier aus einem Zufallsfund auf einem Frachtschiff im Flensburger Hafen erhalten. Die Avis-Bezugsquelle für Papier war bis kurz vor Kriegsende eine Papierfabrik in Stettin gewesen, die nun nicht mehr zur Verfügung stand<sup>182</sup>.

Angesichts der steigenden Auflagenzahlen, im Hinblick auf die knappen Ressourcen für die eigenen Zeitungen und nicht zuletzt aus Skepsis gegenüber der grenzspezifischen Polarisierung erhielt Flensburg Avis im Herbst 1945 von der Militärregierung die Order, den kompletten Papierbedarf durch Lieferungen aus Dänemark abzudecken<sup>183</sup>. Die britische Entscheidung hatte Folgen in doppelter Hinsicht: Das Importpapier wurde in kostbaren Devisen bezahlt, die erst einmal erwirtschaftet werden mußten oder durch andere Institutionen wie Grænseforening zur Verfügung gestellt wurden. Und erst im März/April 1946 gelang es der Zeitung mit Unterstützung des Grænseforening und des dänischen Handelsministeriums, die Papierlieferung langfristig zu sichern. „Den Danske Presse Fælle- sindkobforeningen“ und „De forenede Papirfabrikker“ übernahmen je zur Hälfte über einen mehrmonatigen Zeitraum die Lieferung von 40 bis 45 Tonnen monatlich<sup>184</sup>.

Die versorgungswirtschaftlich unsichere Planungslage von Oktober 1945 bis Ende März 1946 hatte für Flensburg Avis zur Folge, daß in dem betreffenden Zeitraum zunächst im Stadtgebiet keine Abonnements mehr entgegengenommen werden konnten und die Auflage stagnierte. Im Avis-Schreiben vom 29. Juni 1946 an die 8. ICU, in dem es, nach Regelung der Papierversorgung, auch um die Genehmigung einer weiteren Auflagenerhöhung ging, heißt es im Rückblick auf die britische Entscheidung und die sich für die Zeitung daraus ergebenden Schwierigkeiten vorwurfsvoll: „Die Auflage hätte andernfalls bereits vor Ende des Jahres 1945 weit über 30.000 betragen.“<sup>185</sup> Möglicherweise war diese unzureichende Papierversorgung von den britischen Dienststellen sogar beabsichtigt.

Der dennoch rasante Anstieg der Auflagenhöhe erforderte auch Verbesserungen im drucktechnischen Bereich des früher eher beschaulichen Blattes. Anfragen zwecks Übernahme der Druckanlagen des alten Flensburger-Nachrichten-Grenzverlages, dem Druckort der Militärregierungszeitungen, wurden im März 1946 von der Property Control/Flensburg zurückgewiesen<sup>186</sup>. Im gleichen Monat gelang es

mit Unterstützung des dänischen Generalsekretariats, Oberstleutnant Lundings und eines Mittelsmannes aus Groß-Brebel bei Süderbrarup, eine Rotationsmaschine von der Kieler Druckerei Rucks & Co. und weitere Gegenstände zu erwerben<sup>187</sup>. Für den Vertriebsbereich erstand die Zeitung im Oktober 1946 mit britischer Genehmigung zudem ein Fahrzeug, um den für Dänemark bestimmten Auflageanteil an die Grenze nach Padborg zu bringen und dort bereitgestelltes Druckpapier übernehmen zu können. Bis dahin verfügte Flensburg Avis über kein eigenes Fahrzeug<sup>188</sup>. Eine Zugverbindung zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein bestand nicht.

Alle diese Maßnahmen oder deren Folgen hatten entsprechende Rückwirkung auf die finanzielle Situation der Zeitung, die als Organ einer Minderheit kaum auf Gewinnmaximierung ausgerichtet war. In diesem Zusammenhang war es nur der Intervention von PR/ISC und Political Division zu verdanken, daß die monatlich eingeführten 41 Tonnen Papier zollfrei die Grenze passieren konnten. Im August 1946 hatten die Trade & Industry Division sowie die Finance Division den Papierimport vorübergehend gestoppt, da eine formelle Einfuhrlizenz nicht vorlag. Mit dem Hinweis auf mögliche politische Verwicklungen<sup>189</sup> und auf die Tatsache, daß durch die in Dänemark vertriebenen Exemplare von Flensburg Avis der Papierimport finanziert werde, wurde die kurzzeitige Störung im monatlichen Verfahrensablauf beseitigt<sup>190</sup>.

Dennoch blieb die finanzielle Basis der Zeitung instabil. Der Vertrieb und das teure Importpapier verursachten erhebliche Kosten. Die Pressekontrolle gestattete der Zeitung deshalb, die Abonnements von 50% auf 90% der Auflage heraufzusetzen, da Flensburg Avis, eigenen Aussagen zufolge, auch früher überwiegend von einem festen Bezieherstamm gelesen worden war und nur wenige Exemplare frei verkauft worden waren<sup>191</sup>. Die Sprachbarriere hatte dabei wohl die Leserzahl auf die Kerngruppe der dänischen Minderheit reduziert. Zudem blieben die Vertriebskosten zu hoch. Die wiederholten Gesuche nach einem größeren Anzeigenraum, der Wiederaufnahme deutschsprachiger Anzeigen und einer höheren Preisgestaltung von Anzeigen aus dem Gebiet nördlich der Grenze wurden von den Briten unter Hinweis auf Gleichbehandlung aller Zeitungen im Lande jedoch weiterhin abgelehnt. Anträge, zum Weihnachtsgeschäft im Dezember 1946 mit täglich achtseitigem Umfang erscheinen zu dürfen, davon zwei Anzeigenseiten, wurden aus den gleichen Gründen abgewiesen<sup>192</sup>.

Die britische Haltung blieb somit in sich konsequent. Erleichterungen für Flensburg Avis gab es dort, wo es sich nach Auffassung der Briten um reale Belange der dänischen Minderheit handelte. Sie gestatteten daher eine Erhöhung der Abonnentenzahl für die im Verbreitungsgebiet verstreut lebende Lesergruppe. Deutschsprachige Anzeigen und höhere Anzeigenpreise für Inserate aus dem dänischen Verbreitungsraum berührten aus ihrer Sicht die Minderheiteninteressen nicht unmittelbar. Der damit verbundene Anzeigenprofit und eine weitere Auflagensteigerung durch den Zustrom deutscher und dänischer Leser aus der Region südlich beziehungsweise nördlich der Grenze stehe in keiner direkten Beziehung

Knappes Zeitungspapier: Flensburg Avis und Flensburger Tageblatt im Streit mit dem Zeitungsverleger-Verein Hamburg/Schleswig-Holstein

Während zwischen den Redaktionen von Flensburg Avis und dem Flensburger Tageblatt in den folgenden Jahren manch harter grenzpolitischer Strauß ausgefochten wurde, auf die näher einzugehen den Rahmen dieser Untersuchung sprengen würde, war man auf Verlagebene um eine Entspannung des gegenseitigen Verhältnisses bemüht. Unterstützung kam hierbei von den Briten. Ausgangspunkt waren die enormen Papierkosten. Die finanziellen Erlöse der knapp 6.000 Exportexemplare und das Anzeigenaufkommen nördlich der Grenze konnten die Kosten von Flensburg Avis nur zum Teil decken. Während eines Besuches von Press Policy-Chief Huijsman am 17. August 1947 in Flensburg trug L. P. Christensen sein Anliegen vor, Papier für zwei Tagesausgaben pro Woche aus deutschen Beständen beziehen zu dürfen. Huijsman sagte die Überprüfung der Angelegenheit zu, legte in diesem Zusammenhang der Verlagsleitung aber zugleich eine engere Zusammenarbeit mit deutschen Zeitungsverlagen, möglichst sogar einen Beitritt zum neuen Zeitungsverleger-Verein Hamburg/Schleswig-Holstein (ZVHSH) nahe, mit dem Ziel enger wirtschaftlich-organisatorischer Kooperation.

Die Anregungen Huijsmans sollten sicherlich auch dazu beitragen, die verbalen Konflikte der Zeitungen im Landesteil Schleswig zu entschärfen. Nach Einschätzung des Presseoffiziers waren die Lizenzträger der Zeitungen durchaus an einer engeren Zusammenarbeit interessiert, jedoch unsicher darüber, „what the reaction of their

political lords and masters would be.“<sup>193</sup> Um diesen Prozeß im gewünschten Sinne voranzutreiben, präzisierte der Kieler Presseoffizier Tullett in einem Schreiben an Flensburg Avis kurz darauf noch einmal den von Huijsman gemachten Vorschlag bezüglich der Papierversorgung aus deutschen Beständen und begrüßte den möglichen Beitritt zum ZVHSH ausdrücklich<sup>194</sup>. Zugleich wurden der Nordwestdeutsche Zeitungsverlegerverband (NWZV) und das Flensburger Tageblatt über die britische Initiative informiert<sup>195</sup>.

Nach informellen Vorgesprächen zwischen Christensen und Georg Macknow, dem Verlagsleiter des Flensburger Tageblatts, sowie vorhergehendem Schriftverkehr mit dem ZVHSH stellte Flensburg Avis am 27. Oktober 1947 den Antrag auf Aufnahme in den Verband<sup>196</sup>. Taktisch unklug aber war es, daß im selben Schreiben die geplante Beantragung von Zeitungspapier aus deutschen Beständen für zwei Tagesausgaben die Woche - insgesamt 15 Tonnen pro Monat - erwähnt wurde. Der ZVHSH konnte zwar keinen Einfluß auf die britische Papierverteilung nehmen, jedoch sahen einige Verlage ihre Interessen angesichts der zwar besseren, aber immer noch nicht normalen Papierlage gefährdet.

In der Vorstandssitzung, vor allem aber in der Mitgliederversammlung im Dezember 1947 kam es zu einer kontroversen Debatte, wie mit dem Avis-Antrag zu verfahren sei, zumal das politische Signal der britischen Dienststellen bekannt war. Schließlich verfiel man auf den Ausweg, über den Aufnahmeantrag erst entscheiden zu können, wenn Flensburg Avis sich verpflichtete, zu den gleichen Bedingungen zu erscheinen wie die deutschen Zeitungen: dreimal wöchentlich mit vier Seiten und einer halben Anzeigenseite pro Ausgabe. Die Härte der Diskussion darüber wird durch den Protokollauszug vom 19. Dezember 1947 nachhaltig dokumentiert: “Mit 5 Stimmenthaltungen wurde in geheimer Wahl der Antrag mit 6 gegen 4 Nein-Stimmen angenommen.“<sup>197</sup>

Die Verlagsleitung von Flensburg Avis konnte sich auf solch einen Vorschlag nicht einlassen. Der Bescheid des ZVHSH<sup>198</sup> blieb unbeantwortet. Auf britischer Seite *und* beim Flensburger Tageblatt war man mit dieser Entwicklung nicht einverstanden. Anlässlich der Verleger-Vollversammlung im Februar 1948 in Hamburg wurde die Aufnahme von Flensburg Avis auf Initiative des Flensburger Tageblatts, das in Absprache mit PR/ISC Regional Staff Kiel handelte, erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Vom Flensburger Tageblatt waren Thomas Andresen, Ludwig Iversen und Georg Macknow

erschieden. Die Flensburger Vertreter plädierten nachdrücklich für eine Aufnahme des kulturellen Minderheiten-Organs. Andresen zufolge war das Grenzproblem inzwischen ausdebattiert: „und es gebe nur noch das Problem der Minderheit, das nicht mit politischen Mitteln zu lösen sei. Es sei vielmehr eine psychologische Angelegenheit“, heißt es im Protokoll Insbesondere Iversen verwies auf den Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen zu den skandinavischen Ländern, die auch durch die deutschen Zeitungen zu unterstützen seien. Bei Aufrechterhaltung der harten und unannehmbaren Aufnahmebedingungen für Flensburg Avis könne das Reaktionen in der dänischen Presse hervorrufen. Er riet demgemäß zu Gesprächen mit der Verlagsleitung von Flensburg Avis. Diese moderate Position der Flensburger Lizenzträger wurde auch vom anwesenden NZWV-Vorsitzenden Groß geteilt, der darauf hinwies, daß künftig immer mehr Verantwortung in deutsche Hände übergeben werde. Bei solchen Entscheidungen dürften parteipolitische Gesichtspunkte keine Rolle spielen. Dessen SPD-Parteikollege Karl Ratz, Kieler Landtagspräsident und zugleich Lizenzträger der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung war dagegen grundsätzlich gegen eine Aufnahme von Flensburg Avis, da „man diejenigen, die sich bis jetzt für die SSV entschieden hätten, später doch nicht wiedergewinnen könne.“<sup>200</sup> Nach der Aussprache stimmte die Versammlung mit 13 gegen zwei Stimmen dafür, die Bedingungen vorerst beizubehalten, gleichzeitig aber wurde Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Am 6. April 1948 trafen sich in Flensburg erneut der ZVSH-Verbandsgeschäftsführer Hagemann, Iversen und Macknow vom Flensburger Tageblatt, PR/ISC-Offizier Tullett und Christensen als Vertreter von Flensburg Avis<sup>201</sup>. Tullett betonte nochmals das starke britische Interesse an einem Beitritt. Die Verhandlungen jedoch verliefen infolge der unveränderten, für Flensburg Avis unannehmbaren Bedingungen wiederum ergebnislos. Der Antrag wurde vorläufig zurückgestellt. Die Lizenzträger des Flensburger Tageblatts, die in dieser Frage konträr zur Mehrheit der Verleger im ZVSHSH standen, vereinbarten mit Christensen die Weiterführung bilateraler Gespräche in Fragen betriebstechnischer und beruflicher Zusammenarbeit. Insofern waren die britischen Bemühungen in gewisser Hinsicht doch erfolgreich.

Es stellt sich hier allerdings die Frage, warum Flensburg Avis nicht direkt von den Briten Zeitungspapier zugewiesen wurde. Die Möglichkeit der Papierzuweisung auch ohne Mitgliedschaft im ZVSHSH

bestand selbst nach Einschätzung von Hagemann. Für die britische Haltung gibt es zwei Erklärungen. Parallel zu den Bemühungen von Flensburg Avis verhandelte nämlich die dänische Minderheit über die Gründung einer politischen Partei, des im August 1948 von den Briten zugelassenen Südschleswigschen Wählervereins (SSW)<sup>202</sup>. Verbunden hiermit war zudem ein Antrag auf Lizenzierung einer parteinahen deutschsprachigen Zeitung, deren Druckpapier aber hätte aus deutschen Kontingenten stammen müssen. Zwei Papierkontingente für die dänische Bevölkerungsgruppe wäre bei der immer noch angespannten Situation kaum im britischen Interesse gewesen und auch in den Fach-Verbänden sowie in der Öffentlichkeit auf Unverständnis gestoßen. Angesichts des schwebenden Verfahrens hinsichtlich der Zulassung des SSW und der Lizenzierung einer deutschsprachigen Zeitung spricht vieles dafür, daß die britischen Dienststellen bewußt auf eine Papierzuteilung für Flensburg Avis verzichtet haben. Zudem befand sich die britische Presse- und Informationskontrolle im zweiten Halbjahr 1947 in einer Umstrukturierungsphase. Ab Januar 1948 wurde ein Großteil der Aufgaben in deutsche Verantwortlichkeit übergeben. Im Mai 1948 nahmen die „Beratenden Landesausschüsse für das Pressewesen“ (BLPA) und der Zonenpresserat ihre Tätigkeit offiziell auf. In deren Zuständigkeitsbereich fiel die Lizenzierung weiterer Zeitungen und die Verwaltung des zentralen Papierkontors. Es liegt zudem nahe, daß der damit verbundene britische Personalabbau sich gleichfalls hemmend ausgewirkt hat.

Lizenzierung der Südschleswigschen Heimatzeitung - Streit zwischen Control Commission und Foreign Office im Sommer 1947

Die Lizenzierung der Südschleswigschen Heimatzeitung stellt in zweierlei Hinsicht eine Ausnahme in der britischen Lizenzpolitik dar; zum einen, weil es sich hierbei um die einzige deutschsprachige Tageszeitung einer in politischer Form organisierten nationalen Minderheit in der gesamten britischen Zone handelte, und zum anderen, weil der endgültigen Lizenzvergabe ein fast zweijähriger Entscheidungsprozeß mit politisch-diplomatischen Akzenten vorausging. Aus britischer Sicht hatte der im August 1948 zugelassene SSW genau wie die anderen Parteien auch das Recht auf eine deutschsprachige Zeitung. Die dänischsprachige Flensburg Avis hingegen war, wie gezeigt, als Organ des SSV lizenziert worden.

Schon vor den Wahlen im Oktober 1946 hatten zahlreiche Ortsverbände des SSV in Resolutionen eine eigene Zeitung in deutscher Sprache gefordert. Die Begründungen waren nahezu identisch: Alle deutschen Parteien hätten ein eigenes Sprachrohr, das Flensburger Tageblatt informiere einseitig pro-deutsch, nicht alle Mitglieder seien der dänischen Sprache mächtig und könnten Flensburg Avis lesen, und man könne sich nicht in deutscher Sprache gegen Angriffe deutscher Zeitungen verteidigen<sup>203</sup>. Aus Husum erhielt das Generalsekretariat des SSV eine derart detaillierte Eingabe mit Angaben über die Expansionspläne des Flensburger Tageblatts, daß anzunehmen ist, daß ein suspendierter Zeitungsverleger, wahrscheinlich der ehemalige sozialdemokratische Lizenzträger Hans Harloff, der Inspirator des Antrages war<sup>204</sup>. Angesichts des weit verbreiteten Wunsches forderte Generalsekretär Thygesen die Geschäftsführung von Flensburg Avis auf, nochmals bei den britischen Stellen vorstellig zu werden und je eine deutschsprachige Zeitung für Husum/Niebüll, Schleswig und Flensburg zu beantragen. Der von Flensburg Avis weitergeleitete Antrag wurde aber Ende Dezember 1946 von der Informationskontrolle abschlägig beschieden<sup>205</sup>.

Nach den für ihn so erfolgreichen Landtagswahlen im Mai 1947 wandte sich der SSV erneut und diesmal direkt an die Militärregierung in Kiel und stellte unter Verweis auf die Wahlergebnisse ein Gesuch auf Genehmigung einer Zeitung in deutscher Sprache, um den Angriffen deutscher Parteizeitungen zu begegnen<sup>206</sup>. Nach der Beteiligung an der Landtagswahl als vorübergehend von der Militärregierung anerkannte politische Partei lag die „sukzessive“ Konsequenz eines Lizenzantrages nahe<sup>207</sup>. Jedoch erhielt der SSV am 11. Juni nach Konsultationen zwischen der Militärregierung des Landes und der britischen Control Commission in Berlin erneut einen ablehnenden Bescheid. Auch ein parallellaufender Antrag der friesischen Volksgruppe auf Herausgabe einer eigenen Zeitung in deutscher Sprache wurde zurückgewiesen<sup>208</sup>.

Zwischenzeitlich geriet das Thema auf eine höhere politische Ebene, nachdem Thygesen auf Vermittlung des dänischen Botschafters in London, Graf Reventlow, während eines Englandsaufenthaltes mit zwei Diplomaten des Foreign Office/German Department zusammengetroffen war und am 27. Juni 1947 inoffiziell eine Südschleswig-Denkschrift übergeben hatte, in der er unter anderem zu einer deutschsprachigen Zeitung Stellung nahm. Nach dem obligatorischen Hinweis auf die Folgen preußischer Kulturpolitik, die eine

deutschsprachige Zeitung für die dänisch-gesinnten Südschleswiger notwendig machten, verneinte Thygesen die britische Ansicht, daß eine solche Zeitung die Unruhe im Grenzgebiet verstärke. Die Zeitung, insbesondere eine Beilage für Flensburg Avis, würde eine dezente Linie einhalten und in der Wahrnehmung der Interessen dänisch-gesinnter Südschleswiger nur konstruktiv, nicht aggressiv wirken. Zur Zeit werde die Unruhe durch deutsch-orientierte Zeitungen hervorgerufen<sup>209</sup>. Die Papierversorgung ließ sich laut Thygesen infolge der zu erwartenden Leserwechsel bei den anderen Zeitungen einsparen, ansonsten müsse das Papier eben aus Dänemark eingeführt werden. Seine Initiative wurde unterstützt durch eine Note der dänischen Regierung, die Botschafter Graf Reventlow am 7. Juli 1947 dem britischen Außenminister Bevin überreichte und in der nochmals die Anerkennung des SSV als politische Partei gefordert und die Notwendigkeit einer deutschen Tages- oder Wochenzeitung für die dänisch-gesinnte Bevölkerung betont wurden<sup>210</sup>.

Im Foreign Office setzte daraufhin eine Überprüfung der eigenen Position ein. Duncan Wilson vom German Department bezeichnete in einem an Christopher Steel/Political Division gerichteten Brief vom 22. Juli 1947 die politische Stellung des SSV als „completely anomalous“<sup>2</sup>. Er bezog sich auf Thygesens Memorandum, schlug vor, den SSV als Partei anzuerkennen oder eine neue Partei zu genehmigen und befürwortete dabei die Genehmigung einer deutschsprachigen Zeitung oder einer Beilage für Flensburg Avis. Wilson betrachtete beide Vorschläge als möglichen Beitrag zur Entspannung der britisch-dänischen Beziehungen. Ein unglücklicher Zwischenfall während des Besuches eines britischen Kriegsschiffes im dänischen Aarhus und Verhandlungen über die Einfuhr dänischer Lebensmittel standen dabei im Hintergrund seiner Überlegungen. Wilson bat um eine zügige Stellungnahme, damit eventuelle Zugeständnisse nicht an Wirkung einbüßten.

PR/ISC-Gruppe und Political Division standen bereits seit Mai 1947 in Beratungen bezüglich einer deutschsprachigen Zeitung. Gerade das Ausscheiden des SPF- Lizenzträgers Harloff beim Flensburger Tageblatt hatte nach Ansicht von PR/ISC „reopened the question of a German Supplement of ‚Flensburg Avis‘“<sup>212</sup>. Jedoch empfahl PR/ISC, eine solche Lizenzierung solange zurückzustellen, bis der SSV als Partei zugelassen sei. In der Political Division war man der gleichen Auffassung. Intern wurde kritisiert, daß das Außenministerium „kalte Füße“ bekommen habe. Die aus London vorgeschlagene



nen Konzessionen „können nicht erteilt werden, ohne eine Irredenta-Bewegung in vollem Ausmaß auszulösen. Wenn wir den SSV als politische Partei auf der gleichen Basis mit deutschen Parteien stehend anerkennen, dann würden alle gegenwärtigen Einschränkungen hinsichtlich der Mitgliedschaft... über Bord gehen, und es gibt keine Grenze für den Bekehrungseifer mehr. Dies ist die eigentliche dänische Absicht, die gleichermaßen hinter ihrer Bitte nach einer deutschsprachigen Zeitung steht.“<sup>213</sup> Das Foreign Office verlasse mit seinen Vorschlägen das Grundsatzpapier zur Südschleswig-Politik vom September 1946, und man werde die Kontrolle über die sich daraus ergebende Entwicklung verlieren<sup>214</sup>.

Demzufolge wies die Control Commission alle genannten Vorschläge zurück. PR/ISC erhielt bezüglich des Zeitungsgesuchs noch einmal die gegenüber London vertretene Position mitgeteilt, „...that the present policy should stand“<sup>215</sup>. Damit waren die Weichen für die nächsten Monate gestellt, eine deutschsprachige Lizenzzeitung wurde vorerst nicht zugelassen. Auch das Eintreten des britischen Botschafters in Kopenhagen, Randall, für eine derartige Zeitung Ende Juli 1947 änderte nichts mehr an der Haltung der britischen Control Commission. Randall bewertete die Gefahr der Zeitung als Propagandainstrument als zweitrangig. Vielmehr sei es wichtig, mit der Genehmigung der Zeitung ein politisches Zeichen zu setzen, um zu bedeuten, daß die größere Frage der Zulassung einer politischen Partei noch weitergehender Beratungen bedürfe. Der Botschafter warnte: „Durch das Festhalten an unwesentlichen kleinen Angelegenheiten wie dieser ... spielen wir in die Hände der Südschleswig-Extremisten, nämlich solchen wie der Staatsminister, und wir machen es jenen Gemäßigten, die, wie die Sozialdemokraten, unsere wirklichen Freunde in dieser Sache sind, nur noch schwieriger, ihr moderates Verhalten in ihrer Öffentlichkeit zu rechtfertigen.“<sup>216</sup>

Die politische Dimension einer deutschsprachigen Zeitung für die dänisch-gesinnte Bevölkerungsgruppe ließ also eine schnelle Entscheidung vorerst nicht zu. Gegensätzliche innerbritische Positionen blockierten weiterhin eine Lizenzierung im Sommer 1947. Eine Zeitung in deutscher Sprache war bindend an die Zulassung einer politischen Partei geknüpft. Aber eine Partei mit dem Ziel einer Abtrennung Schlesiens von Deutschland und der Angliederung an ein anderes Land konnte von den Briten schlechthin nicht zugelassen werden. Zumindest in diesem Punkt blieb die britische Südschleswig-Politik in sich konsequent. Dementsprechend erfolglos blieben

nochmalige Anfragen von Flensburg Avis im September 1947. Einzige deutschsprachige Organe waren von der zweiten Jahreshälfte 1947 bis zum Frühjahr 1948 damit weiterhin illegale Blätter wie die „Südschleswigsche Landeszeitung“, die, von aktivistischen dänischen Separatisten nördlich der Grenze hergestellt, im Landesteil Schleswig verbreitet wurden<sup>217</sup>.

Lizenzierung der Südschleswigschen Heimatzeitung als Organ des SSW im Spannungsfeld von britischer Militärregierung, beratendem Landespresseausschuß und Landesregierung

Im Winter 1947/48 wurden die Verhandlungen zwischen dem SSV und der Militärregierung des Landes Schleswig-Holstein um die Anerkennung als politische Partei wieder aufgenommen. Vorausgegangen war der Sturz der Regierung Kristensen in Kopenhagen. Gegenüber der von dem Sozialdemokraten Hedhoft geführten nachfolgenden Koalitionsregierung hatte die britische Regierung ihre grundsätzliche Bereitschaft durchblicken lassen, dem SSV unter bestimmten Bedingungen den Status einer politischen Partei zuzuerkennen. Dies beinhaltete insbesondere die Loyalitätserklärung gegenüber Deutschland. Zudem durften keine reichsdänischen Bürger offizielle Ämter im SSV innehaben, und dänische Material- oder Hilfssendungen sollten allgemein verteilt werden<sup>218</sup>. Zusammengefaßt bedeutete dies letztlich den Verzicht auf die Forderung einer Abtrennung Schleswigs und einer späteren Angliederung an Dänemark.

Um aber die kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zu Dänemark zu erhalten und zugleich eine politische Gleichbehandlung mit den anderen Parteien zu erreichen, schlug die dänische Minderheit die Gründung einer eigenen Partei vor mit gleichen Rechten wie bei den bereits bestehenden Parteien und eine angemessene Papierzuteilung für die Zeitungen<sup>219</sup>. Im Zuge der Verhandlungen bestätigte Regional Commissioner Asbury, daß eine solche Partei Anspruch auf eine eigene deutschsprachige Zeitung mit einer ihrer Wählerzahl entsprechenden Auflagenhöhe habe. Er machte jedoch geltend, daß analog dem aus deutschen Beständen gestellten Papierkontingent die dänischen Importe für Flensburg Avis reduziert werden müßten, bis diese Zeitung endgültig einen unpolitischen Charakter habe<sup>220</sup>. Offensichtlich wollte er verhindern, daß aufgrund der seit Oktober 1946 für Flensburg Avis gestatteten begrenzten politischen Betätigung eine parteipolitische Berichterstattung in dop-

pelter Auflagenhöhe erfolgte.

Am 30. Juni 1948 beantragte der 1. Vorsitzende Svend Johannsen für den Südschleswigschen Wählerverein (SSW) die Anerkennung als politische Partei, die dann im August offiziell zugelassen wurde<sup>221</sup>. Acht Tage danach stellte Johannsen parallel zum laufenden Anerkennungsverfahren der Partei beim Regional Commissioner vorsorglich den Antrag auf Erteilung einer vorläufigen Lizenz für die Südschleswigsche Heimatzeitung mit einer Auflage in Höhe von 40.000 Exemplaren. Da die Druckkapazitäten bei Flensburg Avis nicht ausreichend waren, sollte die Zeitung im Verlag der suspendierten Husumer Nachrichten gedruckt werden<sup>222</sup>. Als Lizenzträger wurden neben Johannsen der SSW-Landtagsabgeordnete Hermann Olson und der Vertreter der Friesen, Johannes Oldsen, genannt. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Herbst bat Johannsen zugleich darum, das Lizenzgesuch unmittelbar nach der offiziellen Anerkennung des SSW in die Wege zu leiten.

Wenig später setzte zwischen Information Services, Regionalstelle Kiel, und Information Services Division (ISD) ein intensiver Gedankenaustausch darüber ein, wie man Flensburg Avis künftig zu behandeln, das erbetene beschleunigte Lizenzverfahren nach der Anerkennung des SSW zu handhaben und vor allem wie man zu verfahren habe, wenn der verantwortliche schleswig-holsteinische beratende Landespressausschuß sich sperre und dem Gesuch nicht stattgebe<sup>223</sup>. Political Division, von der ISD um Klärung gebeten, gab in einem Schreiben an den Deputy Regional Commissioner in Schleswig-Holstein eine klare Linie vor. Eine anerkannte „Schleswig political party“ sei berechtigt, eine Zeitung herauszugeben, so hieß es<sup>224</sup>.

Direkt nach dem offiziellen Anerkennungsbescheid des SSW als Partei sollten die Lizenzbewerber aufgefordert werden, ihren Antrag beim beratenden Landespresseausschuß (BLPA) zu stellen. Am 5. August 1948 wurden Programm und Satzung des SSW anerkannt und eine besondere Nachricht bezüglich der Lizenzierung zu gegebener Zeit zugesagt<sup>225</sup>. Das angekündigte Schreiben verzögerte sich bis Ende August, weil jetzt die Militärregierung in Kiel darauf beharrte, daß Flensburg Avis erst gänzlich „unpolitisch“ werden müsse, bevor eine deutschsprachige Lizenzzeitung für den SSW beantragt werden dürfe. Aber die Political Division wies das Ansinnen am 31. August zurück, da es kaum möglich sei, politische Akzente ganz auszuschließen<sup>226</sup>. Der SSW solle nun endlich seinen Lizenzantrag

beim deutschen Ausschuß einreichen. Der Papierimport und die Auflagenhöhe von Flensburg Avis blieben unverändert.

Das lange Warten hatte beim SSW zwangsläufig Unruhe und Gerüchte erzeugt, in denen man den BLPA, in dem auch Lizenzträger und Redakteure der Landespresse saßen, für die „bewußte“ Verzögerung verantwortlich machte. Zudem wußte man von den Initiativen des Bauernverbandes, der sich zusammen mit dem Flensburger Landrat Friedrich Wilhelm Lübke ebenfalls um eine Zeitung bemühte, und befürchtete ferner, daß der Ausschußvorsitzende Karl Ratz den SSW-Antrag blockieren werde. Eine Anfrage bei den Briten gab Klarheit über den wahren Sachverhalt<sup>227</sup>. Diese überprüften die erhobenen Vorwürfe gegen den BLPA, die sich aber objektiv als haltlos erwiesen. Gleichwohl war ihnen bewußt, daß es informelle Gespräche im Umfeld des Ausschusses gegeben hatte und möglicherweise mit politischem Widerstand gegen die SSW-Bewerbung zu rechnen war, zumal dadurch auch wirtschaftliche Belange anderer Zeitungen berührt wurden. Generell bedauerten sie, daß Ratz durch sein „semi-autokratisches Verhalten“ den Ausschuß zu sehr präge. Auf Grund seiner drei Funktionen als Ausschußvorsitzender, führendes Mitglied der Landes-SPD und als Lizenzträger der Volkszeitung könne er kaum eine neutrale Position beziehen<sup>228</sup>.

Um solche und ähnliche Hindernisse im Vorfeld schon zu beseitigen, hatte Regional Commissioner Asbury dem Ministerpräsidenten offenbar sein Schreiben an den SSW-Vorsitzenden Johannsen vom 5. August 1948 kenntnishalber zugeleitet und insbesondere auf die künftige Lizenzierung einer deutschsprachigen Zeitung hingewiesen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Herrmann Lüdemann, den die Briten im internen Schriftverkehr als „charmanten alten Kauz“ charakterisierten, betonte demgegenüber während der Kabinettsitzung am 7. August, „daß für die Lizenzierung einer deutschen Zeitung nur deutsche Stellen zuständig seien“<sup>229</sup>.

Doch das politische Signal der Briten wurde verstanden, dem am 2. September 1948 dem BLPA überreichten Lizenzantrag des SSW wurde auf der Ausschußsitzung vier Tage später stattgegeben, so daß die Südschleswigsche Heimatzeitung am 25. September erstmals erscheinen konnte. Der anwesende Lizenzträger Olson erklärte die Bereitwilligkeit zur Mitgliedschaft im Zeitungsverlegerverein Nord (ZVN vormals ZVHSH)<sup>230</sup>. Gleichwohl ist sehr wahrscheinlich, daß es gezielte Versuche von deutscher Seite gegeben hat, das Erscheinen der Zeitung hinauszuzögern. Denn die schon am 6. Sep-

tember 1948 genehmigte Lizenz wurde erst vier Tage später ausgestellt, am 13.9. abgesandt, so daß sie wiederum zwei Tage später in Schleswig vorlag. Diese Verzögerung hatte unmittelbar Auswirkungen auf die zugesagte Papierlieferung, die am 17. September auf Intervention des Information Services Kiel erneut geregelt wurde. Als ein Vertreter der neuen Zeitung sicherheitshalber zum Papierkontor nach Bielefeld reiste, erfuhr er, daß gerade eine Viertelstunde zuvor der BLPA-Vorsitzende Ratz die vorläufige Lizenzierung der Zeitung telefonisch mitgeteilt habe<sup>231</sup>.

Bei der Lizenzierung haben vor allem politische Aspekte in den britisch-dänischen Beziehungen mitgewirkt. Erst sich dort ändernde Konstellationen haben die Lizenzierung der Zeitung eingeleitet. Interessant, wenn auch nicht immer nachvollziehbar, sind die gegensätzlichen Positionen verschiedener Entscheidungsebenen in der britischen Zonenpolitik. Die Lizenzierung selbst wurde von der britischen Pressekontrolle und der Control Commission zielgerichtet gesteuert. Der deutsche Ausschuß war in diesem speziellen Fall lediglich formales Handlungsinstrument. Über die britischen Vorüberlegungen hatte der beratende Landespresseausschuß keine Informationen, der britische Entscheidungswunsch wurde nur subtil mitgeteilt.

Südschleswigsche Heimatzeitung:

Konkurrent von Flensburg Avis und Flensburger Tageblatt

Die Lizenzierung der Heimatzeitung weckte naturgemäß den Argwohn bei den deutschen Konkurrenzblättern. Noch vor der Lizenzierung machte Tageblatt-Verlagsleiter Georg Macknow den BLPA-Vorsitzenden Ratz auf mögliche Dumpingpreise des neuen Blattes im Abonnement- und Insertionsbereich aufmerksam, die durch Subventionen aus dänischen Finanzquellen gedeckt werden könnten<sup>232</sup>. Bei den Werbeexemplaren der Südschleswigschen Heimatzeitung monierte man die unzulässige gotische Schrift sowie den Mehrfarbendruck. Beides mußte auf Anordnung des BLPA abgeändert werden<sup>233</sup>.

Auch weiterhin fand die Südschleswigsche Heimatzeitung die Aufmerksamkeit des Flensburger Tageblatts. Ende Oktober bemängelte Chefredakteur Dr. Hanno Schmidt in einer 9-Punkte umfassenden Auflistung unter anderem, daß die Südschleswigsche Heimatzeitung Papier für 40.000 Exemplare erhalte, obwohl im Erstantrag nur

20.000 Auflage angegeben worden seien. Außerdem verteile sie zu viele Freixemplare, allein mehrere tausend vor dem Flensburger Arbeitsamt. Dies sei unlauterer Wettbewerb. Sie habe ferner behauptet, daß Boten im Auftrag des Flensburger Tageblatts die Südschleswigsche Heimatzeitung bei deren Abonnenten stehlen würden, dies sei ein Verstoß gegen den freien Konkurrenzkampf. Schließlich sei die Tatsache, daß die Heimatzeitung nach dem Ausscheiden des Chefredakteurs redaktionell von einem Laien geführt werde, ein Verstoß gegen die BLPA-Richtlinien. Am Ende seines Briefes kam der Chefredakteur zum eigentlich entscheidenden Punkt: „Das Neudänentum in Südschleswig verfügt nach Lizenzierung der Südschleswigschen Heimatzeitung nunmehr, da auch Flensburg Avis als eine politische Zeitung anzusehen ist, über zwei politische Publikationsorgane ... Es wird gebeten, zu überprüfen, welche Wege eingeschlagen werden können, um das Neudänentum auf ein Publikationsorgan zu beschränken, da auch das Deutschtum in diesem Landesteil nur über ein derartiges Organ verfügt.“<sup>234</sup> Diesem Ansinnen nachzugeben, besaß der beratende Landespressesausschuß überhaupt keine Handhabe. Dafür war die vorherige britische Beteiligung an der Lizenzierung zu offensichtlich. Doch noch einmal unternahm die Verlagsleitung des Flensburger Tageblatts einen politisch begründeten, aber primär wettbewerbswirtschaftlich orientierten Vorstoß, als man Ende November beim BLPA den Antrag stellte, ab 1. Januar 1949 zum täglichen Erscheinen übergehen zu dürfen<sup>235</sup>.

Doch die Verlagsleitung des Tageblatts erkannte sehr schnell, daß sich die neue Zeitung weder als Konkurrent geschweige denn als Bedrohung erweisen würde. Zu einer Konkurrenzsituation kam es vielmehr im dänischen Lager selbst, denn die Südschleswigsche Heimatzeitung hatte das gleiche Leserpotential wie Flensburg Avis mit der Folge, daß die Avis-Auflagenhöhe, die nach der Währungsreform bereits zurückging, im Oktober 1945 noch weiter absackte, während die Südschleswigsche Heimatzeitung die angestrebte Auflagenziffer von 40.000 Exemplaren bei weitem nicht erreichte. Nach der ersten Werbeaktion mit 90.000 Freixemplaren konnte die Südschleswigsche Heimatzeitung im Oktober 13.000 Abonnements abschließen. Bis Dezember 1948 stieg die Zahl auf 17.000. Wegen der Papierkosten für 40.000 Exemplare, verminderter Anzeigeneinnahmen sowie personeller und vertriebstechnischer Probleme erzielte die Südschleswigsche Heimatzeitung bis zum Jahresende 1948

jedoch einen Verlust von DM 70.284,46<sup>236</sup>. Dies war, nur ein halbes Jahr nach der Währungsreform, ein enormes Defizit.

Noch vor Genehmigung der Südschleswigschen Heimatzeitung hatte deren künftiger Lizenzträger, Hermann Olson, in Versammlungen dafür plädiert, mit Erscheinen der deutschsprachigen Zeitung trotz aller persönlichen finanziellen Probleme Flensburg Avis weiterhin die Treue zu halten<sup>237</sup>. Die Zeitung sei allein wegen der Sprache unentbehrlich für die kulturelle Entwicklung des Dänentums. Mit Erscheinen der Südschleswigschen Heimatzeitung bestellten aber viele Ortsverbände in den SSV-Distrikten Flensburg Avis en bloc ab<sup>238</sup>.

Anlässlich einer Vorstandssitzung des SSV klagte Avis-Chefredakteur Christensen schon in der Anfangsphase der Heimatzeitung, „daß die neue deutsche Zeitung eine starke Konkurrenz für Flensburg Avis ist“<sup>239</sup>. Offenbar wurde der SSV von dem Ausmaß der Abonnementskündigungen überrascht, insbesondere von den gebündelten Absagen, denn Generalsekretär Thygesen wandte sich Anfang November 1948 in einem Rundschreiben an die Distrikte des SSV mit der Bitte, trotz finanzieller Engpässe Flensburg Avis weiterhin zu halten oder beide Zeitungen so zu abonnieren, daß ein Austausch zwischen den Lesern möglich sei. Flensburg Avis sei als Bindeglied zum SSV und zur dänischen Sprache und Kultur einfach notwendig<sup>240</sup>. Dennoch konnte das Absinken der Auflagenziffern lediglich verlangsamt werden. Flensburg Avis sackte von 45.000 Exemplaren im Juni 1948 über 25.000 im Oktober auf eine Auflage von nur noch ca. 20.000 Zeitungen im März 1949 ab. Doch auch die Südschleswigsche Heimatzeitung mußte einen Leserverlust hinnehmen. Zwar erreichte sie im März 1949 noch eine Auflagenstärke von 20.000 Exemplaren, aber danach sank auch ihre Auflage. Zugleich stiegen die finanziellen Verluste. In der zweiten Jahreshälfte 1949 wurde der Druck der Zeitung nach Flensburg zu Flensburg Avis verlegt. Die Folgen der Währungsreform, die Ende September 1949 wieder auf den Markt kommenden Kreiszeitungen mit ihrer dichten Lokalberichterstattung im Schleswiger Raum, der bessere Anzeigen-Service des Flensburger Tageblattes und die sich abzeichnende national-politische Entspannung im Grenzgebiet führten dazu, daß die Leser sich mehr und mehr von der deutschsprachigen Zeitung der dänischen Minderheit abwandten.

Hinzu kamen erhebliche hausgemachte Probleme. Der erste Chefredakteur Dr. Hans Peter Jacobsen gab schon nach kurzer Zeit

seinen Posten auf. Für seine vierköpfige Mannschaft in Husum stand anfangs nur ein kleiner Redaktionsraum von elf Quadratmetern im Gebäude der suspendierten Husumer Nachrichten zur Verfügung, die anderen ehemaligen Redaktionsräume waren mit Flüchtlingen belegt. Anlaß für seinen Rücktritt war ein Routinebesuch einer britischen Kontrolloffizierin, Miss Bradman, die, so die britische Einschätzung, von dem unter diesen räumlichen Umständen überforderten Chefredakteur von jeder Ausgabe eine Autoren-Kopie verlangte. Dabei mußte jeder Artikel mit Namen und Anschrift des redaktionellen Urhebers versehen sein. Die zeitlich sehr aufwendige Offenlegung der Nachrichtenquellen, war quasi ein Relikt der Nachzensurepoche 1946/47. Zugleich nutzten die Briten diesen Autorenspiegel, um qualifizierte Journalisten für ihre Fortbildungskurse in Wilton Park bei London auszuwählen. Für Jacobsen war diese angeforderte Spiegelerstellung jedoch nach britischer Einschätzung der geeignete Aufhänger, um wegen der schlechten und beengten Arbeitsverhältnisse ganz auszusteigen. Nach Ansicht der britischen Pressekontrolle war die Heimatzeitung zu diesem Zeitpunkt (Anfang Oktober 1948) aufgrund der völlig unzureichenden Organisationsstruktur zu einer überwiegend von den redaktionellen Beiträgen des erschöpften Jacobsen existierenden „one-man-show“ geworden<sup>241</sup>. Gleichwohl räumten die Pressekontrolleure intern ein, daß die Autoren-Kopien in ihrer Zone nur noch in Schleswig-Holstein abgefordert würden, bei nächster „taktischer“ Gelegenheit sollte ihre Abgabe ganz entfallen. Nachfolger von Jacobsen wurde Svend Johannsen. Doch am internen und redaktionellen Chaos bei der Südschleswigschen Heimatzeitung änderte sich nichts. Im Dezember 1948 kam es zu einer Krisensitzung von SSV, SSW und Grænseforening über die Lage der Zeitung. Der britische Geheimdienst war über das Treffen genauestens informiert. Die Konzeptions- und Führungslosigkeit der Zeitung wurde bei dem Treffen heftig kritisiert und, falls nichts unternommen werde, der Bankrott in allernächster Zukunft prophezeit. Der anwesende dänische Verbindungsoffizier Colonel Lunding faßte den politischen Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Zeitung treffend zusammen: „Es wäre eine jämmerliche Angelegenheit, wenn, nachdem die dänische Regierung jahrelang auf die Genehmigung einer deutschsprachigen Zeitung gedrängt habe, die 'Heimatzeitung' nun nach wenigen Monaten auf Grund organisatorischer Unfähigkeit zusammenbrechen würde.“<sup>242</sup>



Politische Instrumentalisierung der Heimatzeitung durch ihre Gegner

Die Lage der Zeitung änderte sich in den folgenden Monaten nicht wesentlich. Interne redaktionelle Richtungskämpfe einer reichsdänischen und einer eigenständig-südschleswigschen Linie lähmten die Entwicklung. Zudem war der Druckereibesitzer in Husum, Karl Iselt, bestrebt, seine eigene Zeitung wieder herausgeben zu können. Im gewissen Sinne ist das Blatt dadurch für andere politische Zwecke instrumentalisiert worden, wahrscheinlich ohne daß es den Lizenzträgern richtig bewußt wurde

Dies hing damit zusammen, daß Lizenzträger Olson bei der Lizenzvergabe zugesagt hatte, die Mitgliedschaft seiner Zeitung im Zeitungsverlegerverein Nord (ZVN) zu beantragen. Der am Südschleswigschen Verlag beteiligte Druckereibesitzer Iselt hatte das Antragsformular von der Geschäftsstelle des ZVN zwar abgeholt, den Antrag selbst aber nicht wiedereingereicht<sup>243</sup>. Iselt selbst war 2. Vorsitzender der Vereinigung der Kreis- und Anzeigendruckereibesitzer (VKAD), die vor allem die Wiederherausgabe ihrer seit 1945 von den Briten nicht wieder zugelassenen Kreis- und Lokalzeitungen anstrebten. Der ZVN war letztlich froh über die Verzögerung, hatte man doch mit den eigenen Zeitungen in der Grenzdiskussion den deutschen Standpunkt vehement vertreten und wäre bei einem erfolgten Beitritt quasi mit einem Exponenten der Gegenseite im gleichen Verband organisiert gewesen<sup>244</sup>. Die Südschleswigsche Heimatzeitung war durch ihr Fernbleiben vom ZVN zwar nicht an etwaige Verlegerbeschlüsse gebunden, sie blieb aber damit von jeder Information ausgesperrt.

Auch im journalistischen Bereich gab es keinerlei offizielle Berufskontakte zwischen deutschen und dänischen Redakteuren. So hatte z. B. der Chefredakteur des Flensburger Tageblatts, Dr. Hanno Schmidt, zugleich Vorsitzender des Journalistenverbandes „Verband der Schleswig-Holsteinischen Presse“ den Wechsel des Journalisten Carl Hägens vom Tageblatt zur Heimatzeitung zum Anlaß genommen, im Verband ein generelles Aufnahmeverbot für Mitarbeiter dieser Zeitung durchzusetzen<sup>245</sup>. Hägens' berufliche Veränderung kam nach dem damaligen Verständnis quasi einem Überlaufen gleich. Die Heimatzeitung besaß somit keinerlei Bindung zu deutschen Pressegremien.

Im November/Dezember 1948 richtete die Heimatzeitung verschiedentlich Angriffe gegen die Landesregierung. Der dem Landespresseausschuß angehörige Lizenzträger Olson war bei der Bespre-

chung dieser Vorkommnisse im Ausschuß am 14. Dezember 1948 sichtlich überrascht über diese aggressiven Artikel und von der Tatsache, daß die Südschleswigsche Heimatzeitung noch keinen Aufnahmeantrag beim Zeitungsverlegerverein gestellt hatte, zumal man ihm in seiner Zeitung selbst bekundet hätte, daß ein solcher Antrag abgelehnt worden war<sup>246</sup>. Auf der bereits zitierten Krisensitzung am 15. Dezember vertrat Olson die Auffassung, daß in der Zeitung „ein Doppelspiel getrieben“ werde und man die Verhältnisse intern gründlich ändern müsse, um einen Lizenzentzug zu vermeiden<sup>247</sup>. Dieser Vorstoß blieb jedoch ohne Folgen.

Im Januar 1949 nahm die Zeitung in einer Serie von Artikeln gegen den beratenden Landespresseausschuß und den Zonenpresserat Stellung, in denen sie sich vehement für die Gleichbehandlung aller lizenzierten und zu lizenzierenden Zeitungen einsetzte<sup>248</sup>. Die inhaltlichen Details in den Artikeln lassen nur auf gezielte Information seitens der suspendierten Verleger der Vereinigung der Kreis- und Anzeigendruckereibesitzer schließen. Es gab für die Heimatzeitung eigentlich keinen ersichtlichen Grund, sich für die Lizenzfreigaben einzusetzen. Jede zusätzliche Zeitung wäre für sie nämlich eine Konkurrenz gewesen. Zudem saß mit Olsen ja ein Lizenzträger, also ein eigener Interessenvertreter, im Landespresseausschuß. Die gezielte Instrumentalisierung läßt sich deutlich an dem Beitrag „Korruption in den Presseausschüssen“ nachweisen<sup>249</sup>, der auf einer Rede des Flensburger Landrats Friedrich Wilhelm Lübke basierte. Dieser hatte auf einer Bauern Versammlung in Garding die Politik des BLPA angeklagt. Die Hintergrundinformationen hatte Lübke vom suspendierten Verleger der Rendsburger Landeszeitung, Ferdinand Möller, dem 1. Vorsitzenden der Verlegervereinigung erhalten: „Ich ... bin gespannt auf die Wirkung der Rede ..., insbesondere auf die Auswirkung auf den Minister Diekmann, welcher, wie Sie sagten, als zweiter Redner anwesend sein wird“, hatte Möller in seinem Begleit-schreiben an Lübke formuliert<sup>250</sup>.

Die Auszüge der Rede wurden in der Heimatzeitung angeblich „vollinhaltlich“ wiedergegeben<sup>251</sup>. Anhand des vollständigen Originalmanuskripts läßt sich aber feststellen, daß der Text durch redaktionelle Einfügungen noch verschärft wurde<sup>252</sup>. Die von Lübke im Zusammenhang mit der eingeschränkten Pressefreiheit getroffene Aussage: „Eine rühmliche Ausnahme macht das Flensburger Tageblatt“ wurde hingegen unterschlagen. Da die Rede in keinem anderen Blatt Erwähnung fand, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie über die

Verlegervereinigung in die Heimtzeitung lanciert und dort in Unkenntnis der wahren Absichten veröffentlicht wurde. Die Heimatzeitung handelte speziell in diesem Fall gegen ihn eigenen Interessen, hatten Lübke und Möller doch selbst die Lizenzierung eine eigenen Zeitung beim Landespresseausschuß mit der Begründung beantragt, die Wirkung des SSW und der Südschleswigschen Heimatzeitung einzuschränken. Trotz gegensätzlicher Geschäftsinteressen untereinander war die Grenzpolitik stet! das allein einende Band für die deutschen Zeitungsmacher, die dabei nicht davon zurückschreckten, die Heimatzeitung im Dienste der eigenen Sache zu instrumentalisieren<sup>253</sup>.

Bis in den Juli 1949 hinein erschienen weitere Artikel in der Heimatzeitung zum Thema Pressefreiheit und Lizenzmonopol, die von den suspendierten Kreiszeitungsverlegern an verschiedene deutsche Schaltstellen der Pressepolitik in der britischen Zone versandt wurden. Diese äußerst kritischen Artikel machten die Zeitung in diesen Gremien nicht sympathischer. Auch in zahlreichen britischer Dokumenten wird die Haltung der Heimatzeitung als mehr oder weniger unsere bewertet. Auf Grund der gleichzeitigen Polemiken gegen die Landesregierung und andere deutsche Stellen mußten sich die Briten als immer noch zuständige Letztinstanz ständig mit dem Blatt befassen. Einschneidende Konsequenzen hatte dies im Jahre 1949 aber nicht mehr. Aus britischer Sicht war die Zeitung trotz ihres negativen Images zu unbedeutend. Man wertete die publizistischen Ausfälle gewissermaßen als Trotzreaktion infolge der Einflußlosigkeit des Blattes<sup>254</sup>. Die Lizenzträger der Südschleswigschen Heimatzeitung haben von der Komplexität der Zusammenhänge wahrscheinlich keine Kenntnis gehabt.

*Zu Flensburg Avis stand die Heimatzeitung, wie geschildert, in beständiger Konkurrenz. Als Zeichen der Unabhängigkeit war die Zeitung zwar schon 1950 aus dem Avis-Gebäude am Nordermarkt in eigene Räumlichkeiten in die Große Straße umgezogen. Die weiterhin gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, ausbleibende Finanzmittel aus Dänemark und das Ende des „Grenzkampfes“ nach 1955 führten dazu, daß die Südschleswigsche Heimatzeitung seit dem 1. April 1974 nur noch als deutschsprachige Beilage von Flensburg Avis erscheint.*

## Anmerkungen

- 123 Die Lizenzierung von Flensburg Avis und von der Südschleswigschen Heimatzeitung ist trotz Nutzung derselben Quellen unzureichend und in Teilbereichen sogar äußerst fehlerhaft dargestellt bei U. Haese, T. Prawitt-Haese „Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit“. Schleswig-holsteinische Pressegeschichte 1945-1955. Hamburg 1994, S. 83-97.
- 124 Flensburg Avis 1869-1969, Sydslesvigske år og dage, redigiert v. Poul Kürstein, Flensburg 1969.
- 125 J. Feddersen, Die Grenzlandpolitik Friedrich Wilhelm Lübkes, Würzburg 1979, S. 44 ff. und 71 ff.; K. Jürgensen, Die britische Südschleswig-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. In: ZSHG Bd. 111, Neumünster 1986, S. 185-205, hier S. 186 ff. (im folgenden Jürgensen, ZSHG ... 1986); P.H. Petersen, Sozialdemokratie und Schleswig-Frage, Kiel 1956, S. 103 ff..
- 126 Jürgensen, ZSHG ... 1986, S. 186.
- 127 K. F. Nonnenbroich, Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Südschleswigschen Wählerverbandes, Kiel 1972, S. 136 f. und S. 146 ff..
- 128 K. Jürgensen, Die britische Südschleswig-Politik 1945-1949. In: Schriftenreihe der Akademie Sankelmark Neue Folge - Heft 70, 1990, S. 5-38, hier S. 32 ff. (im folgenden Jürgensen, Schriftenreihe ... 1990).
- 129 Jürgensen, Schriftenreihe ... 1990, S. 21 f..
- 130 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek, Flensburg (DCSF) FA Kasse 13, Schreiben Udenrigsministeriets Pressebureau an Flensburg Avis, 6. 6. 1945.
- 131 DCSF FA Kasse 13, 929 Mil Gov Detachment an Flensburg Avis, 11.6. 1946.
- 132 Flensburg Avis Nr. 133, 15. 6. 1945, Rubrik „Grænselandet“.
- 133 Flensburg Avis Nr. 150, 5. 7. 1945, „Kravet om Frigørelse“.
- 134 Public-Record Office, London (PRO) FO 1056/34, Schreiben Information Control/21. Army Group an Political Division, 20. 7. 1945.
- 135 PRO FO 1056/34, Schreiben Information Control/21. Army Group an Political Division, 20. 7. 1945.
- 136 DCSF FA Kasse 13, Information Control, 8. Corps Districts an Flensburg Avis, 22. 10. 1945. In dem Schreiben heißt es: „These rules were originally worked out by Major Roos ... They are however repeated here in confirmation.“
- 137 Ebenda.
- 138 PRO FO 1006/496, Confidential Report, 15. 11. 1945.
- 139 PRO WO 171/8267, War Diary 8.ICU.Liquorishkamam27.10.1945 als Press Censor nach Flensburg, Haiford war mit einer Kopenhagenerin verheiratet und beherrschte die dänische Sprache.
- 140 DCSF P 215-2/4 Nachlaß Vestergaard; In seinen unveröffentlichten Memoiren beschreibt der frühere Flensburg Avis-Redakteur Erik Vestergaard die Zensurpraxis. Die Begriffe „Hjemme i Danmark“ und „Hjem til Danmark“ sind seinen Erinnerungen entnommen, vgl. dort S.

138 ff..

- 141 DCSF FA Kasse 13, APPENDIX 'S', 21.11. 1945 zu IC-Schreiben vom 22. 10.1945 (siehe Fußnote 130).
- 142 LAS 399.69/4 Nachlaß Schenck, Bericht über die Lage im schleswigschen Grenzgebiet, 21.8. 1945.
- 143 Memorandum fra Udenrigsministeriet til den britiske Gesandt i København og Generalløjtnant Sir Evelyn Barker, 20. 12. 1945. In: Aktstykker vedrørende det Sydslesvigske Spørgsmaal. Bd. I-III, København 1947, Bd. I, Nr. 44, S. 118 (im folgenden Akstykker Bd. ... Jahr).
- 144 Note fra den danske Gesandt i London til den britiske Udenrigsminister, 27.12. 1945, Aktstykker Bd. I ... 1947, Nr. 45, S. 124.
- 145 PRO FO 1049/653, Political Division an VIII. Corps und 8. ICU, 11.1. 1946.
- 146 PRO FO 1006/711 B, VIII. Corps an Main Headquarters, 26. I. 1946.
- 147 Ebenda.
- 148 LAS 605/9. Im Februar 1948 stellte der SHHB in Südtondern zusammen mit CDU und SPD einen Lizenzantrag - erfolglos.
- 149 Note til den danske Gesandt i London fra den britiske Udenrigsminister, 13. 2. 1946, Aktstykker Bd. I 1947, Nr. 60, S. 189.
- 150 Feddersen, S. 61 ff..
- 151 DCSF FA Kasse 13, (Personal & Confidential) 318. Field Section an Flensburg Avis, 10. 2. 1946.
- 152 DCSF FA Kasse 13, Schriftwechsel März 1946.
- 153 DCSF FA Kasse 13, aus den dort vorliegenden Schriftwechseln ergibt sich, daß der Antrag um den 20. 3. 1946 gestellt worden sein muß. Am 7. 3. 1946 war es diesbezüglich zu einer Besprechung zwischen Offizieren der Pressekontrolle/Hamburg und Vertretern von Flensburg Avis gekommen.
- 154 PRO FO 1056/36, Schriftverkehr 13. und 18. 3. 1946.
- 155 PRO FO 1049/653, PR/ISC an Political Division, 23.04.1946 und handschriftliche Notiz, 1.5. 1946.
- 156 DCSF FA Kasse 13, Schreiben Flensburg Avis an Press Production Unit/Hamburg, 5. 4. 1946 und 21. 6. 1946.
- 157 DCSF FA Kasse 13, Schreiben Christensen an H.Q. Military Government, Schleswig- Holstein Region, 12. 4. 1946.
- 158 PRO FO 946/35, Telegramm Randall an Henderson, 20. 6. 1946.
- 159 PRO FO 946/35, interner Schriftwechsel 20.-25. 6. 1946.
- 160 Die Urkunde befindet sich in DCSF FA Kasse 13.
- 161 In der Meldung heißt es: „Fra paa Fredag vil Flensburg Avis fa samme Frihed for Censur og samme Licence for Udgivelse som ... de tyske Blade in Schleswig- Holstein“.
- 162 DCSF FA Kasse 13, Chefredakteur Christensen an 8. ICU, 29. 6. 1945.
- 163 PRO FO 1056/36; DCSF FA Kasse 13 (dort die dänische Übersetzung).
- 164 DCSF FA Kasse 13, 8. ICU an Flensburg Avis, 4. 7. 1946.
- 165 Ebenda.
- 166 Ebenda.

- 167 DCSF FA Kasse 13, Flensburg Avis an 8. ICU, 12. 7. 1946.
- 168 DCSF FA Kasse 13, Press Section, 8. ICU an Flensburg Avis, 24. 7. 1946.
- 169 Brev fra den britiske Gesandt i København til Udenrigsministeriet, 18. 7. 1946, Aktstykker Bd. I, 1947, Nr. 88, S. 312.
- 170 PRO FO 1049/405, Brief Rasmussen an Randall, 2. 8. 1946.
- 171 PRO FO 1049/405, britische Botschaft Kopenhagen an Regional Commissioner de Crespigny.
- 172 PRO FO 1049/405, PR/ISC-Direktor Bishop an Christopher Steel/Political Division, 17. 8. 1946.
- 173 Ebenda.
- 174 PRO FO 1049/405, ISC Branch an 8. ICU/Hamburg, 20. 8. 1946.
- 175 DCSF FA Kasse 13, PR/ISC Section Mil Gov Schleswig-Holstein Region, 19.9.1946.
- 176 DCSF FA Kasse 13, Übersetzung des Schreibens „Licens Instruktioner“, 25.10.1946.
- 177 DCSF P 215-2(4), Nachlaß Vestergaard.
- 178 Flensburg Avis Nr. 256, 02. 11. 1946, „Flensburg Avis i Efterkrigstiden“.
- 179 Uddrag af Udenrigsministerens Tale i Folketinget under Finanslovsdebatten, 30. 10. 1946; Aktstykker Bd. 11,1948, Nr. 1, S. 3.
- 180 Flensburg Avis Nr. 256, 2. 11. 1946.
- 181 Zusammenstellung nach: PRO FO 1006/107 A. Report 15 Schleswig-Holstein Intelligence Office, 1. 6. 1946 „The pro-danish press in South Schleswig“; PRO FO 1049/405 PR/ISC-Direktor Bishop an Christopher Steel/ Political Division, 17. 8. 1946; DCSF FA Kasse 13 Auflagennotiz, 22. 10. 1945.
- 182 DCSF FA Kasse 13, IHK Flensburg an Flensburg Avis, 5. 6. 1945.
- 183 DCSF FA Kasse 13, Flensburg Avis an Militärregierung und Hauptzollamt Flensburg, 23.7. 1946
- 184 DCSF FA Kasse 13, Ausführlicher Schriftwechsel darüber von März bis Mai 1946.
- 185 DCSF FA Kasse 13, Flensburg Avis an 8. ICU/Hamburg 29. 6. 1946.
- 186 DCSF FA Kasse 13, Schriftverkehr 9. und 19. 3. 1946.
- 187 DCSF FA Kasse 13, Kaufvertrag vom 5. 3. 1946.
- 188 DCSF FA Kasse 13, Flensburg Avis an Major Turner/PR/ISC Schleswig-Holstein Region, 20. 9. 1945 Flensburg Avis an Straßen- und Verkehrsamt Flensburg, 4. 10. 1946.
- 189 PRO FO 1049/405. PR/ISC Group an T & I Division HQ.

- 190 PRO FO 1049/406. Dort ist der komplette Schriftverkehr vorhanden.
- 191 DCSF Kasse 13, Flensburg Avis an 8. ICU/Hamburg 29.6. 1946; 8. ICU an Flensburg Avis, 4. 7. 1946.
- 192 DCSF Kasse 13, Schriftwechsel zwischen Flensburg Avis und 8. ICU von Juli und November/Dezember 1946.
- 193 PRO FO 1056/198, Schreiben Huijsmans an PR/ISC Group Berlin, 26. 8. 1947.
- 194 DCSF FA Kasse 13, Schreiben PR/ISC Regional statt Kiel, September 1947.
- 195 PRO FO 1056/193, ISC Branch (HE) an NWZV, 16. 9. 1947.
- 196 DCSF FA Kasse 13, Flensburg Avis an ZVHSH, 27. 10. 1947.
- 197 Archiv des Zeitungsverlegerverbandes Schleswig-Holstein, Kiel (AZVSH) „Akte Protokolle 1946-48“, Protokoll, 19. 12. 1947.
- 198 DCSF FA Kasse 13, Schreiben ZVHSH, 20. 12. 1947.
- 199 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“, Protokoll, 27. 2. 1948.
- 200 Ebenda.
- 201 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“, Aktennotiz Hagemann „Besprechung in Flensburg“, 6. 4. 1948.
- 202 Feddersen, S. 68 ff..
- 203 Arkivet Sydslesvigsk Forening, Flensburg (ASSF) „Akte 67.01“, diverse Resolutionen.
- 204 DCSF FA Kasse 13 Schreiben SSV-Vorstand Husum an Generalsekretariat, 17. 10. 1946.
- 205 DCSF FA Kasse 13, Schriftwechsel zwischen dem Generalsekretariat, Flensburg Avis und PR/ISC Hamburg, 7. 11.-21. 12. 1946.
- 206 ASSF Akte 67.01, Schreiben SSV, 10. 5. 1947.
- 207 Feddersen, S. 67; Nonnenbroich, S. 104 f..
- 208 DCSF Nachlaß Oldsen, HQ Land Schleswig-Holstein co. KRO Südtondern an Johannes Oldsen, 3. 7. 1947.
- 209 PRO FO 1049/707, „Statement concerning some South Slesvig-Questions“, 27. 6. 1947.
- 210 Notefradendanske Ambassador i London ti 1 den britiske Udenrigsminister, 7.7.1947, Aktstykker Bd. II 1948, Nr. 52, S. 169 f..
- 211 PRO FO 1049/707, Duncan Wilson/Foreign Office an Christopher Steel/Political Division, 22. 7. 1947.
- 212 PRO FO 1056/204, PR/ISC Group an Political Division, 18. 7. 1947.
- 213 PRO FO 1049/707, Minutes for Steel, 24. 7. 1947.
- 214 Siehe hierzu auch Jürgensen, Schriftenreihe ... 1990, S. 19 f..
- 215 PRO FO 1056/204, Political Division an PR/ISC Group, 1.8. 1947.
- 216 Staatsminister zu diesem Zeitpunkt war Kristensen. PRO FO 1049/707 British Embassy, Kopenhagen an German Political Department/Foreign Office, 29. 7. 1947.
- 217 Vgl. Wingender, S. 79 ff..
- 218 Vgl. Feddersen, S. 69 f.; Nonnenbroich, S. 116 f..

- 219 ASSF Akte 73.01, SSV an312HQ, CCG Kiel, 19. 1. 1948.
- 220 ASSF Akte 73.01, Regional Commissioner an SSA Generalsekretariat, 27. 5. 1948.
- 221 ASSF Akte 73.01, Johannsen an Regional Commissioner, 30. 6. 1948.
- 222 ASSF Akte 73.01, Johannsen an Regional Commissioner, 8. 7. 1948; DCSF P 215/4 Nachlaß Vestergaard, Protokoll Vorstandssitzung des SSW, 8. 7. 1948.
- 223 PRO FO 1006/187, Schreiben IS Regional Staff an ISD Berlin, 13. 7. 1948.
- 224 PRO FO 1006/187, Political Division an Deputy Regional Commissioner Land Schleswig-Holstein, 27. 7. 1948.
- 225 ASSF Akte 73.01, Regional Commissioner Asbury an Johannsen, 5. 8. 1948.
- 226 PRO FO 1006/187, Schriftwechsel 12. und 31. 8. 1948.
- 227 PRO FO 1006/187, „Gerüchte“-Dossier des vorgesehenen SSHZ-Chefredakteurs Jacobsen, 14. 8. 1948; DCSF P 201/9 Nachlaß Johannsen, Schreiben an Jacobsen, 16. 8.1948.
- 228 PRO FO 1006/187, Dossier George Turner.
- 229 LAS 605/2, Protokoll Kabinettsitzung, 7. 8. 1948.
- 230 LAS 605/240, Protokoll, 6. 9. 1948.
- 231 DCSF P 201/9 Nachlaß Johannsen, Schreiben Kgl. Dansk. Konsulat-Oberstpljtnant Lunding an Udenrigsministeriet, 27. 9. 1948.
- 232 LAS 605/244, Macknow an Ratz, 1.9. 1948.
- 233 LAS 605/20, Aktennotiz Telefongespräch Macknow, 24.9.1948, BLPA an Johannsen, 18. 10. 1948.
- 234 LAS 605/20, Dr. Hanno Schmidt an BLPA, 30. 10. 1948.
- 235 LAS 605/231, Macknow an BLPA, 30. 11. 1948.
- 236 DCSF Nachlaß Oldsen, 3. Wirtschaftsprüfungsbericht Südschleswische Heimatzeitung, 21.3. 1949.
- 237 DCSF P 282/6, Nachlaß B0gh Andersen, Rede in Hjemmet, 29. 8. 1948.
- 238 ASSF Akte 67.01, Schreiben Fiering, 24. 9. 1948.
- 239 DCSF P 220/7, Aktenbestand Christiansen Protokoll, 7. 10. 1948.
- 240 ASSF Akte 67.01, Generalsekretär-Rundschreiben, 5. 11. 1948.
- 241 PROFO 1056/204, britischer Schriftwechsel vom 11. bis 18. 10. 1948; DCSF P 201/ 9 Nachlaß Johannsen, Schriftverkehr mit Jacobsen im Oktober 1948.
- 242 PRO FO 1056/204, Intelligence Detachment an Schleswig-Holstein Intelligence Officer, 18. 12. 1948; siehe auch DCSF Nachlaß Olsen 3, Protokoll Forretnings- udvalgsmpde, 15. 12. 1948.
- 243 Bundesarchiv Koblenz (BAK) Z 24/26, ZVN an NWZV, 5. II. 1948.
- 244 AZVSH Akte Protokolle 1946-48, Protokoll, 28. 9. 1948.
- 245 Archiv Schleswig-Holsteinischer Journalistenverband, Kiel (ASHJ) „Akte Verbandskorrespondenz ab 10/1947“, Protokoll Vorstandssitzung, 14. 10. 1948.
- 246 LAS 605/240, Wortprotokoll, 14. 12. 1948.
- 247 DCSF Nachlaß Olson 6, Forretningsudvalgs møde, 15.12.1948; Olson:



- „Han havdedet indtryk, at Iseft førte licenshaverne bag lyset.“( Er hatte den Eindruck, daß Iseft die Lizenzträger hinters Licht führte.)
- 248 „Presserat an den Pranger gestellt“, 8.1.1949; „Politik der oberen Zehntausend“, 15. 1. 1949; „Die Monopoldemokraten“, 18. 1. 1949.
- 249 SHZ20. 1. 1949.
- 250 StA Flensburg XII Hs 1510, Nachlaß Dr. Fritz Hähnsen, Bd. 25, Möller an Lübke 11. 1. 1949.
- 251 SHZ20. 1. 1949.
- 252 KA Schleswig-Flensburg Abt.B 1.0/27, Rede Lübke auf Bauernversammlung vom 18. 1. 1949.
- 253 Reaktionen darauf waren die Repliken von Karl Ratz und von Lübke selbst in FT 12.  
2. und 14.3.1949; in PRO FO 1056/205 finden sich etliche Beschwerdeverfahren über Artikel der Südschleswigschen Heimatzeitung. Der interne Schriftwechsel spricht eine deutliche Sprache hinsichtlich der Beurteilung des Blattes.
- 254 PRO FO 1056/205, dort finden sich etliche Beschwerdeverfahren über Artikel der Südschleswigschen Heimatzeitung. Der interne britische Schriftwechsel spricht eine deutliche Sprache hinsichtlich der Beurteilung des Blattes.

## Nachlese

In den letzten Grenzfriedensheften (Nr. 2/1996) fragten wir danach, wer sich an die Namen der hier abgebildeten Journalisten aus Flensburg erinnern kann. Als aufmerksamer Leser wußte der ehemalige Chefredakteur des Flensburger Tageblatts, Gerhard Bühmann, nicht nur dies, sondern er konnte auch das Foto richtig zuordnen. Es handelt sich um die Redaktionsmannschaft in der Endphase des Kieler Kuriers im März 1946, kurz bevor das Flensburger Tageblatt lizenziert wurde.

Obere Reihe von links: Will Rasner, Hans Schimpfke, Carl Hägens, (später Redakteur bei der Südschleswigschen Heimatzeitung), am Tisch sitzend von links: Becker, Friedrich von Wilpert (erster Chefredakteur der Kieler Nachrichten), Rümer und Katt.

# Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit

Das deutsch-dänische Grenzland als Beispiel \*

von JØRGEN KÜHL

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts sind die Minderheiten in das politische, kulturelle, soziale und zum Teil auch in das wirtschaftliche Tagesgeschehen zurückgekehrt. Nachdem Minoritätengruppen und Nationalitäten lange Zeit eine nur periphere, teils übersehene, teils bewußt oder aus schlichtem Unwissen verdrängte Rolle im öffentlichen Bewußtsein der meisten europäischen Staaten spielten, haben die ethnischen Gruppen heute große Aktualität gewonnen. Dies hängt in erster Linie mit den evolutionären und revolutionären Vorgängen in den vormals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas zusammen. Die Wiederkehr des Nationalen als Element des Politischen im östlichen Teil Europas hat auch zu einer weitaus bewußteren Wahrnehmung der Existenz und Bedeutung nationaler und ethnischer Minderheiten im westlichen Teil Europas geführt. Dies läßt sich wiederum sehr genau in den journalistischen und wissenschaftlichen Arbeiten feststellen: Während noch Anfang der 1980er Jahre die Minoritäten- und Nationalitätenforschung beinahe ein Exotendasein führte, fand Ende desselben Jahrzehnts und insbesondere Anfang der neunziger Jahre ein schlagartiger Umschwung statt, so daß Forscher, die sich nie oder kaum mit kleinen und nichtrepräsentierten ethnischen Gruppen befaßt hatten, plötzlich anfangen, sich der Nationalitätenproblematik anzunehmen. Ein direktes, faßbares Ergebnis dieses neuen, beinahe schon modischen „Minderheiteninteresses“ läßt sich an einer stetig wachsenden Anzahl von wissenschaftlichen und publizistischen, allerdings leider oft nur unzureichend reflektierten und hastig verfaßten Arbeiten ablesen.

---

\* Der Beitrag des Leiters des Museums am Danewerk (Museet ved Danevirke) ist ursprünglich als Vortrag gehalten worden im Rahmen der Konferenz: Museen im Ostseeraum - Regionen und Identitäten, Ostsee-Akademie & Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, Travemünde, 5.-8.11.1995.

Im westlichen Europa kann die erneute Hinwendung zum Nationalitätenstudium, das hier auch mit regionalistischen Ansätzen verbunden wird, vermutlich als Gegenbewegung zur gleichzeitig stattfindenden übergreifenden und supranational angelegten europäischen Integration gedeutet werden. Vermutlich wird in distinkten regionalen Kulturelementen unter anderem nach neuen, alten Identitäten gesucht, die sich jenseits der europäischen und nationalstaatlichen Identitäten befinden. Im östlichen Teil Europas läßt sich das Wiedererwachen der anfangs von vielen als ungleichzeitig empfundenen nationalen Bewegungen in den achtziger Jahren, die schließlich als katalysierende Elemente der Umwälzung eine große Rolle bei der plötzlichen und unerwarteten Verwandlung der politischen und gesellschaftlichen Landkarte spielten, vermutlich auch zum Teil als Rück- bzw. Neubesinnung auf Sonderidentitäten deuten. Dabei ging die Herausbildung von eigentlichen Nationalbewegungen am schnellsten bei den unterdrückten bzw. relativ spät eroberten Völkern vor sich.

Eine Konsequenz der neugewonnenen Aktualität der Minderheiten ist, daß die Problematik des Zusammenlebens von Minoritäten und Majoritäten heute von großer Bedeutung geworden ist. Versteht man den Begriff Minorität im weitesten Sinne, umfaßt er vorrangig im westlichen Europa die Problematik des Verhältnisses zwischen Staatsbürgern und Immigranten. In den letzten Jahren ist es überall in Westeuropa zu kulturellen und sozialen Konflikten zwischen traditionellen Bewohnern der Staaten und den Immigranten gekommen. Dabei scheint die Attitüde der autochthonen und traditionellen Minderheiten sich von der der traditionellen Mehrheiten gegenüber den neuen immigrierten Minderheiten in den jeweiligen Ländern kaum zu unterscheiden. Die Problematik der neuen Minderheiten soll - trotz ihrer großen Bedeutung - hier allerdings nicht weiter behandelt werden. Zentrales Thema dieses Vortrages ist das Verhältnis von traditionellen, auch ethnischen oder nationalen Minderheiten und der Mehrheitsbevölkerung. Dieses Verhältnis wird am Fallbeispiel des deutsch-dänischen Grenzlandes erörtert. Hier kann aus zeitlichen Gründen keine umfassende und detaillierte Analyse der komplexen Problematik gegeben werden. Ich muß mich auf zentrale Fragen und Probleme beschränken, die andererseits vielleicht die Möglichkeit einer komparativen und perspektivierenden Erörterung geben werden. Im folgenden werde ich insbesondere die dänische Minderheit in Südschleswig, das heißt im nördlichen Teil des Bundeslandes

Schleswig-Holstein zwischen der Eider und der deutsch-dänischen Grenze, darstellen und diskutieren. Die Situation der deutschen Minderheit in Dänemark ist zwar nicht identisch mit der Lage der Dänen in Deutschland, kann jedoch als vergleichbar angesehen werden. Nach einer kurzen Charakterisierung der Minderheitensituation südlich der Grenze werde ich versuchen zu ergründen, ob das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit, das in dieser Region stattfindet, als gelungenes und somit vielleicht auch vorbildliches Beispiel eines interkulturellen Zusammenlebens gedeutet werden kann.

## I.

Die dänische Volksgruppe lebt als Minderheit außerhalb Dänemarks seit dem Jahre 1864. Nachdem die deutsche Seite den dänisch-deutschen Krieg von 1864 gewonnen hatte, wurden die Herzogtümer Schleswig und Holstein einige Jahre später eine preußische Provinz. Zunächst wurden die Dänen somit eine Minderheit im Königreich Preußen. Mit der Gründung des Deutschen Reiches wurde die dänische Volksgruppe in Schleswig neben den Litauern, Polen, Sorben, Friesen und anderen eine von mehreren Volksgruppen im geeinten Kaiserreich Deutschland. Im Zuge der allgemeinen Nationsbildungsprozesse im deutschen Kaiserreich wurde auch die dänische Bevölkerung Gegenstand einer Assimilationspolitik von staatlicher Seite, die allerdings gegen Ende des Jahrhunderts durch weitgehende und tiefgreifende diskriminatorische Maßnahmen der preußischen Behörden gegenüber der dänischgesinnten Bevölkerung in einem kontraproduktiven Prozeß zur entschiedenen Resistenz und gleichzeitigen nationalen Mobilisierung der dänischen Minderheit führte. Die dänische Volksgruppe hoffte in dieser Zeit auf eine friedliche Wiedervereinigung Schleswigs mit Dänemarks. Sie orientierte sich dabei an der im deutsch-österreichischen Frieden von 1867 im § 5 vereinbarten, jedoch später gestrichenen Verpflichtung, zu einem späteren Zeitpunkt ein Plebiszit über die territoriale Zugehörigkeit des nördlichen Schleswigs stattfinden zu lassen. Erst nach dem 1. Weltkrieg - in dem auch fast 30.000 Dänen an den Fronten für das deutsche Kaiserreich kämpften und dabei über 5.300 starben - kam es in Schleswig aufgrund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages von 1919 im Jahre 1920 zu Volksabstimmungen in zwei Zonen. Diese Volksabstimmungen waren die unmittelbare Umsetzung des sogenannten Rechtes auf nationale

Selbstbestimmung in politische Praxis. In der ersten Zone, die dem heutigen Sønderjyllands Amt/Nordschleswig entspricht, gab es eine große Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Dänemark. In der zweiten Zone, die dem nördlichen Teil des heutigen Landesteiles Schleswig entspricht, gab es ein ebenso eindeutiges Votum für Deutschland. Somit verblieb ein Teil der dänischen Bevölkerung Schlesiws bei Deutschland. Gleichzeitig entstand die deutsche Minderheit in Dänemark. Sie setzte in den folgenden 25 Jahren alles daran, die Grenze zu revidieren.

Das Jahr 1920 bildet den Ausgangspunkt der modernen dänischen Minderheit in Deutschland. Nachdem der größte Teil der bisherigen dänischen Volksgruppe wieder nach Dänemark kam, mußte die übriggebliebene Minderheit sich neu organisieren mit eigenem, in Flensburg zum Teil öffentlichen Schulwesen, Büchereien, religiösen Gemeinden und natürlich auch mit einem eigenen dänischen Vereinswesen. In der Hitlerzeit war die dänische Volksgruppe Repressionen von seiten der Deutschen ausgesetzt. Es kam zu Übergriffen und diskriminierenden Maßnahmen gegenüber Angehörigen der dänischen Minderheit, wenn auch nicht von umfassenden Verfolgungen gesprochen werden konnte. Die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands im Mai 1945 stellte für die dänische Minderheit eine eindeutige Befreiung dar. Man hoffte stark auf eine Wiedervereinigung mit Dänemark, wurde jedoch bitter enttäuscht, als die dänische Regierung schon 1945 klärte, daß die deutsch-dänische Grenze festliegt an der Linie von 1920. In den folgenden Jahren fand sich die überwiegende Mehrheit der dänischen Volksgruppe mit dem Verbleib bei Westdeutschland ab. Die Forderung nach Grenzverschiebungen wurde bei vielen zögerlich, aber doch nach und nach aufgegeben.

1945 befand sich ganz Südschleswig in einer Aufbruchstimmung. Die dänische Minderheit bekam einen ungeahnten und unerwarteten Zustrom von seiten der regionalen, bisher deutschgesinnten Bevölkerung. Aus Enttäuschung über die zeitgeschichtlichen Erfahrungen mit Deutschland, aus Besinnung auf geschichtliche Bindungen zu Dänemark, aus Hoffnung auf ein besseres Leben in Dänemark sowie schließlich auch aus Erwartung einer Grenzrevision suchten Zehntausende von bisher Deutschgesinnten die Aufnahme in die Organisationen der dänischen Minderheit. Sie wurden von deutscher Seite oftmals abwertend als „Speckdänen“ tituiert. Für viele war das Bekenntnis zur dänischen Minderheit nur ein vorübergehendes Phä-

nomen. Sie kehrten bereits nach wenigen Jahren, nachdem die westdeutsche Gesellschaft und Wirtschaft wieder funktionierte, der dänischen Volksgruppe den Rücken. Viele andere hatten jedoch das Bekenntnis zum Dänischen zu einer Wahl der dänischen Identität und Kulturzugehörigkeit gemacht. Sie verblieben in den dänischen Organisationen, identifizierten sich mit der dänischen Minderheit und unterstützten die dänischen Institutionen.

Die heutige dänische Minderheit kann man sich ohne die Aufbruchstimmung nach 1945 schwerlich vorstellen. Das massenhafte Bekenntnis zur dänischen Volksgruppe ermöglichte den flächendeckenden Aufbau dänischer Schulen, Vereine und Institutionen. Dieses Netzwerk ist in großen Teilen bis heute intakt geblieben. Die dänische Volksgruppe wurde zu einem Faktor von sowohl kultureller als auch politischer Bedeutung. Letzteres zeigte sich an den Wahlergebnissen der ersten Nachkriegswahlen, wobei die dänische Minderheit Mehrheiten in Flensburg und die Wahl von Vertretern in den schleswig-holsteinischen Landtag sowie eines Mitgliedes des ersten Bundestages erreichten. Trotzdem gab es noch immer Spannungen zwischen Mehrheit und Minderheit. Diese Spannungen bestanden auch nach der Kieler Erklärung vom 23.9.1949 fort. Darin stellte die damalige Landesregierung fest, daß das Bekenntnis zur dänischen Kultur frei und von Amts wegen nicht zu bestreiten sei oder nachgeprüft werden dürfe. Im nachhinein erwies sich diese Erklärung in der praktischen Umsetzung jedoch als wertlos. Anfang der 50er Jahre lebten die Aggressionen gegenüber der dänischen Minderheit in der Politik wieder auf. Man unterschied von deutscher Seite zwischen einer „echten“ und „unechten“ dänischen Minderheit. Außerdem war die politische Repräsentation der dänischen Volksgruppe im Landtag ungelöst: Ein großer Teil der unmittelbar nach dem Krieg über 120.000 Personen zählenden Minderheit hatte sich, nachdem die westdeutsche Gesellschaft und Wirtschaft wieder anfang zu funktionieren, erneut dem Deutschen zugewendet. Als Ergebnis gingen sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Wählerstimmen bei den Wahlen zurück. Da die Partei der Dänen sich nur im Landesteil Schleswig zur Wahl stellte und hier zwar eindeutige Ergebnisse erzielte, konnte sie bereits Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr die auf ganz Schleswig-Holstein bezogene 5%-Sperrgrenze überspringen. Noch 1950 erzielte die dänische Minderheit in Südschleswig 21,4% oder 72.000 Stimmen, was damals auf ganz Schleswig-Holstein umgerechnet 5,5% der Gesamtstimmen ausmachte. Vier Jahre

später setzten nur noch 42.000 ihr Kreuz bei der Partei der Minderheit. Das entsprach 15,4% in Südschleswig, aber lediglich 3,5% im ganzen Bundesland. Zu wenig, um eine Vertretung im Landtag zu erreichen, aber gleichzeitig zu viel, um als Randerscheinung abgetan zu werden. Der verpaßte Wiedereinzug wurde von Dänen in Deutschland und in Dänemark als Ausdruck einer nach wie vor ungelösten Minderheitenfrage gedeutet. Erst 1955, als in Verbindung mit der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO in zwei parallelen Erklärungen der Regierungen in Bonn und Kopenhagen (die sogenannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen) die Existenz- und Entfaltungsrechte der deutschen Minderheit in Dänemark sowie der dänischen Minderheit in der Bundesrepublik verbrieft wurden, wurde eine friedliche Lösung der Volksgruppenfragen im deutsch-dänischen Grenzgebiet möglich. Diese Erklärungen haben aufgrund ihrer moralischen Verpflichtung für die Politik einen großen praktischen Wert für das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch im Grenzland gehabt. So ist u. a. die zentrale Frage der staatlichen deutschen Anerkennung von Zeugnissen und Examina der dänischen Minderheitenschulen gelöst worden. Als Beispiel sei dafür genannt, daß das Abitur des dänischen Gymnasiums Duborg- Skolen sowohl in Deutschland als auch in Dänemark voll anerkannt ist. Auch die 5%-Hürde bei Landtagswahlen wurde für die Minderheit außer Kraft gesetzt, so daß sie seitdem nur so viele Stimmen braucht, wie für ein Mandat im Landtag nötig sind. Das entspricht, abhängig von der Wahlbeteiligung, 17-20.000 Stimmen. Seitdem ist im positiven Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, wie der ehemalige Abgeordnete des SSW, Karl-Otto Meyer, zutreffend formuliert hat, nach und nach aus dem Gegeneinander zunächst ein Nebeneinander und dann ein Miteinander geworden, das vielleicht auch zu einem Füreinander der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung werden wird. In Schleswig-Holstein ist das Bestreben nach einer Symbiose zwischen Deutsch und Dänisch von politischer Seite u.a. in der neuen Landessatzung von 1990 mit dem Artikel 5 verdeutlicht worden, wo der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe Schutz und Förderung zugesagt wird. Nur mit der praktischen Umsetzung des Artikels in finanzielle Gleichberechtigung der Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung in den Kreisen und Kommunen hapert es noch immer, obgleich die Landesregierung und insbesondere der Minderheitenbeauftragte Kurt Schulz gemeinsam mit den Vertretern des SSW dafür aktiv Aufklärungs- und Überzeu-

gungsarbeit leisten. Dabei ist es oftmals schwierig, dafür Verständnis zu gewinnen, daß die Gleichberechtigung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von grundlegender Bedeutung für ein konfliktfreies interkulturelles Zusammenleben ist.

## II.

Das Bekenntnis zur dänischen Minderheit ist frei und darf von staatlicher Seite nicht überprüft werden. Dieser minderheitenpolitische Grundsatz, der bereits Element der Kieler Erklärung von 1949 war, ist von größter Bedeutung für die Entfaltung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein. Die Wahl der Nationalität und der Identität des einzelnen wird anerkannt: Wer sich zur dänischen Minderheit und zur dänischen Kultur bekennt, wer sich damit identifiziert, ist Angehöriger der dänischen Minderheit. Der gleiche Grundsatz hat auch Geltung für die deutsche Minderheit in Dänemark.

Aus diesem Verständnis ergeben sich jedoch zumindest in statistischer Hinsicht auch einige Schwierigkeiten. Es gibt keine exakten Zahlen über Größe und Umfang der dänischen Volksgruppe. Es gibt sie nicht, weil es keine Registrierung der Minderheit nach Identifizierung oder Muttersprache in z. B. Volkszählungen, wie es in den vormals kommunistischen Staaten der Fall war, gibt. Man weiß also nicht, wie groß die dänische Minderheit oder die deutsche in Dänemark ist. Es liegt jedoch eine ungefähre, geschätzte Zahl vor, die davon ausgeht, daß die dänische Minderheit heute ca. 50.000 Personen zählt. Diese Zahl kann von Zeit zu Zeit etwas größer, aber auch etwas geringer sein. Es sind auch nicht zu jeder Zeit die gleichen 50.000 Personen, die sich der dänischen Volksgruppe zugehörig fühlen. Während einige die Minderheit verlassen und sich mit der deutschen Kultur und Mehrheit neu identifizieren, gibt es andere, die sich mit der dänischen Kultur und Minderheit neu identifizieren. Bei der deutschen Minderheit nördlich der Grenze, die 15-25.000 Personen umfaßt, finden vergleichbare dynamische Identifikationsprozesse statt, die eine präzise Feststellung der numerischen Größe der Minderheit unmöglich macht.

Die dänische Minderheit ist das Produkt einer permanenten, täglichen Volksabstimmung, wo der einzelne sich mit der Minderheit und der dänischen Kultur identifiziert. Im deutsch-dänischen Grenzland gibt es das Angebot mehrerer Kulturen. Hier kann die Nationalität und die Identität gewählt werden. Hier kann man sein nationales Bekenntnis ändern. Und das geschieht auch, sogar täglich. Die



dänische Minderheit ist somit eben keine statische Größe, sondern ist auch vom Umfang her dynamisch zu verstehen.

Das jeweilige individuelle Bekenntnis zur Minderheit und die Identifizierung mit dem Dänischen resultieren aus einer persönlichen Wahl und aus einer kulturellen Prägung. Es ist möglich, daß Leute mit einem Ausgangspunkt in der deutschen Kultur den dänischen Weg wählen - und in der dänischen Minderheit wird diese bewußte Wahl und das bewußte Bekenntnis von einer ebenso bewußten und gewollten dänischen Prägung und Sozialisation durch die dänischen Organisationen, Schulen und Institutionen ergänzt.

### III.

Die gegenwärtige Lage der dänischen Minderheit ist im Inneren durch ein gut ausgebautes und funktionierendes Netzwerk von Institutionen und Organisationen gekennzeichnet.

Die organisatorische Struktur der Minderheit umfaßt folgende acht, gleichgeordnete Säulen:

1. Dansk Skoleforening (der dänische Schulverein), der mit seinen ganz Südschleswig umfassenden Schulen und Kindergärten die vor- und schulische Betreuung und Entfaltung der dänischen Volksgruppe sichert. In den über 50 Schulen und mehr als 60 Kindergärten werden weit über 5.000 Schüler und weitere knapp 2.000 Kinder in Dänisch sozialisiert und mit der dänischen Kultur vertraut gemacht.
2. Sydslesvigsk Forening, der mit seinen örtlichen Vereinen, seinen angeschlossenen Vereinen, General- und Gebietssekretariaten, Versammlungshäusern, dem Skipperhuset in Tönning sowie dem Museum am Danewerk die kulturelle Hauptorganisation der dänischen Minderheit ist. Im SSF sind derzeit ca. 16.500 dänische Südschleswiger organisiert.
3. Sydslesvigs Danske Ungdomsforeninger, der dänische Jugendverband, der eine Vielzahl von dänischen Orts- und Regionalvereinen sammelt, dem 12 Freizeitheime, das Aktivitetshuset in Flensburg sowie die Jugendbildungsstätte Christianslyst bei Süderbrarup gehören, und der die Jugendarbeit sowie die sportlichen Aktivitäten der Minderheit betreut. Im SdU sind zur Zeit über 12.000 Mitglieder organisiert.
4. Dansk Kirke i Sydslesvig, die mit 24 Pastoren, 44 organisierten Gemeinden und Kirchen die religiöse Seite des Minderheitenlebens wahrnimmt. Die dänische Kirche hat über 6.600 eingetra-

gene Mitglieder, wobei es sich oftmals um Familienmitgliedschaften handelt.

5. Der SSW, der auf örtlicher und auf Landesebene die politischen Interessen der dänischen Volksgruppe aktiv vertritt, und der durch die politische Arbeit wichtige finanzielle Bedingungen für die kulturelle und schulische Entfaltung der dänischen Minderheit sichert. Der SSW hat ca. 5.300 Mitglieder und ist politisch in den Gemeinden, Stadträten und Kreistagen sowie seit der Landtagswahl im März 1996 erstmals seit den fünfziger Jahren wieder mit zwei Mandaten im Landtag vertreten. Bei den Kommunalwahlen 1994 wurden über 160 SSW-Vertreter in die Kommunalparlamente und Kreistage gewählt. Bei diesen beiden letzten Landtags- bzw. Kommunalwahlen im Jahre 1996 und 1994 erzielte der SSW jeweils 38.000 Stimmen.
6. Das dänische Büchereiwesen mit der Zentralbücherei in Flensburg, der Fahrbücherei sowie Abteilungen in mehreren Orten und in Schulen sichert die Versorgung der Minderheit mit dänischen und dänischsprachigen Büchern und anderen Medien, die zur Entwicklung der sprachlichen Kompetenz und der dänischen kulturellen Identität von größter Wichtigkeit sind. Das dänische Büchereiwesen entleiht jährlich weit über eine halbe Million Bücher und Zeitschriften und ist mit seinen vielen allgemeinbildenden Veranstaltungen ein starkes kulturelles Aktiv in der Minderheit. Zudem wird sie auch von der deutschen Mehrheitsbevölkerung gern und häufig frequentiert.
7. Die dänische Minderheit besitzt auch einen eigenen Wohlfahrtsverband in Form des Dansk Sundhedstjeneste (Dänischer Gesundheitsdienst), der mit seinen mehr als 20 Gemeindeschwestern, den Sozialstationen in Flensburg, Schleswig, Husum und Leck, dem Kinderheim in Glücksburg, dem Altersheim in Flensburg sowie Rentnerwohnungen in mehreren südschleswigschen Orten wichtige soziale und gesundheitliche Aufgaben in der dänischen Minderheit erfüllt.
8. Flensburg Avis, der als einzige dänischsprachige Zeitung in Südschleswig als zentrales Informationsorgan sowie als Diskussionsforum bei der Meinungsbildung in der Minderheit eine zentrale Bedeutung zukommt. Flensburg Avis hat eine Auflage von täglich über 7.000 Exemplaren, von denen 40% nördlich der Grenze verkauft werden. Donnerstags erscheint Flensburg Avis in einer stark erhöhten Auflage, da an diesem Tag der SSF in der

Zeitung seine Mitgliederseiten veröffentlicht, die an sämtliche SSF-Mitglieder verschickt werden.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die vielfältigen dänischen Organisationen in Südschleswig der Minderheit ein dänisches Leben mit vielen verschiedenen Fazetten ermöglichen. Um es bündig auszudrücken, ist in der dänischen Minderheit eine dänische Existenz von der Geburt bis ins Grab gewährleistet. Auch die deutsche Minderheit in Dänemark verfügt über ein entsprechend vielseitiges und gut ausgebautes Netz an Institutionen und Organisationen, die ein deutsches Leben ermöglichen. Dabei gibt es allerdings im Unterschied zur dänischen Minderheit, die durch viele, gleichgeordnete Organisationen gekennzeichnet ist, die lediglich im Gemeinsamen Rat zur unverbindlichen Beratung Zusammenkommen, bei der deutschen Minderheit eine weit mehr zentralisierte Organisation: den Bund deutscher Nordschleswiger. Im übrigen ähneln sich die deutsche und dänische Minderheit in ihrer Struktur und in der Wahrnehmung der Interessen der jeweiligen Minderheit.

#### IV.

Während das Verhältnis zwischen dänischer Minderheit und deutscher Mehrheit früher von etlichen Spannungen geprägt war, hat sich das Verhältnis in den letzten Jahrzehnten in einer sehr positiven Richtung entwickelt. Im großen und ganzen kann somit heute von einem entspannten Verhältnis gesprochen werden, das nur gelegentlich von prinzipiellen und national motivierten Gegensätzen gestört wird.

Das Verhältnis der Minderheit zum Land Schleswig-Holstein ist heute ausgezeichnet. Es ist Ergebnis einer langen Zusammenarbeit, die auf beiden Seiten Vorurteile abgebaut und zu einer Verständigung geführt hat. Das gute Verhältnis zum Land Schleswig-Holstein kommt auch in der Landtagsarbeit des SSW zum Ausdruck. Die dänische Minderheit fühlt sich mitverantwortlich für das positive Gedeihen des Landes.

Wichtig für das interkulturelle Zusammenleben ist die Vielzahl der individuellen Beziehungen von Minderheitenangehörigen mit und zu Mehrheitsangehörigen. Sehr viele dänische Südschleswiger sind Mitglieder deutscher Organisationen. Umgekehrt sind auch Deutsche Mitglied in dänischen Vereinen und nehmen an dänischen Sport- sowie Kulturveranstaltungen teil. Die individuellen persönli-

chen Verbindungen werden auch durch die große Zahl gemischter Ehen verstärkt, deren Vorhandensein als Ausdruck eines überwiegend konfliktfreien Zusammenlebens von Dänisch und Deutsch, wobei die Nationalität nicht entscheidend für die Wahl des Ehegatten/der Ehegattin ist, gewertet werden darf. Dieses spricht weiter für die zumindest partielle Integration des einzelnen Dänen in der Gesellschaft sowie umgekehrt auch für die Integration von Teilen der Mehrheitsbevölkerung in der dänischen Minderheit.

Das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit hängt auch von generationenspezifischen Faktoren ab. Segregation und Desegregation sowie Integration sind Phänomene, die zur gleichen Zeit stattfinden. Während es für viele dänische Südschleswiger der älteren Generation aufgrund ihrer persönlichen und internalisierten Erfahrungen mit feindlich gesonnenen oder abweisenden Deutschen undenkbar war und zum Teil immer noch ist, Freundschaften mit Deutschen zu schließen und zu pflegen, ist es für die jüngeren dänischen Südschleswiger kein Problem. Sie leben in ihren Freundeskreisen das friedliche Zusammenleben vor. Sie können bewußt ihren eigenen Standpunkt und ihre eigene dänische Zugehörigkeit zeigen, ohne deshalb in Konflikt mit ihren deutschen Freunden und Bekannten zu geraten. Den jungen Angehörigen der Minderheit ist es fremd, das eigene Dänischsein mit einem negativen Bild vom Deutschen zu verbinden. Umgekehrt ist es wahrscheinlich ebenso. Verschiedene Kulturen und Sprachen müssen somit nicht automatisch zu Konflikten führen. Sie können auch zu einer gegenseitigen Bereicherung im Grenzland beitragen. Aber wie vorweggegriffen ist dies kein unkomplizierter Zustand.

Das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Dänen ist Ergebnis eines langwierigen Entwicklungsprozesses, der nicht von heute auf morgen zu durchlaufen ist. Er ist bedingt worden durch günstige externe Faktoren, wozu vor allem die Zugehörigkeit zum gleichen Wertesystem, dem gleichen Sicherheitssystem und dem gleichen Wirtschaftssystem gehören. Auch waren Dänemark und Westdeutschland als zwei der reichsten Staaten der Welt dazu imstande, die unumgänglichen Kosten, die mit der Lösung der Minderheitenproblematik durch den Aufbau einer weitgehenden inneren kulturellen Autonomie einhergehen, zu tragen. Die positiven Erfahrungen mit der Lösung der Minderheitenproblematik im deutsch-dänischen Grenzland sind ohne eine umfassende finanzielle Unterstützung durch die beiden Staaten kaum denkbar. Dazu sei erwähnt,

daß der Anteil des dänischen Staatszuschusses für die Aktivitäten der dänischen Minderheit sich auf über 300 Millionen dänische Kronen beläuft. Dieser Zuschuß verteilt sich insbesondere auf das dänische Minderheitenschulwesen, wo die realen Kosten heute zur Hälfte durch Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein und zur anderen Hälfte überwiegend aus dem dänischen Staatszuschuß abgesichert werden. Die übrigen Aktivitäten der dänischen Minderheit werden zwar auch von deutscher Seite bezuschußt, der Löwenanteil wird allerdings nach wie vor von dänischen Steuergeldern finanziert. Übrigens sei bemerkt, daß die Bundesrepublik und das Land Schleswig-Holstein ebenso wie auch der dänische Staat die Aktivitäten der deutschen Minderheit in Dänemark finanzieren. Das friedliche Zusammenleben und der interkulturelle Dialog sind also nicht kostenlos. Hätte es keine Hochkonjunktur und keinen stetigen Wohlstandszuwachs nördlich und südlich der Grenze nach 1945 gegeben, wäre die Entwicklung vermutlich anders verlaufen, obgleich weitere kontrafaktische Überlegungen dazu unsinnig sind. Dadurch ergeben sich natürlich Schlußfolgerungen für die Übertragbarkeit der besonderen deutsch-dänischen Minderheiten- und Grenzlanderfahrungen auf andere Regionen mit Minderheitenkonflikten. Sicherlich würden die weitaus meisten Minderheiten in Europa sich Bedingungen wünschen, die denen der dänischen und deutschen Minderheit in dieser Region ähnlich sind. Auch die Mehrheiten würden prinzipielle Lösungen den gegenwärtigen Konflikten vorziehen. Dazu gehört allerdings die Bereitschaft, die Minderheiten und die Regionen, in denen Minderheiten leben, wirtschaftlich zu fördern. In Ländern, wo die wirtschaftliche Situation zur Zeit ungünstig ist, und wo es bereits heute wirtschaftliche Verteilungskonflikte gibt, ist eine der schleswigschen Erfahrung entsprechende Entwicklung ohne entsprechende Rahmenbedingungen vorerst kaum zu erwarten. Aufgrund dieser kurzen Zustandsbeschreibung der dänischen Minderheit läßt sich also zusammenfassend feststellen, daß es heute trotz der engen finanziellen Rahmenbedingungen möglich ist, die dänische Eigenart, Sprache, Kultur und Identität in Südschleswig und die deutsche in Nordschleswig zu pflegen. Das Netzwerk von Institutionen und Organisationen ermöglicht es den Angehörigen der Minderheit zumindest in der Freizeit, ihre eigenständige dänische bzw. in Nordschleswig ihre deutsche Identität zu bewahren, zu pflegen und zu entfalten. Die institutionellen Rahmenbedingungen müssen jedoch von der Basis, von den einzelnen Minderheitenangehöri-

gen, ausgefüllt werden. Die Minderheit ist mehr als die Institutionen und die finanziellen Förderungen von dänischer und deutscher Seite. Die Minderheit besteht in erster Linie aus den einzelnen Mitgliedern, die ein Interesse daran haben, in Südschleswig ihre dänische bzw. in Nordschleswig ihre deutsche Identität zu bewahren. Aber die Sicherung und Entfaltung der dänischen und deutschen Minderheitsexistenz setzt voraus, daß die organisatorischen und institutionellen Bedingungen gegeben sind. Jede einzelne Institution - sei es Schule, Versammlungshaus, Museum oder Kirche - ist ein Kulturzentrum für die Minderheiten. Folglich ist auch in Zukunft umfassende materielle Förderung der Minderheiten vonnöten. Jede der Organisationen und Institutionen ist von großer Bedeutung für die ganze Minderheit. Deshalb ist die Konsequenz jedweder Reduzierung der finanziellen Förderung und die daraus folgende Senkung des Aktivitätsniveaus der Minderheit eine Verschlechterung der Existenz- und Entfaltungsbedingungen der dänischen bzw. der deutschen Minderheit als Ganzes. Dieses muß mit in Betracht gezogen und bedacht werden, wenn von der in den letzten Jahren oftmals als beispielhaft und als Modell bewerteten Minderheitensituation im deutsch-dänischen Grenzland gesprochen wird.

#### V.

Nach dieser kurzen grundlegenden Darstellung der Situation insbesondere der dänischen Minderheit ergibt sich nunmehr die Frage, ob das Verhältnis der dänischen Minderheit zur deutschen Mehrheit als gelungenes Beispiel des interkulturellen Zusammenlebens bewertet werden kann.

Die Antwort ist nicht eindeutig. Auf der einen Seite muß festgestellt werden, daß in vielerlei Hinsicht nicht von einem interkulturellen Zusammenleben gesprochen werden kann. Die kulturelle Segregation ist insbesondere aufgrund der verschiedenen Sprachen noch immer vorhanden. Auf der anderen Seite gibt es gleichzeitig viele Beispiele für ein gelungenes Zusammenleben. Interkulturell, das heißt konkret ein Leben mit und in der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Dieser interkulturelle Dialog ist im deutsch-dänischen Grenzland, realistisch betrachtet, jedoch häufig nur ansatzweise oder gar nicht gegeben. Die großen kulturellen Ereignisse wie die Ende 1994 stattgefundenen 8. schleswig-holsteinischen Kulturtage, die die Minderheiten der Dänen, Deutschen und Friesen in der Grenzregion und ihre jeweilige eigenständige Kultur zum Thema hatten, sind ein Beispiel solch einer gelungenen offenen Darstellung, wo in Süd-

schleswig die deutsche Mehrheitsbevölkerung sich mit der Arbeit und Kultur u. a. der dänischen Minderheit vertraut machen konnte. Darauf kann zurecht als positives Ereignis verwiesen werden. Dabei verzerren die Kulturtage als geplantes Kulturereignis jedoch etwas das Gesamtbild. Hier sind sich Mehrheit und Minderheit begegnet. Sie saßen nebeneinander im Theater und hörten gemeinsam Konzerte. Die Frage ist jedoch, ob es auch ein gemeinsames Miteinander gab: Teilte man das Kulturerlebnis miteinander? Kam man sich näher? Verständigte man sich? Konnte, realistisch betrachtet, überhaupt von einem interkulturellen Kontakt gesprochen werden? Diese Fragen sind schwerlich zu beantworten. Sicherlich gab es vereinzelt Kontakte zwischen Deutschen und Dänen. Ebenso sicher ist, daß es oftmals nicht der Fall war. Dabei ist auf die Ausgangsposition zu verweisen. Zur dänischen Kultur gehört nicht ausschließlich, aber in erster Linie die dänische Sprache. Die dänische Literatur, Dichtung, das Theater, Vorträge etc. - all diese Funktionen der Kultur sind sprachlich gebunden. In der dänischen Minderheit findet dänische Kultur in der Regel auf Dänisch statt. So ist es, obgleich der überwiegende Teil der dänischen Südschleswiger sich meistens der deutschen Sprache bedient. Als nur Deutschsprachiger wird es einem deshalb schwerfallen, an der dänischen Kultur zu partizipieren. Umgekehrt gibt es keine oder nur selten eine entsprechende Barriere. Deshalb ist der interkulturelle Kontakt sicherlich oftmals einseitiger Natur: Dänische Südschleswiger können am kulturellen Leben der deutschsprachigen Öffentlichkeit teilnehmen, Deutsche an der dänischsprachigen nur schwerlich. Diese Betrachtungen sind jedoch nicht damit gleichzusetzen, daß es keinen interkulturellen Kontakt geben kann. Denn trotz der sprachlichen Barrieren ergeben sich immer wieder Möglichkeiten des Dialoges - auch Dialoge über Streitpunkte und Verschiedenartigkeiten. Ich selber erlebe täglich im Museum am Danewerk, wie ein solcher interkultureller Dialog stattfinden kann. Im Museum am Danewerk wird die wechselvolle Geschichte des Danewerks erzählt und dargestellt. Dies geschieht zum Teil im geschichtlichen Kontext u.a. der deutsch-dänischen Auseinandersetzung. Außerdem funktioniert das Museum als Informationszentrum der dänischen Minderheit. Diese besondere Doppeltheit des Museums am Danewerk als zugleich Spezialmuseum zum Danewerk als auch Informationsstätte der dänischen Minderheit scheint den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Wir erleben beinahe täglich, wie deutsche Besucher verwundert und überrascht

über den Hintergrund des Museums der dänischen Minderheit nachfragen. Und wir erleben, wie Neugierde, Verwunderung und Überraschung zu interessierten und interessanten Gesprächen führen, wobei Vorurteile angesprochen und hoffentlich teilweise auch abgebaut werden. Hier findet der interkulturelle Dialog also im Museum statt - und Sydslesvigsk Forening als Träger des Museums ist sich darüber natürlich auch im klaren. Dabei ist interessanterweise zu vermerken, daß dieser Dialog dort stattfindet, wo ein deutscher Besucher ihn eigentlich nicht vermutet: in einem dänischen Museum in Deutschland. In einem Geschichtszentrum. An einem Ort, wo kollektive Vergangenheit dargestellt wird.

Die dänischen Bibliotheken sind ein anderes Beispiel interkultureller Kontakte. Sehr viele Deutsche nutzen wie selbstverständlich die Angebote der dänischen Bibliotheken. Hier muß von einem breiten Band interkultureller Kontaktmöglichkeiten gesprochen werden. Und dieser interkulturelle Kontakt umfaßt in Flensburg nicht nur Deutsch und Dänisch, sondern auch z.B. Kinder mit einem türkischen kulturellen Hinterland. Im Herbst 1994 zeigte sich diese offene Funktion der dänischen Bibliotheken in Flensburg, wo die dänische Zentralbibliothek mit großem Erfolg und mit vielen Besuchern deutscher Schulen und Vereine einen Schwerpunkt der von deutschen und dänischen Institutionen gemeinsam initiierten und organisierten Anne-Frank-Wochen bildete.

Eine andere Ebene des interkulturellen Zusammenlebens findet sich in der Mitgliedschaft Deutscher in den dänischen Sportvereinen und in dem Umstand, daß viele Deutsche ihre Kinder in dänische Schulen schicken. Hier sucht die Mehrheitsbevölkerung den Kontakt zur Minderheit, und hier treffen die beiden Kulturen aufeinander. Das prägt unweigerlich die Implizierten in ihrem Kulturverständnis. Zumindest ist die Zielsetzung der dänischen Minderheitenschulen und Kindergärten eindeutig das Bestreben, die Kinder in dänische Richtung zu sozialisieren. Sie sind Prägungs- und Sozialisationsstätten der dänischen Minderheit. Wer als Nichtmitglied der dänischen Minderheit sein Kind in diese Ausbildungsinstitution schickt, weiß, daß es als integraler Teil der dänischen Minderheit betrachtet und folglich auch konsequent dänisch von dänischer Sprache, Kultur und Mentalität geprägt wird. Es ist zu hoffen, aber nicht ohne weiteres festzustellen, daß dieses Bemühen auch einen gewissen Einfluß auf den kulturellen Horizont der Eltern hat. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser kulturelle Kontakt nicht ohne Probleme vor



sich geht. Wenn Kinder aus einem deutschen Elternhaus in einer dänischen Institution von dänischen Wertvorstellungen geprägt werden, muß diese Sozialisationserfahrung unweigerlich im Elternhaus Folgen haben - insbesondere, falls die Eltern weiterhin ihren deutschen kulturellen Hintergrund als Prägungsinstanz und Sozialisationsrahmen für ihre Kinder auffassen und konsequenterweise auch vermitteln. Daraus ergeben sich neben der sicherlich bei manchen vorherrschenden Indifferenz drei mögliche Reaktionen: teils die Entstehung eines Identitätskonfliktes, wo die Fragestellung dänisch oder deutsch sich als Identitätsproblem des Kindes manifestieren; teils wählt das Kind eine der beiden Kulturen und eignet sie sich als die seinige an; teils könnte eine Kreolisierung stattfinden, das heißt die Synthetisierung beider Kulturen zu einer neuen, vielleicht als besondere Minderheiten- oder Regionalidentität produzierten und zu verstehenden Kultur. Hinzu kommen noch die übergreifenden globalen identitäts- und sinnstiftenden Prozesse, die sich aus der Globalisierung durch die Multimedienentwicklung ergeben, und die wiederum zu einer Herausbildung besonderer Kultur- und Identitätsformen führen, die sich grundlegend von denen der älteren Generation unterscheiden. Diese distinkten Identitätsprozesse mit ihren inhärenten Folgeerscheinungen, die hier theoretisch festgestellt werden konnten, sind allerdings bisher noch nicht weder südlich noch nördlich der Grenze näher untersucht worden.

Umgekehrt finden der interkulturelle Austausch und die gegenseitige Prägung ebenfalls statt. Denn viele Angehörige der Minderheit sind auch Mitglied deutscher Vereine, freiwilliger Feuerwehren usw. Sie leben in gemischten Ehen mit oftmals verschiedenem Kulturverständnis. Sie arbeiten gemeinsam mit Deutschen, sie haben deutsche Nachbarn, oder sie leisten ihren Wehr- oder Zivildienst gemeinsam mit Deutschen ab. Dabei entstehen auch Kulturdialoge, die außerhalb der institutionellen und organisatorischen Einbindung stattfinden, und die vielleicht am wichtigsten für ein konfliktfreies interkulturelles Zusammenleben sind. Wichtig und unentbehrlich für den interkulturellen Dialog sind ein abgeklärtes Verhältnis zur eigenen Kultur. Dialog ist nur möglich, wenn es etwas gibt, worüber ein Dialog sich lohnt. Ein Dialog ist immer zweigleisig. Werte, Ideen, aber auch kulturelle Elemente werden präsentiert und vermutlich oftmals auch ausgetauscht. Dieser Dialog geht heute zum größten Teil friedlich vor sich. Er wirkt oftmals sicherlich befruchtend und inspirierend für beide Seiten. Natürlich gibt es dabei auch immer

wieder Konflikte, wie der noch immer unterschwellig vorhandene Disput über den Idstedt-Löwen 1992-93 es deutlich gezeigt hat. Der interkulturelle Dialog hat also auch seine Grenzen und Begrenzungen. Und diese Grenzen werden manchmal stark hervorgehoben - so zeigt es die Erfahrung und Diskussion der letzten Jahre -, wenn es insbesondere historische Fragestellungen sind, die im Zentrum der Diskussion stehen. Das interkulturelle Zusammenleben ist also nicht vollends konfliktfrei. Gegensätze zwischen Deutsch und Dänisch gibt es - und es nützt nichts, sie zu verschweigen. Aber eben in diesen Unterschieden liegt die Vielfalt der Kulturen im deutsch-dänischen Grenzland. Schließlich sei noch festzuhalten, daß Konflikt nicht gleichzusetzen ist mit Gewalt. Es gibt zum Glück nicht länger Gewalt in den deutsch-dänischen Beziehungen. Das interkulturelle Zusammenleben ist gewaltfrei. Und darin besteht das Vorbildliche und das gelungene Beispiel. Die Konflikte bestehen jedoch weiterhin in der Art der Interessenkonflikte und manchmal auch der Wertekonflikte zwischen Deutsch und Dänisch.

#### VI.

Um einem Schluß näher zu kommen, läßt sich also festhalten, daß ein interkulturelles Zusammenleben zwischen Deutsch und Dänisch im deutsch-dänischen Grenzland zumindest partiell gegeben ist. Sicherlich ist es auch ein gelungenes Beispiel, das zur Lösung von Minderheitenkonflikten andernorts inspirieren kann, obgleich von einer kulturellen Integration nicht die Rede sein kann. Die Kulturen leben noch immer nebeneinander. Der interkulturelle Dialog scheint begrenzt zu sein, aber es gibt ihn - und in den kommenden Jahren wird sich dieser Dialog sicherlich noch vertiefen. Ob das interkulturelle Zusammenleben beispielhaft ist, ist schwieriger zu beantworten. Die Frage stellt sich nämlich: Beispielhaft für was? Und für wen? Wenn vom friedlichen, gewaltfreien Zusammenleben der Kulturen zu sprechen ist, dann ist hier von einem gelungenen und positiven Beispiel die Rede. Falls von der völligen gleichberechtigten Integration der Minderheit in der deutschen Gesellschaft zu sprechen ist, wird die Bewertung weniger eindeutig ausfallen.

Es gibt die dänische Minderheit als Fakt in der deutschen Gesellschaft, aber sie ist kaum als ganz integrierter Bestandteil der Gesellschaft zu betrachten. Dazu fehlt noch immer die völlige Gleichberechtigung und Gleichstellung. Noch immer muß von seiten der Minderheit für finanzielle Gleichstellung in den Kreisen und Ge-

meinden grundlegend argumentiert werden. Noch immer ist die gleiche Bezuschussung der dänischen Aktivitäten wie die der Mehrheit ein Diskussionspunkt und nur sehr selten ein Grundsatz. Erst wenn davon gesprochen und ausgegangen werden kann, daß die dänische Minderheit finanziell und auch sonst der Mehrheitsbevölkerung gleichgestellt ist, kann von einer Integration und somit auch von einem durchweg positiven Beispiel des interkulturellen Zusammenlebens gesprochen werden. Soweit ist die Entwicklung jedoch noch nicht. Vielleicht wird es irgendwann einmal der Fall sein.

Um dorthin zu gelangen, könnten die Museen sicherlich eine wichtige Mittlerfunktion einnehmen. Das interkulturelle Zusammenleben leidet nämlich in jedweder multikulturellen Gesellschaft darunter, daß die Mehrheitsbevölkerung meistens keine Kenntnis von der besonderen Geschichte und der Struktur der jeweiligen Minderheit bzw. Minderheiten hat. So ist es auch in Schleswig-Holstein. Ich erwähnte oben, daß das Museum am Danewerk eine wichtige Funktion als Informationszentrum über die dänische Minderheit erfüllt. Das Museum ist jedoch hauptsächlich ein archäologisches Spezialmuseum, das sich der Geschichte des Danewerks annimmt. Hier ist nur wenig Raum für eine grundlegende Darstellung der dänischen Minderheit und des Verhältnisses zwischen Minderheit und Mehrheit. Auch die dänische Minderheit selber verspürt den Bedarf an Identitätssicherung, -Vermittlung und -findung durch eine museale Gesamtdarstellung, die die Hintergründe und Entwicklungslinien aufzeichnet. Deshalb gibt es seit Jahren das Bemühen, ein eigentliches Minderheitenmuseum zu gründen. Nur muß dazu eingeworfen werden, daß ein „typisches“ Minderheitenmuseum an sich sicherlich eine wichtige Aufgabe in der Minderheit wahrnehmen kann. Sie wird allerdings vermutlich kaum Zuspruch von außen bekommen. Ein Beispiel ist hier das Museum der deutschen Minderheit in Spnderborg in Dänemark, das trotz seiner ausgezeichneten Ausstellungen lediglich von 2-3.000 Besuchern pro Jahr frequentiert wird. Ein dänisches Minderheitenmuseum würde sicherlich nicht viel mehr Zuspruch erhalten.

Um eine offene Vermittlung des Zusammenlebens von Mehrheit und Minderheit sowie eine Interpretation der dabei gemachten Erfahrungen einem größeren Publikum zugänglich und attraktiv zu machen, muß sicherlich ein anderer Weg der Museumsdidaktik beschritten werden. In der dänischen Minderheit ist deshalb vor kurzem die Idee

eines völlig andersartigen Museums entstanden, wo die Geschichte der dänischen Minderheit als Teil und auch im kontrastierenden Dialog mit der gesamten Regional- und Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein dargestellt werden könnte. Solch ein Museum wäre eine Aufgabe für das Land Schleswig-Holstein und könnte als ein Landesmuseum für Regional- und Zeitgeschichte konzipiert werden. Hier könnte das als gelungen angesehene Zusammenleben von Deutschen und Dänen im Grenzland integral dargestellt und dem Erfahrungshorizont vieler Besucher zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig würde das Desideratum eines zeitgeschichtlichen Museums für das ganze Bundesland erfüllt werden. Inwiefern solch ein Unterfangen überhaupt realistisch ist, sei dahingestellt. Wesentlich ist sicherlich, daß mit diesem Gedanken der Versuch unternommen wird, die Präsentation von Minderheiten in dem Kontext des interkulturellen Zusammenlebens von Mehrheit und Minderheit einzubinden.

### Sommerausflug des Grenzfriedensbundes nach Hadersleben

Schwülwarmes, sonniges Wetter herrschte in den Tagen Mitte August, als sich dreimal stattliche Gruppen bereitfanden, dem Aufruf des Grenzfriedensbundes zu einer sommerlichen Busfahrt nach Nordschleswig zu folgen. Viele Teilnehmer kannten und freuten sich, in Gemeinschaft ein paar schöne Stunden zu verbringen. Die Grenzabfertigung in Krusau war Formsache, und über die Autobahn erreichten alle schnell das Reiseziel Hadersleben. Dort empfing Frau Hansen alle Gruppen am „Herzog-Hansen-Platz“ um uns durch ihre Heimatstadt zu leiten.

Frau Hansen erwies sich als eine sachkundige, mit Herzenswärme ausgestattete Begleiterin. Die geschichtliche Vergangenheit Haderslebens, über die sie uns informierte, wurde lebendig bei ihrer sorgfältig ausgewählten Strecke. Herzog Hans (16. Jhd.) hat prägend die Entwicklung Haderslebens beeinflusst; seine Spuren wurden uns präsentiert. Es begann an den alten Gebäuden des Hospitals, wo die soziale Einstellung des Herzogs dokumentiert wurde. Hadersleben war eine Handelsstadt, deren Hafen eine wichtige Rolle spielte. Von den alten Hafenanlagen ist nichts mehr geblieben. Das noch vorhandene Gewässer gleicht heute einem idyllischen Flußbett mit Gärten und hohen Bäumen auf der Stadtseite. Eine alte, restaurierte Wassermühle (heute Theater) liegt an der verkehrsreichen Brücke, die in die Altstadt führt. Zu Herzog Hans' Zeiten soll hier das südliche Stadttor gestanden haben. Die Existenz des inzwischen völlig verschwundenen herzoglichen Schlosses wurde nur nachvollziehbar an verschiedenen Bürgerhäusern der Altstadt, deren Baumateriallieferant die Schloßruine gewesen sein soll. Die Führung durch die Innenstadt mit ihren vielen wunderschön gestalteten und restaurierten Häusern und Innenhöfen ließ erkennen, mit wieviel Begeisterung und Liebe die große Aufgabe der kostspieligen Renovierung betrieben wird. Es würde zu weit gehen, alle beeindruckenden Objekte hier aufzuzählen, die uns zu Gesicht kamen. Ein Kleinod in der Schloßstraße sei hier aber erwähnt. Erbaut wurde es von einem Handwerker, der am Bau des herzoglichen Schlosses beteiligt war. Zunächst als schlichtes Fachwerkgiebelhaus begonnen, wurde es in späteren Zeiten erweitert und umgestaltet zur heutigen respektablen Anlage. Wenn sie schon von außen beeindruckend war, umso erstaunter waren wir innen beim Anblick der bemalten Holzvertäfelungen und der schönen Fußböden. Das Haus beherbergt heute die „Ehlers-Sammlung“, eine Ausstellung von Töpferarbeiten und volkstümlicher, bäuerlicher Kleinkunst. Eine Fülle sehenswerter Arbeiten wurde hier mit Fleiß gesammelt und in Vitrinen zur Schau gestellt. Was Menschenhand doch alles zu

schaffen vermag! Beeindruckt schlenderten wir weiter durch die engen Straßen. Fast überall wußte unsere Begleiterin aufklärende Informationen einzustreuen, um das Betrachtete lebendig werden zu lassen. Dann erreichten wir die Nørregade und standen am Chorende des Domes. Der gotische Backsteinbau nötigt Respekt ab mit seinen großen, hohen Chorfenstern, die vor uns in den Himmel ragten. Aber wir mußten erst eine Pause einlegen, bevor wir uns eingehender dem Dom widmen konnten. Es war inzwischen Mittagszeit; manchem knurrte sicherlich der Magen, aber die interessanten Erlebnisse hatten das Zeitgefühl verdrängt.

Nach beendeter leiblicher Stärkung setzten wir unter Frau Hansens inzwischen begeistert angenommener Führung das „Erlebnis Hadersleben“ fort. Jetzt war der Dom unser nächstes Ziel. Ich kann den herrlichen gotischen Dom hier gar nicht beschreiben. Man muß ihn erleben. Dazu gab uns Frau Hansen intensiven Beistand. Die Geschichte des Kirchenbaues, seine Ausgestaltung bis heute, die erst in der Mitte unseres Jahrhunderts letzte erfolgte Restaurierung, die sogar die Königin Margarethe II. inspirierte, sich zu beteiligen, lösen mitfühlende Gedanken aus. Beeindruckt verließen wir das Gotteshaus und standen auf dem baumbewachsenen Kirchhof, der von hübschen alten Häusern eingerahmt wird. Das herrliche Sommerwetter tat ein übriges. Wir gingen weiter in den ehemaligen Klosterbereich. Das Kloster selbst existiert nicht mehr. Auf alten Gassen mit niedrigen Häuserzeilen und Kopfsteinpflaster erreichten wir den alten Klosterfriedhof. Diese parkähnliche Grünanlage, von hohen Bäumen eingerahmt, birgt noch viel Vergangenheit. Dort stehen Gedenkstätten dänischer und deutscher Kriegsoffer einträchtig beieinander. Wir verließen den Friedhof und standen auf einer Höhe, die den herrlichen Blick auf den Hadersiebener Damm freigab. Das Ende unserer Stadtwanderung war nahe. Über den alten Marktplatz, der mit modernen Skulpturen, den Handel symbolisierend, ausgestattet ist, kamen wir zum Ausgangspunkt zurück, bereichert um unvergeßliche Eindrücke.

Was danach folgte, ist kurz gesagt. Wir fuhren zum Knivsberg, wo uns im Langbehn-Haus eine Kaffeetafel erwartete. Der Knivsberg, für viele eine Stätte, die Erinnerungen an alte Begegnungen weckt, ist immer eine Anregung nachzudenken. Somit stießen wohl auch die Worte des Heimleiters auf Verständnis, als er die Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarn und nicht die Konfrontation in den Vordergrund seiner Ausführungen stellte.

Der Rückweg nach Flensburg über Apenrade war auf der landschaftlich schönen alten Chaussee ein guter Abschluß des gelungenen Unternehmens. Allen Initiatoren und Helfern sei gedankt, besonders aber Frau Hansen!

*Hans Hartwigsen*

## Start nach fünf Jahren Vorbereitung

(fju) FLENSBURG. Über fünf Jahre erstreckte sich die Vorbereitung, jetzt steht das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) in den Startlöchern. Die Fördestadt hatte sich als Metropole des deutsch-dänischen Grenzlands gegen zahlreiche Mitbewerber durchgesetzt, die sich ebenfalls um den Sitz des Instituts beworben hatten, darunter Leck, Apenrade und Tondern.

Gründer der neuen Einrichtung mit zehn Beschäftigten sind Dänemark, die Bundesrepublik und Schleswig-Holstein. Um die Europäische Union in den Kreis der Geldgeber einzubeziehen, wird ein Antrag für das Förderprogramm „Interreg“ für grenzüberschreitende Projekte vorbereitet.

Als Rechtsform wählten die Gründer eine Stiftung, unter anderem, weil diese auch die Annahme von Spenden ermöglicht. Der Institutsdirektor untersteht einem sechsköpfigen Vorstand. Er besteht aus Marianne Tidick, Ex-Kulturministerin Schleswig-Holsteins, dem Heidelberger Historiker Rainer Hofmann und dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen von deutscher Seite sowie dem früheren Folketing-Präsidenten H. P. Clausen, Dänemarks einstigem Sozialminister Bent Rold Andersen und Henrik Becker-Christensen, Leiter des Instituts für Grenzregionforschung Apenrade.

*Flensburger Tageblatt, 7.8.1996*

## Grenzverein entläßt umstrittenen Generalsekretär

(bph) SCHLESWIG. Der Deutsche Grenzverein, mit seinen Tagungs- und Weiterbildungsstätten in Sankelmark, Leck und auf dem Scheersberg, einer der großen Kulturträger im Landesteil Schleswig, hat sich gestern mit sofortiger Wirkung von seinem langjährigen Generalsekretär Dr. Armin Schütz aus Flensburg getrennt. Das teilte der Vorsitzende des Vereins, der Schleswiger Landrat Jörg-Dietrich Kamischke, auf Anfrage mit. Gründe wollte er nicht nennen. Doch ist bekannt, daß vor allem aus Mitarbeiterkreisen immer wieder Kritik an Schütz' Amtsführung geäußert wurde. Zunächst sollten die Mitarbeiter und der Betriebsrat über diese Entscheidung informiert werden, erklärte Kamischke seine Zurückhaltung. Ferner wolle er einer für den 13. September anberaumten Mitgliederversammlung des Gesamtvereins nicht vorgreifen, sagte der Vorsitzende. Vorausgegangen war am Freitagabend die entscheidende Vorstandssitzung im Schleswiger Kreishaus. Nach eingehenden Beratungen in diesem Gremium, an denen sechs der sieben Vorstandsmitglieder teilnahmen, war Dr. Schütz eröffnet worden, daß sich der Verein mit sofortiger Wirkung von ihm trennen wolle. Kamischke räumte in einem Gespräch mit unserer Zeitung ein, daß mit Schütz über dessen Entlassung kein Einvernehmen erzielt worden sei: „Er

erklärte sich nicht mit der Trennung einverstanden.“

Der 60 Jahre alte Schütz leitete seit dem 1.2.1980 als Generalsekretär die Geschäfte des Deutschen Grenzvereins. Zum kommissarischen Nachfolger wurde der 56jährige Dr. Henning Bachmann aus Langballig bestellt, der seit dem 1.1.1987 die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg leitet. Von dieser Personalentscheidung verspricht sich der Vorsitzende neue Impulse und vor allem eine breitere Akzeptanz der Grenzvereinsarbeit. Der Deutsche Grenzverein beschäftigt derzeit 193 hauptamtliche Mitarbeiter. Der Jahresetat 1996 umfaßt 6,2 Millionen Mark.

*Flensburger Tageblatt, 13.8.1996*

### Grenzverein sieht sich in Existenz bedroht

SCHLESWIG. Mit der im Haushaltsentwurf 1997 der Landesregierung vorgesehenen Kürzung des Zuschusses an den Deutschen Grenzverein (DGV) in Höhe von 170.000 auf 2,7 Millionen Mark werde „die Axt an die Wurzeln des Grenzvereins“ gelegt, sagte gestern dessen Vorsitzender, Landrat Jörg-Dietrich Kamischke, in einem Pressegespräch. Nach einer Serie von Kürzungen des Zuschusses in den vergangenen Jahren sei man jetzt an einem Punkt angelangt, an dem es nicht weitergehe.

1993 hatte der Landesrechnungshof (LRH) dem DGV eine umfangreiche Liste von Einsparungsvorschlägen vorgelegt. „Als Vorstand haben wir äußerste Anstrengungen unternommen, um das LRH-Papier ohne Scheu und Tabus umzusetzen“, betonte Kamischke. So sei der Personalbestand auf „ein sinnvolles Maß“ reduziert worden und habe der Vorstand kürzlich beschlossen, das Haus „Sophiesminde“ in Flensburg, das pro Jahr ein Defizit von 100.000 Mark bringe, zu schließen. Zum Jahresende laufe dort die kulturelle Stadtteilarbeit durch den DGV aus.

Vor diesem Hintergrund empfindet Kamischke es als „Bestrafung“, wenn das Land seinen Zuschuß abermals um 170.000 Mark kürzen sollte. „Wir hätten dann ein finanzielles Loch von insgesamt rund 300.000 Mark im Haushalt 1997“, erklärte der kommissarische DGV-Generalsekretär, Dr. Henning Bachmann. Man wisse nicht, wie diese „schwerwiegende Finanzierungslücke“ geschlossen werden könne, so daß beim Grenzverein Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden.

Auf eigenes Vermögen zur Schließung des finanziellen Defizits kann der DGV nicht zurückgreifen. Er besitzt laut Kamischke nur noch die Liegenschaften Heimvolkshochschule und Europäische Akademie Leck, die Akademie Sankelmark und den Jugendhof Scheersberg. An allen drei Gebäuden seien Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten in Höhe von insgesamt 9,3 Millionen



Mark notwendig, von denen noch unklar ist, wie sie aufgebracht werden sollen. Kamischke und Bachmann setzen jetzt auf Gespräche mit Landespolitikern, um die Kürzung mildern oder gar abwenden zu können. „Ich bin überzeugt, daß die Dinge im Landtag zurechtgerückt werden“, so der Landrat. „Andernfalls würde die Landesregierung die Bildungsarbeit des Grenzvereins im Landesteil Schleswig für verzichtbar erklären.“

*Renate Hopfe in: Flensburg Avis, 6.9.1996*